

# JAHRESBERICHT 2014



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist

**DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE SICHERHEITSORGANISATION.**

Sie setzt sich dafür ein, dass über eine Milliarde Menschen zwischen Vancouver und Wladiwostok in Frieden, Demokratie und Stabilität leben können.

*Titelfoto: OSZE-Beobachter bereiten sich auf ihren Einsatz in Kiew (Ukraine) vor.  
6. April 2014.*

Foto: Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine.

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.



# INHALT

<b>BOTSCHAFT DES GENERALEKRETÄRS</b>	<b>3</b>
<b>WAS WIR TUN</b>	<b>6</b>
<b>BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES</b>	<b>7</b>
<b>DER STÄNDIGE RAT</b>	<b>38</b>
<b>DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION</b>	<b>43</b>
<b>DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE</b>	<b>48</b>
<b>DAS SEKRETARIAT</b>	<b>53</b>
Konfliktverhütung	55
Grenzüberschreitende Bedrohungen	60
Wirtschafts- und Umweltaktivitäten	64
Bekämpfung des Menschenhandels	68
Geschlechtergleichstellung	71
<b>DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE</b>	<b>75</b>
<b>DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN</b>	<b>84</b>
<b>DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT</b>	<b>87</b>
<b>DIE FELDOPERATIONEN</b>	<b>91</b>
<b>SÜDOSTEUROPA</b>	
Die Präsenz in Albanien	94
Die Mission in Bosnien und Herzegowina	97
Die Mission im Kosovo	101
Die Mission in Montenegro	104
Die Mission in Serbien	107
Die Mission in Skopje	110
<b>OSTEUROPA</b>	
Die Mission in Moldau	114
Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine	117
Der Projektkoordinator in der Ukraine	121
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten	124

## SÜDKAUKASUS

---

Der Projektkoordinator in Baku	128
Das Büro in Eriwan	131

## ZENTRALASIEN

---

Das Zentrum in Aschgabat	134
Das Zentrum in Astana	138
Das Zentrum in Bischkek	142
Das Büro in Tadschikistan	146
Der Projektkoordinator in Usbekistan	149

## BILATERALE ABKOMMEN

---

Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	152
---	-----

---

<b>PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT</b>	<b>155</b>
Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum	156
Internationale, regionale und subregionale Organisationen und Institutionen	162

---

<b>ANHÄNGE</b>	<b>173</b>
Gesamthaushaltsplan	173
Beiträge der Teilnehmerstaaten	174
Zugesagte Mittel und Ausgaben	175
Personal	177
Kontakt	179



## BOTSCHAFT DES GENERALSEKRETÄRS

Das vergangene Jahr zählt zweifelsohne zu den schwierigsten in der Geschichte der OSZE. Mit einer der schlimmsten Krisen für die Sicherheit Europas seit dem Ende des Kalten Krieges konfrontiert, hat die Organisation rasch und effizient reagiert. Dank unserer inklusiven Dialogplattform und unseres flexiblen Instrumentariums konnten wir rasch handeln und zwei neue zivile Missionen in die Ukraine und die Russische Föderation entsenden, die die Lage vor Ort objektiv beobachten, darüber berichten und die Bemühungen zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität unterstützen sollen. Tatsächlich versetzte jedoch die Krise in der und um die Ukraine die ganze Organisation in Alarmbereitschaft – darunter die Institutionen, das Sekretariat, den Projektkoordinator in der Ukraine sowie zahlreiche andere OSZE-Feldpräsenzen.

Die Krise hat sich auf die gesamte OSZE-Agenda ausgewirkt, insbesondere im Hinblick auf Langzeitkonflikte, die weiterhin das Engagement der OSZE erfordern. Gleichzeitig mussten wir auf die zunehmenden Sicherheitsbedrohungen im OSZE-Raum reagieren – auf die instabile Lage in Nachbarregionen und auf die wachsende Gefahr durch grenzüberschreitende Bedrohungen wie den Terrorismus. Diese komplexen, dimensionenübergreifenden Bedrohungen sind oft eng miteinander verbunden; daher verstärken wir in vielen Themenbereichen auf unserer Agenda die Beziehungen zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien.

2014 wurde das zwanzigjährige Bestehen des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit begangen – eines Dokuments, das anderen Regionen als Vorbild dienen könnte. Wir feierten das zehnjährige Bestehen des OSZE-Aktionsplans zur Förderung

der Gleichstellung von Frauen und Männern und konnten Fortschritte in der Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern verzeichnen. Ferner feierten wir 20 Jahre Mittelmeer-Kontaktgruppe – eine langjährige Partnerschaft und in vielen Tätigkeitsbereichen fruchtbare Zusammenarbeit. Und im Vorfeld des 20. Jahrestags des Friedensabkommens von Dayton im Jahr 2015 wurde auf dem Ministerratstreffen in Basel im Rahmen eines feierlichen Akts Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien die Verantwortung für die regionale Rüstungskontrolle übertragen.

Das Ministerratstreffen 2014, bei dem eine Rekordzahl anwesender Minister verzeichnet wurde, stand im Zeichen eines wieder auflebenden Interesses und Vertrauens in die OSZE. Eine Reihe wichtiger Beschlüsse wurde dort getroffen, die wesentliche Auswirkungen auf unsere Arbeit haben werden – so auch auf unsere Bemühungen im Hinblick auf den Kampf gegen den Terrorismus, die Minderung der Risiken im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, die Bekämpfung von Korruption sowie die weitere Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Verhütung häuslicher Gewalt.

Im Laufe des Jahres 2014 bauten wir unsere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft weiter aus. Bei den *Security Days* der OSZE wurden erneut wichtige aktuelle Themen erörtert, darunter die Frage, wie regionale Organisationen ihre Zusammenarbeit im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta verbessern können, die Zusammenhänge zwischen Wasser und Sicherheit und Ansätze für die Neubelebung konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Das Denkfabriken und Forschungsinstitute umfassende Akademische Netzwerk der OSZE leistete mit seinen Untersuchungen zur Wahrnehmung von Bedrohungen und zur Zukunft der OSZE-Feldoperationen einen wertvollen Beitrag zu unserem Sicherheitsdialog.

Die derzeitige Krise ist symptomatisch für ein breites Spektrum an Herausforderungen an das europäische Sicherheitssystem. Schon seit einiger Zeit gibt es Anzeichen einer ernststen Krise – die wachsende Kluft zwischen Ost und West, unterschiedliche sicherheitspolitische Sichtweisen und Prioritäten, schwindendes Vertrauen. Zur Bewältigung dieser tiefgreifenden Krise können wir nicht umhin, uns ernsthaft darum zu bemühen, den Konsens um die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wiederzufinden und ihn als gemeinsames Anliegen und eine geteilte Verantwortung zu sehen. Ich bin davon überzeugt, dass der Helsinki+40-Prozess einen Beitrag zur Erörterung der Wege zu einer Neukonsolidierung der europäischen Sicherheit und Weiterentwicklung der Rolle der OSZE leisten kann.

Der Jahrestag der Schlussakte von Helsinki nächstes Jahr bietet den Teilnehmerstaaten zum richtigen Zeitpunkt eine Gelegenheit, ihre Verpflichtungen zu bekräftigen und neue Ansätze für die Sicherheit im OSZE-Raum zu erwägen. Blicken wir in der Geschichte der OSZE zurück, so stellen wir fest, dass unsere Region vor 40 Jahren noch viel tiefer gespalten war als heute; und doch setzten sich die führenden Politiker beider Seiten an einen Tisch und begannen einen Dialog mit dem Ziel, einen neuen Krieg zu verhindern. Ich hoffe, dass die Teilnehmerstaaten die inklusive Plattform der OSZE für Dialog und gemeinsames Vorgehen zur Entschärfung der gegenwärtigen Krise umfassend nützen und ihre Bemühungen auf die Wiederherstellung des Vertrauens konzentrieren werden.

2014 zeigte die OSZE wieder einmal, dass wir in Krisenzeiten rasch reagieren können, wenn wir die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bekommen. Dank der geschickten Führung des Schweizer Vorsitzes es ist uns gelungen, auch in diesen schwierigen Zeiten unseren Kurs zu halten. Auch 2015 werden wir mit Herausforderungen konfrontiert sein und ich sehe der

Zusammenarbeit mit dem designierten serbischen Vorsitz erwartungsvoll entgegen, um diese gemeinsam zu meistern.

Abschließend möchte ich den qualifizierten und engagierten Mitarbeitern des Sekretariats, der Institutionen und der Feldoperationen der OSZE danken, die ungeachtet der schwierigen politischen und finanziellen Verhältnisse weiterhin loyal am wichtigen und ehrgeizigen Ziel unserer Organisation festhalten – der Förderung von Sicherheit und Stabilität im gesamten OSZE-Raum.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Lamberto Zannier', with a stylized flourish at the end.

Lamberto Zannier  
Generalsekretär der OSZE  
Wien, 2014



# DIE VIELEN SICHERHEITSBEZOGENEN AKTIVITÄTEN DER OSZE

Das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE, das die politisch-militärische, die Wirtschafts- und Umwelt- sowie die menschliche Dimension einschließt, geht auf die Schlussakte von Helsinki 1975 zurück. Vierzig Jahre später haben die Grundsätze und Versprechen von Helsinki für die Arbeit der OSZE weiterhin zentrale Bedeutung. Sehen Sie bei der Lektüre dieses Berichts anhand dieser Symbole, welche Aktivitäten der OSZE der Förderung der umfassenden Sicherheit dienen.



# BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

Der Vorsitz wird vom Ministerrat bestimmt; der Außenminister des ausgewählten Teilnehmerstaats übt ein Jahr lang die Funktion des Amtierenden Vorsitzenden aus.



# Der Schweizer Impuls

[www.osce.org/cio](http://www.osce.org/cio)

## EIN KLARES BEKENNTNIS ZUR FÄHIGKEIT DER OSZE, ALS DIALOGPLATTFORM ZU HANDELN UND ZU DIENEN

Am ersten Tag des Schweizer OSZE-Vorsitzes stellte der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Didier Burkhalter, die drei großen Ziele für das kommende Jahr vor: Förderung von Sicherheit und Stabilität, Verbesserung der Lebensqualität und Stärkung der Handlungsfähigkeit der OSZE.

Trotz der bestehenden regionalen Herausforderungen gelang es der Schweiz, alle Teilnehmerstaaten am Verhandlungstisch zu halten – vereint im Bestreben, die einzigartige Sicherheitsplattform der OSZE für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität zu nutzen. Neben den intensiven Bemühungen um eine politische Lösung für den Konflikt in der Ukraine gelang es dem Schweizer Vorsitz, sich erfolgreich auf die Umsetzung der 10 Prioritäten zu konzentrieren, die er sich für die einjährige Amtszeit vorgenommen hatte.

Bereits 1996 hatte die Schweiz den Vorsitz der OSZE inne.



**Didier Burkhalter**, Amtierender Vorsitzender der OSZE, bei einer Pressekonferenz nach einer Sitzung des Ständigen Rates am 16. Januar 2014 in Wien.

*„Im Hinblick auf den Frieden können wir uns keineswegs zufrieden zurücklehnen; vielmehr müssen wir ihn durch ständigen Dialog, Vertrauensbildung und gemeinsame Bemühungen um besseres gegenseitiges Verständnis weiter aufbauen und konsolidieren.“*

**Didier Burkhalter**

Außenminister der Schweiz und Amtierender Vorsitzender der OSZE

## PRIORITÄTEN DES SCHWEIZER VORSITZES

	 <b>SICHERHEIT</b>	 <b>FREIHEIT</b>	 <b>VERANTWORTUNG</b>
<i>Werte</i>	<b>SICHERHEIT</b>	<b>FREIHEIT</b>	<b>VERANTWORTUNG</b>
<i>Ziele</i>	Förderung von Sicherheit und Stabilität	Verbesserung der Lebensqualität	Stärkung der Handlungsfähigkeit der OSZE
<i>Prioritäten</i>	Wiederversöhnung und Zusammenarbeit in den westlichen Balkanstaaten  Dialog und Vertrauensbildung im Südkaukasus  Modernisierung des Wiener Dokuments und Gedankenaustausch über konventionelle Rüstungskontrolle  Stärkung der Governance im Sicherheitssektor	Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension  zuverlässigeres Management von Naturkatastrophen  Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen (Terrorismus, Cyberkriminalität)	Weiterentwicklung der OSZE (Helsinki+40)  Stärkung der Mediationskapazitäten  Stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und insbesondere junger Menschen
<b>VON VANCOUVER BIS WLADIWOSTOK</b>		 <b>57</b> Teilnehmerstaaten	 <b>11</b> Kooperationspartner

## UKRAINE

Dank der geschickten Krisendiplomatie des Schweizer Vorsitizes stand die OSZE mit einem Schlag an vorderster Stelle, als es darum ging, auf die Krise in der und um die Ukraine zu reagieren. Am 24. Februar präsentierte Präsident Burkhalter in seiner Ansprache vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine klare Vision dessen, was eintreten müsse, um Frieden und Stabilität in der und um die Ukraine wiederherzustellen zu können. Sein Plan war nicht nur kühn, sondern auch innerhalb von ein paar Wochen weitgehend realisiert. (Siehe Chronik einer Krise, Seite 13).

Erstens schlug er die Einrichtung einer internationalen Kontaktgruppe vor, die den Dialog

zwischen Kiew und Moskau vorantreiben sollte.

Zweitens sprach er sich für die Durchführung einer OSZE-Mission zur Bedarfsermittlung aus und ermutigte die führenden Politiker der Ukraine, das ODIHR um Entsendung einer Mission zur Beurteilung der Menschenrechtslage im Land zu ersuchen.

Drittens ernannte er einen Schweizer Diplomaten mit umfassender OSZE-Erfahrung, Botschafter Tim Guldemann, zu seinem persönlichen Gesandten für die Ukraine.

Viertens appellierte der Amtierende Vorsitzende Burkhalter an die ukrainischen Behörden, rechtzeitig eine Einladung für eine ODIHR-Wahlbeobachtungsmission anlässlich der Präsidentenwahl im Mai zu übermitteln.

Den ganzen März hindurch koordinierte die Schweiz Gespräche für die Einrichtung einer OSZE-Feldoperation in der Ukraine. Am 21. März wurde in einem Konsensbeschluss der 57 Teilnehmerstaaten das Mandat der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) verabschiedet. Im April kamen die Außenminister der Ukraine, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten und die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik bei ihrem Treffen in Genf zu dem Schluss, dass die SMM die ukrainischen Behörden und die örtliche Bevölkerung bei der Umsetzung der in der Erklärung von Genf beschlossenen Maßnahmen unterstützen sollte. Angesichts der schleppenden Fortschritte entwickelte die Schweiz einen Fahrplan, um die Konfliktparteien noch vor der Präsidentschaftswahl in der Ukraine im Mai wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.

***„Die Teilnehmerstaaten haben bewiesen, dass die OSZE mit ihrem auf Konsens gegründeten Entscheidungsprozess in Krisenzeiten schlagkräftig und flexibel sein kann. Es hat Geduld und Kompromissbereitschaft gebraucht, aber letzten Endes haben wir die Sonderbeobachtermission durchgesetzt.“***

**Botschafter Thomas Greminger**

Ständiger Vertreter der Schweiz bei der OSZE und Vorsitzender des Ständigen Rates



*Botschafter **Thomas Greminger**, Vorsitzender des Ständigen Rates und Ständiger Vertreter der Schweiz bei der OSZE, führt den Vorsitz in der Sitzung des Ständigen Rates am 30. April in Wien.*

## **DER STÄNDIGE RAT ALS DIALOGPLATTFORM**

Im Zuge seiner Versuche, die Handlungsfähigkeit der OSZE zu stärken, gelang es dem Schweizer Vorsitz, die Sitzungen des Ständigen Rates interaktiver zu gestalten und ihn zu einer echten Dialogplattform für seine 57 Teilnehmerstaaten zu machen. Der Ständige Rat trat im Jahr 2014 53 Mal zusammen, darunter auch zu Sondersitzungen. Außerdem hielten das Forum für Sicherheitskooperation und der Ständige Rat sechs gemeinsame Sitzungen ab. Zahlreiche hochrangige Vortragende (Minister aus Teilnehmerstaaten, Leiter internationaler Organisationen usw.) wurden zum Gedankenaustausch mit der OSZE eingeladen. Zur Förderung des Dialogs unter den Teilnehmerstaaten führte der Vorsitz in diesem Jahr 332 Sitzungen durch, die dem politischen Dialog gewidmet waren.

In diesem Bericht finden Sie mehr Informationen zur Rolle der OSZE in der Krise in der und um die Ukraine, insbesondere in folgenden Abschnitten:

- Sonderbeobachtermission S. 117
- Beobachtermission an den russischen Kontrollposten, S. 124
- Forum für Sicherheitskooperation, S. 43
- Konfliktverhütungszentrum, S. 55






**PERSÖNLICHER GESANDTER FÜR DIE UKRAINE,**

**BOTSCHAFTER TIM GULDIMANN,  
PERSÖNLICHER GESANDTER DES AMTIERENDEN  
VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DIE UKRAINE**

Im Februar ernannte der Amtierende Vorsitzende nach den tragischen Ereignissen am Platz der Unabhängigkeit in Kiew Botschafter Tim Guldemann zu seinem Persönlichen Gesandten für die Ukraine. Im ersten Halbjahr besuchte Botschafter Guldemann Kiew und andere Teile des Landes, einschließlich der Autonomen Republik Krim und der Regionen im Osten. Er führte mit einer Reihe von Teilnehmerstaaten Beratungen und hielt den Amtierenden Vorsitzenden und den Ständigen Rat darüber auf dem Laufenden. Seine Bemühungen trugen dazu bei, den Weg für die Einsetzung der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu ebnen.

# CHRONIK EINER KRISE

Schlüsseldaten und OSZE-Maßnahmen in Reaktion auf die Krise in der und um die Ukraine

-  OSZE-Maßnahmen
-  Entwicklungen in der Ukraine
-  internationale Entwicklungen

## Januar

## Februar



### 20. FEBRUAR

Blutige Demonstrationen mit Todesopfern. Über 88 Personen kommen bei Zusammenstößen mit der Polizei in Kiew ums Leben.

### 21. FEBRUAR

Präsident Janukowitsch wird vom Parlament abgewählt und eine neue Regierung wird gebildet.



### 24. FEBRUAR

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, spricht im UN-Sicherheitsrat über die Krise in der und um die Ukraine.

## März

### 3. MÄRZ

Die Regierung der Ukraine ersucht um Entsendung einer OSZE-Mission.

### 5. – 20. MÄRZ

30 OSZE-Staaten entsenden 56 unbewaffnete Militär- und zivile Beobachter in die Ukraine zur Durchführung militärischer Verifikationsaktivitäten gemäß dem Wiener Dokument 2011.

#### VERIFIKATIONSAKTIVITÄTEN

19 in der Ukraine (21 Länder)

5 in Russland (11 Länder)



## **16. MÄRZ**

Referendum der Krim über Unabhängigkeit und Beitritt zu Russland als Subjekt der Föderation.

## **21. MÄRZ**

Der Ständige Rat beschließt die Entsendung einer Sonderbeobachtermission in die Ukraine. Innerhalb von 24 Stunden kommen die ersten Beobachter vor Ort an.

## **April**

### **6. APRIL**

Rebellen besetzen Verwaltungsgebäude in der Ostukraine; Aufruf zum Referendum über die Unabhängigkeit von der Ukraine.

### **17. APRIL**

In der Gemeinsamen Erklärung von Genf zur Ukraine einigen sich die Außenminister der Ukraine, Russlands, der Vereinigten Staaten und der EU darauf, dass die OSZE-Sonderbeobachtermission bei der Durchführung von Maßnahmen zur unmittelbaren Deeskalation eine führende Rolle übernehmen soll.

### **25. APRIL – 3. MAI**

Die unter deutscher Leitung stehende militärische Verifikationsgruppe wird von Rebellen in Slowjansk in Geiselhaft genommen.

## **Mai**

### **14. – 21. MAI**

Abhaltung von Gesprächen am runden Tisch in Kiew, Charkiw und Mykolajiw zur nationalen Einheit mit Unterstützung durch Botschafter Wolfgang Ischinger, Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für die Durchführung von Runden Tischen zum nationalen Dialog in der Ukraine.



### **25. MAI**

Tag der Wahl. Petro Poroschenko wird zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Die OSZE beobachtet Wahllokale mit über 1 000 Beobachtern und 100 Parlamentariern.

Nach den Wahlen wird die Trilaterale Kontaktgruppe zur Ukraine mit Vertretern aus Russland, der Ukraine und der OSZE eingerichtet.

### **26. MAI – 28. JUNI**

Zwei Teams mit je vier OSZE-Sonderbeobachtern werden von Rebellen in den Regionen Donezk und Luhansk als Geiseln festgehalten.

## Juni

### 6. JUNI

Erste Gespräche zur Ukraine im Normandie-Format, das Frankreich, Deutschland, Russland und die Ukraine umfasst.

### 8. JUNI

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE ernennt Botschafterin Heidi Tagliavini zur Sonderbeauftragten in der Trilateralen Kontaktgruppe; Abhaltung der ersten Gesprächsrunde zwischen der Ukraine und Russland mit dem Ziel, die Gewalt in der Ukraine zu beenden.

### 19. JUNI

Der ukrainische Präsident Poroschenko legt einen Deeskalationsplan mit 14 Punkten vor.

## Juli

### 2. JULI

In der Erklärung von Berlin fordern die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands die OSZE auf, Beobachter an die zwei russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden stehen, zu entsenden.



### 2. JULI

Bei ihrer Jahrestagung in Baku verabschiedet die Parlamentarische Versammlung der OSZE Entschlüsse im Zusammenhang mit der Krise in der und um die Ukraine; Einrichtung einer interparlamentarischen Verbindungsgruppe für die Ukraine zur Entschärfung der Lage vor Ort; Treffen russischer und ukrainischer Parlamentarier am Rande der Tagung.



### 17. JULI

Beim Abschuss von Flug MH 17 der Malaysia Airlines in der Ostukraine kommen alle 298 Menschen an Bord ums Leben. Die SMM besucht den Ort des Geschehens und beginnt damit, den Zugang für die Experten zur Durchführung der Untersuchungen und zur Bergung der Leichen zu ermöglichen.

### 24. JULI

Der Ständige Rat der OSZE verabschiedet einen Beschluss über die Entsendung einer Grenzbeobachtermission.

## August

## September

### 5. SEPTEMBER

Vereinbarungen über eine Waffenruhe und die Beobachtung durch die OSZE werden von den Mitgliedern der Trilateralen Kontaktgruppe und Vertretern der Regionen Donezk und Luhansk im Minsker Protokoll unterzeichnet.

### 19. SEPTEMBER

Nach von der OSZE vermittelten Gesprächen unterzeichnen die Russische Föderation, die Ukraine und Vertreter einzelner Distrikte der Regionen Donezk und Luhansk das Minsker Memorandum zur Unterstützung einer Waffenruhe.

## Oktober



### 23. OKTOBER

Unbewaffnete/Unbemannte Luftfahrzeuge (UAV) beginnen Beobachtungsflüge.

### 26. OKTOBER

Abhaltung der Parlamentswahl. Die OSZE beobachtet den Urnengang mit 600 Beobachtern.

## November

## Dezember



### 31. DEZEMBER

Die Mission zählt zum Jahresende 361 Beobachter aus 42 Teilnehmerstaaten.

## DER UMGANG MIT NEUEN SICHERHEITSBEDROHUNGEN



### TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Unter dem Schweizer Vorsitz wurden die Aktivitäten der OSZE im Bereich Terrorismusbekämpfung forciert. So organisierte die Schweiz im April in Interlaken eine OSZE- Konferenz über Terrorismusbekämpfung, bei der hochrangige Terrorismusbekämpfungsexperten aus den Teilnehmerstaaten, den Vereinten Nationen, von INTERPOL und dem Globalen Forum Terrorismusbekämpfung zusammentrafen. In den aus der Konferenz resultierenden Schlussempfehlungen (*Interlaken Chairmanship recommendations*) geht der Vorsitz in erster Linie auf die ausländischen terroristischen Kämpfer und auf die Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld ein und mahnt zur sicheren Freilassung von Geiseln bei gleichzeitiger Politik des Verzichts auf Lösegeldzahlungen. Die Empfehlungen enthalten eine Reihe konkreter Maßnahmen im Hinblick auf die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit, die in der Folge als Grundlage für zwei in Basel verabschiedete Ministerratserklärungen herangezogen wurden.

### DIE WEITEREN OSZE-AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZ IM BEREICH CYBERSICHERHEIT

Am 7. November veranstaltete der Schweizer Vorsitz in Wien eine Konferenz über Cybersicherheit, deren Teilnehmer vertrauensbildende Maßnahmen erörterten, die das Risiko von Cyber-Konflikten eindämmen können. Der Vorsitz rief zu einem strategischen Ansatz auf, wobei die OSZE die Förderung des regionalen Wissensaustauschs, die Erfassung der Kapazitäten oder die Schaffung eines Trainer-Pools zur Unterstützung der Regierungen bei der Verbesserung der Belastbarkeit ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie übernimmt.

### FÖRDERUNG VON GOVERNANCE UND REFORMEN IM SICHERHEITSSEKTOR

Der Schweizer und der designierte serbische (2015) Vorsitz beauftragten die Durchführungsorgane der OSZE mit der Entwicklung interner Leitlinien, um die Governance und die Reformaktivitäten im Sicherheitsbereich kohärenter zu machen, darunter auch Aktivitäten wie die demokratische Kontrolle des Militärs, Grenzmanagement, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des Menschenhandels und Polizeireform. Eine im Juli gemeinsam von den Vereinten Nationen und der OSZE organisierte Konferenz zum Thema „*Enhancing OSCE-UN Collaboration on Security Sector Governance and Reform*“ war Ausgangspunkt einer neuen Ära der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in diesem Bereich.



**DIE TRILATERALE KONTAKTGRUPPE  
BOTSCHAFTERIN HEIDI TAGLIAVINI  
SONDERBEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN  
DER OSZE IN DER TRILATERALEN KONTAKTGRUPPE  
(UKRAINE)**

Anfang Juni ernannte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, Botschafterin Heidi Tagliavini zu seiner Sonderbeauftragten in der Trilateralen

Kontaktgruppe, die aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der OSZE besteht. Ziel der Bemühungen dieser Gruppe ist die Ermöglichung eines Friedensplans für die Ostukraine, die Sicherung der ukrainisch-russischen Grenze und die Förderung eines inklusiven politischen Dialogs.

Diese Aktivitäten führten zu gleichzeitigen direkten Beratungen zwischen der Trilateralen Kontaktgruppe und Vertretern der bewaffneten Gruppen aus Donezk und Luhansk, wobei Präsident Petro Poroschenko für die Zeit vom 20. bis 30. Juni eine einseitige Waffenruhe erklärte. Nach dem Abschuss des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines am 17. Juli in der Ostukraine sorgte die Trilaterale Kontaktgruppe in enger Zusammenarbeit mit der SMM für eine lokale Feuerpause und den sicheren Zugang internationaler Experten zur Absturzstelle.

Im September unterzeichnete Botschafterin Tagliavini gemeinsam mit Vertretern der Ukraine und der Russischen Föderation sowie Vertretern der bewaffneten Gruppen aus Donezk und Luhansk das Minsker Protokoll und das Minsker Memorandum, die die wesentlichen Elemente für eine friedliche Lösung der Krise in der Ostukraine enthielten. Diese Vereinbarungen führten zur Einstellung größerer militärischer Operationen und zur Freilassung von über 2 000 festgehaltenen Personen auf beiden Seiten. Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geriet allerdings ins Stocken und die Waffenruhe wurde immer wieder gebrochen. Die Sonderbeauftragte konzentrierte daher ihre Bemühungen auf die Stärkung der Implementierung der Minsker Vereinbarungen. Bei Einbruch des kalten Winters im Dezember setzte sie sich auch dafür ein, dass man sich dringend mit der Verschlechterung der humanitären Situation in der und um die Konfliktzone auseinandersetzte, um für eine organisierte Bereitstellung humanitärer Hilfe durch die Regierung der Ukraine und internationale Geber zu sorgen.



#### **EINTRETEN FÜR MENSCHENRECHTE**

Der Schweizer Vorsitz achtete in vielen Bereichen seiner Arbeit im Jahr 2014 auch auf die menschenrechtlichen Aspekte, vor allem durch die Stärkung der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und die Förderung der aktiven Teilnahme der Zivilgesellschaft.

Mit Unterstützung des designierten serbischen OSZE-Vorsitzes veranstaltete die Schweiz im Juni in Bern eine Konferenz zum Thema „Die OSZE und Menschenrechtsverteidiger – das Budapester Dokument 20 Jahre danach“. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde an die Teilnehmerstaaten appelliert, ihre Verpflichtungen im Hinblick auf den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu erfüllen und ihre Bemühungen um ein sicheres und förderliches Umfeld zu intensivieren, damit diese ihre überaus wichtige Arbeit ohne Angst verrichten können.

Gemeinsam mit Deutschland versammelte der Vorsitz über 500 politische Entscheidungsträger, Regierungsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem gesamten OSZE-Raum in Berlin bei einer Konferenz anlässlich des 10. Jahrestags der Berliner Erklärung der OSZE über Antisemitismus und zur Erörterung der Herausforderungen, vor die uns der Antisemitismus in der heutigen Zeit stellt. Sie führte zu einer Erklärung des Ministerrats über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus, die im Dezember 2014 in Basel verabschiedet wurde.

Nach 10 Jahren setzte der Schweizer Vorsitz das Thema Folterverhütung erneut auf die Tagesordnung der OSZE. Zahlreiche Veranstaltungen, darunter ein zusätzliches Treffen zur

menschlichen Dimension sowie ein Treffen nationaler Präventionsmechanismen waren dem Thema gewidmet; ihnen folgte die Aussendung einer Arbeitsunterlage des Amtierenden Vorsitzenden über die weiteren Schritte der OSZE in diesem Bereich. Von der strategischen Rolle der OSZE in den Bestrebungen zur Eliminierung von Folter überzeugt, legte der Amtierende Vorsitzende den Grundstein für das zukünftige langfristige Engagement der OSZE, das in allen Phasen auch die Zivilgesellschaft einschließt.

Die Stärkung der durchgehenden Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Aktivitäten der OSZE war das übergeordnete Ziel des Schweizer Vorsitizes. Er arbeitete an der verstärkten Entwicklung der Rolle und Stimme der Zivilgesellschaft in allen thematischen Aktivitäten der OSZE, zumal die Themen Sicherheit, Freiheit und Menschenrechte alle und jeden betreffen. Vier regionale Workshops wurden veranstaltet, um die Verhütung von Folter zu erörtern und konkrete Empfehlungen zu Themen wie Toleranz und Nichtdiskriminierung zu formulieren. Diese Empfehlungen wurden auf einer Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft in Basel verabschiedet und dem Amtierenden Vorsitzenden als Teil der umfassenden Arbeit des Schweizer Vorsitizes zur Verbesserung der Lebensqualität übergeben.

### **DIE UKRAINE ALS HAUPTTHEMA BEI DER JÄHRLICHEN SICHERHEITS- ÜBERPRÜFUNGSKONFERENZ**

Im Zentrum der im Juni abgehaltenen Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2014 stand die Lage in der und um die Ukraine. Zu den Teilnehmern sprachen der neu ernannte Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, und Botschafterin Heidi Tagliavini, Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Trilateralen Kontaktgruppe. Der Vorsitz betonte die eindeutigen Verletzungen der grundlegenden Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, darunter die Unverletzlichkeit der Grenzen und die friedliche Regelung von Streitfällen, und rief dazu auf, die OSZE als einen „Stützpunkt der kooperativen Sicherheit“ zu stärken, der Hilfe bei der friedlichen Lösung der Krise bietet.



*Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Didier Burkhalter, und der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, trafen einander im Juli in Wien im Rahmen der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE.  
Foto: Jonathan Perfect*

## **BERG-KARABACH: 20 JAHRE NACH DEM WAFFENSTILLSTANDSÜBEREINKOMMEN**



Vor 20 Jahren endete die aktive Phase des Berg-Karabach-Konflikts mit einem Waffenstillstandsabkommen, das nach wie vor in Kraft ist. Die OSZE hat den Auftrag, die Friedensverhandlungen zu unterstützen und den so genannten Minsker Prozess in die Wege zu leiten. Er besteht aus drei getrennten Gremien, die dem Amtierenden Vorsitzenden unterstehen.

### **DREI BAUSTEINE ZUM FRIEDEN**

#### **DIE MINSK-GRUPPE**

Unter dem Kovorsitz von Frankreich, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten umfasst die Minsk-Gruppe 12 Länder, die mit der Beobachtung der Friedensverhandlungen beauftragt sind.



#### **DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE**

Militärexperten entwickeln Pläne für die Entsendung einer Friedenstruppe zur Unterstützung eines zukünftigen Friedensübereinkommens.



#### **DAS BÜRO DES PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

Sechs internationale Mitarbeiter in der Region besuchen unter der Leitung des Persönlichen Beauftragten die Kontaktlinie, um die Waffenruhe zu beobachten, berichten regelmäßig dem Amtierenden Vorsitzenden und den Kovorsitzenden darüber und halten Kontakt mit internationalen Organisationen. Der Persönliche Beauftragte pflegt mit allen Seiten Kontakte auf hoher Ebene und wird zu Verhandlungen auf allen Ebenen eingeladen.

### **PLANEN FÜR DEN MÖGLICHEN FRIEDEN**

#### **DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE**

[www.osce.org/hlpg](http://www.osce.org/hlpg)

Im Jahr 2014 verstärkte die Hochrangige Planungsgruppe ihre Zusammenarbeit mit der Minsk-Gruppe, die die Bemühungen der OSZE um eine friedliche Lösung des Konflikts in Berg-Karabach leitet.

Die 1994 eingerichtete Hochrangige Planungsgruppe hat den Auftrag, dem Amtierenden Vorsitzenden Empfehlungen über eine multinationale Friedenstruppe für das Konfliktgebiet zu geben.

Militäroffiziere aus der Hochrangigen Planungsgruppe nahmen 2014 an vier Beobachtungsmissionen an der Kontaktlinie teil, organisiert von Botschafter Andrzej Kasprzyk, dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst. Der Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe, Oberst

Markus Widmer, und sein Team hielten eine dreitägige Tabletop-Sitzung in Wien ab, um die Planungsunterlagen der OSZE zu verbessern, und besuchten die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen in New York, wo aktuelle Entwicklungen, Erfahrungen in der Friedenssicherung und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert wurden. Am 13. November berichtete die Hochrangige Planungsgruppe erstmals seit Jahren auf Ersuchen des Vorsitzes im Ständigen Rat über ihre Tätigkeit.



Oberst **Markus Widmer** (links) bei seinem Besuch in der Hauptabteilung Friedenssicherung der Vereinten Nationen in New York.

## **FRIEDENSBEMÜHUNGEN INMITTEN ZUNEHMENDER SPANNUNGEN**

**BOTSCHAFTER ANDRZEJ KASPRZYK – PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DEN KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST**

[www.osce.org/prcio](http://www.osce.org/prcio)

Im vergangenen Jahr berichteten die Behörden fast täglich über Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens. Die Gewaltausbrüche in diesem Jahr und die beispiellosen Vorfälle machten erneut klar, wie anfällig die Region, ihre Menschen und der Friedensprozess für plötzlich und rasch eskalierende Gewalt sind.

Trotz der zunehmenden Spannungen setzte das Büro des Persönlichen Beauftragten seine Überwachungseinsätze das ganze Jahr über mit 17 Besuchen an der Kontaktlinie und sieben Besuchen an der Grenze fort. Als derzeit einzige operative militärische Maßnahme der Vertrauensbildung bietet die Beobachtertätigkeit den örtlichen Befehlshabern die einmalige Gelegenheit, über die Kommunikationsausrüstung der OSZE miteinander zu sprechen und Informationen aus erster Hand über die Lage an den Frontlinien zu übermitteln.

Im vergangenen Jahr arbeiteten der Persönliche Beauftragte und sein Team am Abbau der Spannungen. Sie waren mit führenden Ansprechpartnern aller Seiten in Verbindung, um die Tatsachen der berichteten Waffenstillstandsverletzungen zu ermitteln, und hielten den Amtierenden Vorsitzenden und die Minsk-Gruppe über die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse auf dem Laufenden.

Ferner stellte das Büro des Persönlichen Beauftragten logistische Unterstützung bereit, die auch Besuche anderer wichtiger Interessenvertreter in der Region ermöglichte. 2014 nahmen



Offiziere der Hochrangigen Planungsgruppe an vier Beobachtungseinsätzen des Teams des Persönlichen Beauftragten teil. Außerdem bot das Büro des Persönlichen Beauftragten Unterstützung anlässlich der Besuche der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe in der Region im Februar und Juli, ermöglichte ihnen Überquerungen der Kontaktlinie im Mai und der Grenze im Oktober und unterstützte den Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in der Region im Juni.

*„In einem Jahr, in dem es zu den schlimmsten Gewaltausbrüchen seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsübereinkommens vor über 20 Jahren gekommen ist, möchte ich erneut auf die prekäre Lage an den Frontlinien dieses Konflikts hinweisen, wo Soldaten und die Zivilbevölkerung unter ständiger Bedrohung leben. Das Büro des Persönlichen Beauftragten arbeitet unter extrem schwierigen Verhältnissen, aber auf sehr konkrete Weise, um die Spannungen abzubauen.“*

**Botschafter Andrzej Kasprzyk,**

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst

**16. JANUAR**

Der Amtierende Vorsitzende stellt die Prioritäten des Schweizer Vorsitzes 2014 vor

**14. – 18. JANUAR**

Jugendbotschafter nehmen an *Model-OSCE* teil

**24. FEBRUAR**

Der Amtierende Vorsitzende spricht vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

**17. – 18. FEBRUAR**

„Not for Sale“ – Konferenz gegen den Menschenhandel

**21. MÄRZ**

Einrichtung der Sonderbeobachtermission in der Ukraine durch den Ständigen Rat

**28. – 29. APRIL**

Konferenz zur Terrorismusbekämpfung



**20. – 21. MAI**

Zweites Vorbereitungstreffen des Wirtschafts- und Umweltforums

**10. – 11. JUNI**

Die OSZE und Menschenrechtsverteidiger – das Budapester Dokument 20 Jahre danach

**8. – 10. JULI**

Jugendbotschafter nehmen an *Model-OSCE* teil

**11. – 13. JULI**

Erste Überprüfungs-konferenz der OSZE zur Geschlechtergleichstellung



**10. – 12. SEPTEMBER**

Schlussitzung des Wirtschafts- und Umweltforums

**22. SEPTEMBER – 3. OKTOBER**

Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension

**3. – 5. OKTOBER**

Ansprache des Amtierenden Vorsitzenden auf der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

**9. OKTOBER**

Erweiterte Botschafterklausur



**16. – 18. OKTOBER**

Der Amtierende Vorsitzende spricht beim Gipfeltreffen des Asien-Europa-Treffens

**27. – 28. OKTOBER**

Mittelmeerkonferenz

**13. NOVEMBER**

Antisemitismus-Konferenz

**4. – 5. DEZEMBER**

21. OSZE-Ministerrat



## **FÖRDERUNG DER WIEDERVERSÖHNUNG UND DER REGIONALEN ZUSAMMENARBEIT IN SÜDOSTEUROPA**

### **BOTSCHAFTER GÉRARD STOUDMANN SONDERBEAUFTRAGTER FÜR SÜDOSTEUROPA**

Mit der Unterstützung seines Sonderbeauftragten für die Region, Botschafter Gérard Stoudmann, förderte der Vorsitz die Bemühungen um Wiederversöhnung und ermutigte zur regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa.

Im April besuchte der Amtierende Vorsitzende Serbien, Albanien und den Kosovo<sup>1</sup>; dabei bot er die Unterstützung der OSZE bei der Umsetzung des Abkommens von 2013 über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Priština an.

In Absprache mit der Europäischen Union und Serbien förderte Botschafter Stoudmann die OSZE-Aktivitäten im Nordkosovo. Nach den unter Mitwirkung der OSZE abgehaltenen Kommunal- und Parlamentswahlen, die erstmals auf dem gesamten Territorium des Kosovo durchgeführt wurden und zu denen der Schweizer Vorsitz einen Finanzierungsbeitrag leistete, unterstützte Botschafter Stoudmann den Aufbau der Kapazitäten der rechtmäßig neu gewählten lokalen Behörden und die Aufnahme serbischer Polizeibeamter in die Polizeikräfte des Kosovo.

Im August unterstützte Botschafter Stoudmann die Unterzeichnung der Erklärung von Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien über die Rolle des Staates bei der Lösung der Vermisstenfrage im Gefolge von bewaffneten Konflikten und Menschenrechtsverletzungen – eine Initiative der Internationalen Kommission für vermisste Personen mit dem Ziel der weiteren Verbesserung zwischen den Staaten und ihren Bürgern.

## **SÜDKAUKASUS**

### **BOTSCHAFTER ANGELO GNÄDINGER SONDERBEAUFTRAGTER FÜR DEN SÜDKAUKASUS**

Im vergangenen Jahr war der Sonderbeauftragte für den Südkaukasus, Botschafter Angelo Gnädinger, Kovorsitzender in vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche mit Vertretern aus der Europäischen Union und den Vereinten Nationen und in zehn Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti (Georgien) gemeinsam mit dem Leiter der EU-Beobachtermission in Georgien.

---

1 Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Text, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen

Die Internationalen Genfer Gespräche, der Ergneti-Mechanismus und die Hotlines zwischen den Sicherheitsakteuren vor Ort trugen dazu bei, dass die Sicherheitslage entlang der beiden Verwaltungsgrenzen trotz des angespannten geopolitischen Umfelds im Allgemeinen ruhig und stabil blieb.

Botschafter Gnädinger arbeitete an praktischen Lösungen für konfliktbedingte Probleme mit besonderem Schwerpunkt auf der von den Konflikten betroffenen Bevölkerung auf beiden Seiten. Dabei legte er besonderes Augenmerk auf die Themenbereiche Vermisste, kulturelles Erbe und Gesundheitswesen und blieb ständig mit allen relevanten Akteuren in Verbindung. Der Schweizer Vorsitz führte eine Reihe von Kleinprojekten unter Einbindung von Vertretern der Zivilgesellschaft, einschließlich Künstlern, Studenten und Senioren aus Tiflis, Suchumi und Zchinwali, durch.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte Anfang Juni Aserbaidschan, Georgien und Armenien, wo er Gespräche auf hoher Ebene über die Langzeitkonflikte und das Engagement der OSZE in der Region führte. In allen drei Ländern traf der Amtierende Vorsitzende auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Parlamentariern zusammen. Auf seiner Reise nach Georgien begrüßte er die Teilnehmer des Ergneti-Mechanismus und würdigte ihre pragmatische Zusammenarbeit über die Trennlinien hinweg. In Armenien und Aserbaidschan rief der Amtierende Vorsitzende zu einem intensiveren und strukturierten Verhandlungsprozess, der zu einer friedlichen Lösung führen soll, und zur Durchführung Spannung reduzierender Maßnahmen auf.



## **DER TRANSNISTRIEN-KONFLIKT**

### **BOTSCHAFTER RADOJKO BOGOJEVIĆ SONDERBEAUFTRAGTER FÜR DEN PROZESS ZUR BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE**

Aufgrund der Rolle der OSZE als Vermittler zwischen den Konfliktparteien, gemeinsam mit der Russischen Föderation und der Ukraine, beschäftigten sich der Vorsitz und die OSZE-Mission in Moldau eingehend mit dem Transnistrien-Konflikt. Die zunehmenden Spannungen in der OSZE-Region beeinträchtigten den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage und führten zu einem geringeren Interesse der beiden Konfliktseiten, sich aktiv am „5+2-Prozess“, der Moldau, Transnistrien, die OSZE, die Russische Föderation und die Ukraine sowie Beobachter aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union einschließt, zu beteiligen. Mit dem Ziel, Spannungen abzubauen und den Dialog zwischen Moldau und Transnistrien, aber auch zwischen allen Teilnehmern am „5+2-Format“ zu erleichtern, reiste der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Radojko Bogojević, fünf Mal in die Region und ermöglichte zwei Verhandlungsrunden in Wien. Trotz der sich verschlechternden Sicherheitssituation in der und rund um die benachbarte Ukraine blieb die Lage in Moldau stabil. Alle Teilnehmer am Prozess sind gewillt, den Weg des Prozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage weiter zu beschreiten, und auf dem Ministerratstreffen in Basel bekannten sich die Teilnehmerstaaten erneut einstimmig zu den Grundlagen und Zielen des Prozesses und appellierten an die Konfliktseiten, den Dialog zu intensivieren und einen ganzjährigen Zeitplan für die Verhandlungen zu erstellen.

## **AUFTRAG IN SÜDOSTEUROPA ERFÜLLT**

### **ÜBERTRAGUNG IN DIE EIGENVERANTWORTUNG NACH 19 JAHREN OSZE-**

## **GELEITETER ARBEIT ZUM DAYTON-VERTRAG**

Fast zwei Jahrzehnte nach dem Krieg auf dem Westbalkan versammelten sich führende Politiker aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien 2014 beim OSZE-Ministerrat in Basel, um ein neues Kapitel des Friedens zu beginnen.

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Dayton im Jahr 1995 hat die OSZE mit der Unterstützung des Wiederaufbaus von Vertrauen zwischen den Streitparteien durch den Abbau von Waffenarsenalen, die Verbesserung des Informationsaustausches und die Erlaubnis intrusiver Inspektionen eine wichtige Rolle gespielt.

Mit den in Basel unterzeichneten Abänderungen verpflichteten sich die vier Länder, die alleinige Verantwortung für die Rüstungskontrolle und Stabilität auf dem Westbalkan zu übernehmen.

„Die Verpflichtungen nach Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton wurden in Taten umgesetzt“, sagte Generalmajor Michele Torres, der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton. „Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien und Serbien haben bewiesen, dass sie ein stabiles militärisches Gleichgewicht bei möglichst niedrigem Rüstungsniveau und einem reduzierten Risiko einer neuen Konflikteskalation erreichen können. Unser Auftrag ist somit erfüllt.“

Die OSZE und die beteiligten Parteien haben das Quantum der zu vernichtenden Waffen erfüllt und sogar übertroffen, und in den letzten beiden Jahren hat die OSZE den Ländern in der Region geholfen, ihre Inspektionen zunehmend selbst und mit immer weniger direkter Beteiligung der OSZE durchzuführen.

Nachdem sechs verschiedene Persönliche Beauftragte der jeweiligen Amtierenden OSZE-Vorsitzenden die Aktivitäten nach Artikel IV durchgeführt haben, werden mit 1. Januar 2015 diese Aufgaben vollständig den Parteien übertragen.

„Die Zusammenarbeit in allen Fragen der Rüstungskontrolle wird weiterhin ein Anliegen der OSZE sein, wobei sie aber von einer tatkräftigen Mitwirkung vor Ort zu einer eher unterstützenden Rolle übergehen wird“, so Generalmajor Torres.

Der Schweizer Vorsitz hat die Überführung des Dayton-Prozesses in die Eigenverantwortung der Behörden vor Ort zu seiner Priorität erklärt, um die Zusammenarbeit mit und auf dem Westbalkan zu stärken.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Schweizer Außenminister, Didier Burkhalter, hob hervor, dass die im Rahmen von Dayton durchgeführte Arbeit „anderen OSZE-Regionen als Modell zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität dienen soll“.






***„Es gibt nun ein Fundament, auf dem junge Menschen aufbauen können.“***

**Generalmajor Michele Torres**

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE  
für Anhang 1–B Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton



Die Außenminister von Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien nach der Unterzeichnung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle auf dem Ministerrat in Basel am 4. Dezember 2014.

<b>STABILITÄT IN ZAHLEN</b>		
	<b>10 069</b>	SCHWERE WAFFEN VERNICHTET
	<b>13 07</b>	OSZE-MITARBEITER IN FELDEINSÄTZEN
	<b>709 +</b>	INSPEKTIONEN (129 REDUZIERUNGSINS PEKTIONEN)
<b>GEMÄSS DEM DAYTON- VERTRAG VERNICHTET</b>		
	<b>14 14</b>	KAMPFPANZER
	<b>77 54</b>	ARTILLERIEWAFFE N
	<b>688</b>	GEPANZERTE KAMPFFAHRZEUGE
	<b>170</b>	KAMPFFLUGZEUGE
	<b>19</b>	ANGRIFFSHUBSCHR AUBER

Video über die Arbeit der OSZE im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Dayton auf: [www.osce.org/cio/126754](http://www.osce.org/cio/126754)



## ZUSAMMENARBEIT OSZE – VEREINTE NATIONEN

Gemeinsam mit dem Sekretariat bemühte sich der Schweizer Vorsitz um den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Der Amtierende Vorsitzende Didier Burkhalter stellte die Prioritäten des Schweizer OSZE-Vorsitzes für das laufende Jahr dem UN-Sicherheitsrat vor. Südosteuropa und die Ukraine sind konkrete regionale Beispiele für die gegenseitig fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen.

In der Ukraine arbeiteten OSZE und UN in den Bereichen Menschenrechte, Mediation und humanitäre Fragen eng zusammen. Der Leitende Beobachter, Botschafter Ertuğrul Apakan, und die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden in der Trilateralen Kontaktgruppe, Heidi Tagliavini, unterrichteten den UN-Sicherheitsrat über die Lage in der Ukraine. Die Hochrangige Planungsgruppe zum Berg-Karabach-Konflikt traf mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen zur Erörterung bewährter Praktiken für die Planung friedenssichernder Einsätze im Vorfeld einer Konfliktlösung zusammen.

Der Schweizer Vorsitz förderte den Dialog mit den Vereinten Nationen und lud zahlreiche hochrangige UN-Vertreter in den Ständigen Rat der OSZE und zu gemeinsamen Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation ein, darunter António Guterres, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (20. Februar), Angela Kane, Hohe Beauftragte der UN für Abrüstungsfragen (20. Mai), Navi Pillay, damalige Hohe Kommissarin der UN für Menschenrechte (3. Juli), Jeffrey Feltman, Untergeneralsekretär der UN für politische Angelegenheiten (8. September) und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon (4. November).

Die OSZE und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen erarbeiteten gemeinsam eine *Protection Checklist*, anhand der die OSZE-Mitarbeiter Probleme im Zusammenhang mit Vertriebenen leichter erkennen und diese an spezialisierte Agenturen weiterleiten können, die mit der Betreuung der Betroffenen in allen Konfliktphasen betraut sind.

Für die gesamte Dauer des Vorsitzes stellte die Stärkung der Zusammenarbeit unter regionalen und internationalen Organisationen eine übergeordnete Priorität in der menschlichen Dimension dar. Die OSZE unterhielt enge Kontakte zur Beobachtungsmission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine sowie zum Beigeordneten Generalsekretär für Menschenrechte, Ivan Šimonović. Zweimal wurde er eingeladen, um die Teilnehmerstaaten gemeinsam mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, der Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten und dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte über die Menschenrechtslage in der Ukraine zu informieren.

Die OSZE und die UN arbeiteten in mehreren spezifischen Themenbereichen zusammen. Die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, sprach im Ständigen Rat über die Herausforderungen in Verbindung mit den Menschenrechten in der OSZE, was zur Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen ihrem Büro und dem ODIHR führte. Ferner wurde eine strategische Partnerschaft zwischen der OSZE und dem Büro der

Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung im Bereich organisierte Kriminalität und Terrorismusbekämpfung begründet. Die OSZE unterstützt die Umsetzung der Instrumente der UN zur Terrorismusbekämpfung und arbeitet mit UNODC im Bereich der Korruptionsbekämpfung und Geldwäsche eng zusammen. Zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Bereich Mediation erstellte die OSZE im Juni gemeinsam mit der Gruppe für Vermittlungsunterstützung der UN einen Arbeitsplan. Schließlich gibt es auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der OSZE, der UN-Wirtschaftskommission für Europa und der Internationalen UN-Strategie zur Katastrophenvorsorge zu Fragen wie Wassermanagement und Katastrophenvorsorge.



*OSZE-Generalsekretär **Lamberto Zannier** und Botschafter **Thomas Greminger** mit UN-Generalsekretär **Ban Ki-moon** am 4. November in Wien.*



## **21. OSZE-MINISTERRAT**

### **4. UND 5. DEZEMBER, BASEL, SCHWEIZ**

Im Rahmen dieses Ministerrats wurden themenbezogene Plenarsitzungen sowie informelle Mittag- und Abendessen für Minister eingeführt, um die Sitzungen und Debatten für alle Teilnehmer interaktiver zu gestalten. Der zweite Tag war dem Dialog mit den OSZE-Kooperationspartnern auf Ministerebene gewidmet; somit war der Ministerrat in Basel der erste, bei dem die Außenminister Gelegenheit hatten, in den Plenarsitzungen mit Vertretern der Partner aus Asien und dem Mittelmeerraum zu sprechen. Die Minister verabschiedeten zwei Erklärungen zur Stärkung der Beziehungen mit den Partnern.

Dem Schweizer Vorsitz war besonders daran gelegen, dass die Teilnehmerstaaten möglichst durch Minister vertreten waren; letzten Endes kamen über 50 Außenminister angereist.

In Ermangelung eines Konsenses zu einem Beschluss betreffend die Krise in der und um die Ukraine veröffentlichte der Schweizer Vorsitz eine Zusammenfassung der Erörterungen des ersten Tages, in der festgehalten wurde, dass nach Ansicht vieler Teilnehmerstaaten die Krise in der und um die Ukraine durch den Druck entstanden sei, den ein Teilnehmerstaat auf einen anderen ausgeübt hat, und dass die in der Folge unter anderem von der Russischen Föderation unternommenen Schritte im Zusammenhang mit dem Status der Krim einen Verstoß gegen grundlegende OSZE-Verpflichtungen darstellten. Der Schweizer Vorsitz berichtete, dass viele Teilnehmer diese Aktionen als mit dem Völkerrecht unvereinbar bezeichneten und zur Achtung der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen aufriefen – im Einklang mit der gemeinsamen Verantwortung der Teilnehmerstaaten, die Erklärung von Helsinki über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, einzuhalten.

Neben den Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens und der territorialen Integrität in der Ukraine eröffnete der Schweizer Vorsitz einen Reflexionsprozess über die allgemeine Krise der europäischen Sicherheit und die Einhaltung der in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien. Der Amtierende Vorsitzende Burkhalter leitete in Basel in enger Zusammenarbeit mit den Troika-Mitgliedern Serbien und Deutschland die Einsetzung eines Weisenrats zum gemeinsamen Vorhaben der europäischen Sicherheit in die Wege. Dieses Gremium soll Empfehlungen ausarbeiten und Ratschläge dazu geben, wie ein inklusiver und konstruktiver sicherheitspolitischer Dialog in der gesamten euroatlantischen und eurasischen Region anzulegen ist. Aufgabe des Gremiums ist es, die Bemühungen der OSZE-Teilnehmerstaaten zu ergänzen und zu unterstützen und Impulse für multilaterale Bemühungen um Stabilität in der OSZE-Region zu setzen. Das Gremium soll bis Juni 2015 einen Zwischenbericht mit Vorschlägen, wie die OSZE im Lichte der Krise in der und um die Ukraine gestärkt werden kann, und bis Dezember 2015 einen Schlussbericht über weiterführende Fragen der europäischen Sicherheit und die Möglichkeit echter kooperativer Sicherheitsbeziehungen erstellen.

Insgesamt wurden beim Ministerrat in Basel 21 Beschlüsse und Erklärungen verabschiedet.



Der Plenarsaal bei der Eröffnungssitzung des 21. OSZE-Ministerrats in Basel am 4. Dezember 2014.

<b>BEIM OSZE-MINISTERRAT 2014 VERABSCHIEDETE BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN</b>	
<b>BESCHLÜSSE</b>	
1	Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Michael Georg Link)
2	Wiederbestellung des Generalsekretärs der OSZE (Lamberto Zannier bis 1. Juli 2017)
3	OSZE-Vorsitz im Jahr 2016 (Deutschland)
4	OSZE-Vorsitz im Jahr 2017 (Österreich)
5	Verhütung von Korruption
6	Verbesserung der Katastrophenvorsorge
7	Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
8	Zusatz zum OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
9	Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats (Belgrad, 3. und 4. Dezember 2015)
10	Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition
<b>ERKLÄRUNGEN UND ANDERE DOKUMENTE</b>	
1	Erklärung über weitere Schritte im Helsinki+40-Prozess
2	Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage
3	Erklärung zur Jugend
4	Erklärung zur Überführung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach Anhang 1-B Artikel IV des Allgemeinen Rahmenabkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina in die Eigenverantwortung der Parteien

<b>ERKLÄRUNGEN UND ANDERE DOKUMENTE</b>	
5	Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung des Phänomens von ausländischen terroristischen Kämpfern
6	Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung von Entführungen und Geiselnahmen durch terroristische Gruppen
7	Gedenkerklärung des Ministerrats zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs
8	Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus
9	Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum
10	Ministererklärung über die Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien
11	Gedenkerklärung zum 20-jährigen Bestehen des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit



## **NEUERUNGEN IN DER WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION**

Eine der zehn Prioritäten des Schweizer Vorsitzes bestand darin, die Katastrophenvorsorge und ihre sicherheitsrelevanten Implikationen fest in der OSZE-Agenda zu verankern. In Anbetracht der Hochwasserkatastrophen in Südosteuropa in diesem Jahr kam dieses Thema zu einem entscheidenden Zeitpunkt zur Sprache. Das Wirtschafts- und Umweltforum mit Sitzungen in Wien und Montreux und einer Abschlussitzung in Prag war diesem Thema gewidmet. Die drei Sitzungen behandelten Naturkatastrophenverhütung, -vorsorge und -management und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hinblick auf die Förderung von Kooperation und Sicherheit im OSZE-Raum. In Montreux führten erstmals Teilnehmer im Zusammenhang mit dem Wirtschafts- und Umweltforum Projektbesuche vor Ort durch, bei denen die Vorkehrungen eines integrierten Katastrophenvorsorgemanagements, einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Italien, präsentiert wurden. Das Forum schuf die Voraussetzungen für einen wesentlichen, im Dezember 2014 in Basel verabschiedeten Ministerratsbeschluss über die Verbesserung der Katastrophenvorsorge.

Ebenfalls zum ersten Mal hielt der Wirtschafts- und Umweltausschuss eine Klausur außerhalb von Wien ab, bei der Wege zur Verbesserung der strategischen Ausrichtung dieser Sicherheitsdimension erörtert wurden. Die Ergebnisse dieser Erörterungen flossen in den Helsinki+40-Prozess ein.

Der Schweizer Vorsitz führte ferner ein neues Format für das Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension ein, indem er das Treffen einem Themenschwerpunkt – Good Governance und Korruptionsbekämpfung – widmete, was die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines Ministerratsbeschlusses über die Verhütung von Korruption schuf. Wasser als Sicherheitsthema stand ebenfalls auf der OSZE-Agenda 2014. Dazu finanzierte und unterstützte der Vorsitz die Organisation einer Veranstaltung über Wasserdiplomatie im Rahmen der *Security Days* im Juli und einer Sitzung des Wirtschafts- und Umweltausschusses zum Austausch vorbildlicher Praktiken im Bereich des Wassermanagements. Diese erfolgreichen Veranstaltungen waren die ideale Einleitung zum Thema Wasser-Governance, das der serbische Vorsitz des Jahres 2015 im Sommer 2014 als seine Hauptpriorität in der Wirtschafts- und Umweltdimension festlegte.

## **ERWEITERTE BOTSCHAFTERKLAUSUR**

Am 20. und 21. Oktober veranstaltete der Vorsitz eine Klausur auf Botschafterebene, zu der viele Teilnehmer aus OSZE-Hauptstädten kamen. Zweck dieser Klausur war die inhaltliche Vorbereitung des Ministerrats in Basel und die Erörterung des von der Schweiz vorgeschlagenen innovativen Formats.

Wie vom Schweizer Vorsitz vorgesehen, diskutierten die Teilnehmer in vier oder fünf Gruppen mit jeweils einem Moderator über dieselben Themen und präsentierten anschließend ihre Ideen durch einen Berichtersteller im Plenum, wodurch eine wesentlich interaktivere Atmosphäre entstand.

## **VERHALTENSKODEX ZU POLITISCH-MILITÄRISCHEN ASPEKTEN DER SICHERHEIT**

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Verhaltenskodex organisierte der Schweizer Vorsitz am Rande des Ministerrats eine Veranstaltung, bei der der Amtierende Vorsitzende dem OSZE-Generalsekretär eine anlässlich dieses Jubiläums durchgeführte Studie überreichte, die die Geschichte, die Entwicklung und die Errungenschaften dieses Schlüsseldokuments der OSZE und seine wertvolle Rolle bei der Schaffung neuer Normen der Transparenz und Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Teilnehmerstaaten untersucht.

## **AUF DEM WEG ZU EINER WIRKSAMEREN OSZE**

### **ANDAUERNDER DIALOG IM RAHMEN DES HELSINKI+40-PROZESSES**

Vor dem Hintergrund der Krise in der und um die Ukraine gelang es dem Schweizer Vorsitz, die Teilnehmerstaaten dazu zu motivieren, den Helsinki+40-Prozess als ein Format für eine umfassende informelle Erörterung der wichtigsten Themen der OSZE-Agenda zu sehen und daran festzuhalten. Die Erfahrungen, die im Zuge der Reaktion der OSZE auf die Krise gewonnen wurden, könnten konkreten Diskussionen über die Stärkung der Krisenmanagementkapazitäten der OSZE die Richtung vorgeben.

Die informelle Helsinki+40-Arbeitsgruppe trat im Februar, April, Oktober und November zusammen, um Fragen zu erörtern, die in erster Linie in den Themenkreis Effizienz und Effektivität fielen, darunter die langfristige Haushaltsplanung und die Zukunft der Feldpräsenzen.

Auch wenn vieles von den weiteren Entwicklungen in der und um die Ukraine und von der breiteren Debatte über die Bewältigung der derzeitigen Krise der europäischen Sicherheit abhängt, haben die Teilnehmerstaaten stets ihr Interesse an der Fortsetzung des Helsinki+40-Prozesses bekundet. In der Erklärung des Basler Ministerrats über die weiteren Schritte im Helsinki+40-Prozess wird das designierte Vorsitzland Serbien aufgefordert, mit Unterstützung der Troika den Helsinki+40-Prozess auf transparente Weise und unter Einbeziehung aller fortzusetzen.

## **KOOPERATIONSPARTNER**

Der Schweizer Vorsitz förderte die Einbeziehung der asiatischen und der Mittelmeer-Kooperationspartner in Veranstaltungen und Aktivitäten der OSZE sowie ihre Teilnahme an einschlägigen Sitzungen, Seminaren und Konferenzen; es wurde nach Wegen gesucht, wie die Partner ihren wertvollen Beitrag zum Helsinki+40-Prozess einbringen können, und generell ihre engere Mitarbeit unterstützt. Die Beiträge aus Australien, Israel, Japan, der Republik Korea und Thailand im Hinblick auf die Sonderbeobachtermission in der Ukraine sind ein weiteres konkretes Beispiel für das Engagement der Kooperationspartner für die OSZE.

Am zweiten Tag des Ministerrats 2014 in Basel war eine Plenarsitzung den Kooperationspartnern gewidmet, wobei der Schwerpunkt auf dem Thema Terrorismusbekämpfung lag und Gelegenheit für informelle Gespräche auf Ministerebene gegeben wurde. Der Schweizer Vorsitz brachte auch erfolgreich erstmals zwei spezifische Ministerratserklärungen über die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum zur Verabschiedung. Beide Erklärungen legten Prioritäten in der Zusammenarbeit zwischen den Partnern und den Teilnehmerstaaten in Bereichen von gemeinsamem Interesse fest. Die Erklärungen legten auch engere Beziehungen mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft zur Ausweitung des bestehenden Dialogs nahe.



### **GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER**

**JUNE ZEITLIN**

SONDERBEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN  
FÜR GENDERFRAGEN

[www.osce.org/cio/srgender](http://www.osce.org/cio/srgender)

Im Hinblick auf das Ziel des Schweizer Vorsitizes, „eine Sicherheitsgemeinschaft zum Nutzen aller zu schaffen“, übernahm die Sonderbeauftragte für Genderfragen 2014 eine wesentliche Rolle, indem sie dabei half, den Fokus verstärkt auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zu lenken und dieses Thema der Inklusivität mit Leben zu erfüllen.

Sonderbeauftragte June Zeitlin konzentrierte sich in ihrer Tätigkeit vor allem auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – eine kritische Komponente der umfassenden Sicherheit. Der Vorsitz organisierte die erste Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung, auf der die Teilnehmer den Bedarf an einer Aktualisierung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter feststellten und den Ministerrat in Basel aufforderten, die Teilnehmerstaaten damit zu beauftragen, einen Zusatz zum OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auszuarbeiten.

Die im Dezember in Basel zusammengekommenen Außenminister einigten sich auf einen Beschluss mit dem Ziel, die Bemühungen der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu verstärken.

Zeitlin legte bei der Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung auch ein Papier vor, in dem sie der OSZE empfiehlt, die Übernahme des von den Vereinten Nationen und anderen Akteuren verfolgten Ansatzes in Erwägung zu ziehen, um Genderfragen in großen und unterschiedlichen Organisationen wie der OSZE besser durchgehend berücksichtigen zu können. Die Gründung von UN-Frauen unter der Leitung eines Untergeneralsekretärs habe zu einem umfassenderen und wirksameren Ansatz geführt, mit dem dafür gesorgt wird, dass die Gleichstellung der Geschlechter in allen politischen Entscheidungen tatsächlich berücksichtigt wird.

Die Sonderbeauftragte hat auch in ihrem dritten Jahr in dieser Funktion durch Länderbesuche auf Fragen der Geschlechtergleichstellung aufmerksam gemacht und Expertenhilfe für die Umsetzung des Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern geleistet. Sie besuchte Länder in Ost- und Westeuropa, auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien. Im vergangenen Jahr absolvierte sie ihren ersten gemeinsamen Besuch mit der Kontaktstelle des ODIHR für Fragen der Roma und Sinti in Albanien, bei dem der Schwerpunkt auf der politischen Teilhabe von Frauen und der Gewalt gegen Frauen lag. Außerdem stattete sie Besuche in Tadschikistan und Belarus ab.

## **RECHTLICHE GRUNDLAGEN**

Die Ereignisse in der und um die Ukraine führten die praktischen Auswirkungen des weiterhin ungeklärten rechtlichen Status der OSZE und ihrer Mitarbeiter vor Augen. Der Sonderberater des Amtierenden Vorsitzenden für die Stärkung der rechtlichen Grundlagen der OSZE, Botschafter John Bernhard, suchte nach einer Lösung für dieses langjährige Problem – über informelle Kanäle und in drei Sitzungen der Informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE. Eine Reihe möglicher Modelle wurde unter der Leitung von Botschafter Bernhard ermittelt und diskutiert. Allgemeine Übereinstimmung bestand hinsichtlich der Notwendigkeit, das Problem so rasch wie möglich zu lösen und die Bemühungen 2015 fortzusetzen, mit dem Schwerpunkt auf einer eingehenderen Diskussion derjenigen Vorschläge, die am ehesten konsensfähig sind.

## **JUGEND? JA!**

Im Zusammenhang mit der Partizipation der Jugend setzte der Amtierende Vorsitzende Didier Burkhalter alles daran, neue Wege zu finden, wie sich junge Bürger sowohl in ihren Heimatländern als auch im Ausland über die OSZE informieren und für sie engagieren können. Die Schweiz sorgte insbesondere für eine Wiederbelebung der *Model-OSCE* in der Region – einer Plattform für junge Führungskräfte, um Kontakte zu knüpfen und die Herausforderungen der heutigen Zeit, mit denen die Region konfrontiert ist, zu erörtern.

Mit Verhandlungsrunden in Wien und Belgrad sowie online über eine spezielle Plattform konnten sich die 57 Jugendbotschafter einen echten Eindruck von der OSZE verschaffen und einen *Model-OSCE*-Jugendaktionsplan aushandeln, den sie beim Ministerratstreffen in Basel vorstellten. Die Minister verabschiedeten eine Erklärung zur Jugend, in der sie die Rolle junger Menschen für die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen und ihr Potenzial, einen Beitrag zur wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten, anerkennen.

Hier können Sie den *Model-OSCE*-Jugendaktionsplan herunterladen:

[model-osce.ch/youth-action-plan](http://model-osce.ch/youth-action-plan)



*Außenminister, Delegationsleiter und Jugendbotschafter posieren beim 21. OSZE-Ministerrat in Basel am 4. Dezember 2014 für ein Familienfoto.*

## **PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR RELIGIÖSE TOLERANZ**

### **RABBI ANDREW BAKER**

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS

### **TALIP KÜÇÜKCAN**

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG GEGENÜBER MUSLIMEN

### **ALEXEY AVTONOMOV**

PERSÖNLICHER BEAUFTRAGTER DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG GEGENÜBER CHRISTEN UND ANGEHÖRIGEN ANDERER RELIGIONEN

Vier gemeinsame Besuche der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung religiöser Diskriminierung im Jahr 2014 führten nach Dänemark, in die Vereinigten Staaten und erstmals in die Russische Föderation und in die Türkei. Außerdem besuchte der Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung des Antisemitismus, Rabbi Andrew Baker, auf Einladung der ukrainischen Regierung vom 27. bis 30. April 2014 die Ukraine, um die Einhaltung der Rechte der jüdischen Gemeinde in der Ukraine zu beurteilen. In seinem Bericht über den Besuch begrüßte Rabbi Baker die Bemühungen der ukrainischen Regierung, auf die Bedürfnisse der jüdischen Gemeinde in der Ukraine einzugehen, sowie die öffentliche Verurteilung des Antisemitismus durch die ukrainischen Behörden.

Im Bemühen um eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Organisationen veranstalteten sie Sitzungen mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dem Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz. Im April besuchte Rabbi Baker Kiew, wo er mit führenden Persönlichkeiten und Regierungsvertretern die Lage der jüdischen Gemeinde besprach.

Der Vorsitz regte eine Diskussion darüber an, wie die Auswirkungen und die strukturelle Unterstützung der Arbeit der drei Persönlichen Beauftragten verbessert werden könnten, indem er ein Food-for-thought-Paper herausgab und den Austausch zwischen den Teilnehmerstaaten über die laufende Unterstützung der Bemühungen der Persönlichen Beauftragten in die Wege leitete.

Die drei Beauftragten trafen auch mit NGO-Vertretern zusammen, die wertvolle Informationen zur Intoleranz in der Region zur Verfügung stellten, und sagten gemeinsam bei einer Anhörung durch die US-Helsinki-Kommission über Intoleranz und Diskriminierung in der OSZE-Region aus.

Anlässlich des 10. Jahrestags der Berliner OSZE-Konferenz und der Berliner Erklärung zu Antisemitismus verwies Rabbi Baker auf eine vor kurzem von der EU-Agentur für Grundrechte durchgeführte Erhebung, die ein hohes Ausmaß an Angst und Besorgnis unter den jüdischen Gemeinden ergab. Baker machte auch auf dem Forum der Zivilgesellschaft und der hochrangigen Tagung in Berlin im November auf die Zunahme von Zwischenfällen aufmerksam.



# Der Ständige Rat

Der Ständige Rat ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er ist für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig.



# Der Ständige Rat

[www.osce.org/pc](http://www.osce.org/pc)

Der Ständige Rat (StR) ist das wichtigste beschlussfassende Organ, in dem die tägliche operative Arbeit der OSZE zwischen den Treffen des Ministerrats erfolgt. 2014 führte Thomas Greminger, der Schweizer Botschafter bei der Organisation, den Vorsitz im Ständigen Rat und bei dessen wöchentlichen Sitzungen in der Wiener Hofburg. Es sollte für den Ständigen Rat eines der arbeitsreichsten Jahre seit seinem Bestehen werden.

## **BESTELLUNG DER VORSITZENDEN FÜR DIE AUSSCHÜSSE DES STÄNDIGEN RATES**

*Der Vorsitz des Ständigen Rates bestellt für jeden der drei allgemeinen Ausschüsse einen Vorsitzenden. 2014 standen die Ausschüsse unter der Leitung von:*

**Botschafter Dominic Schroeder (Vereinigtes Königreich)**, Vorsitz des Sicherheitsausschusses

**Botschafterin Oľga Algayerová (Slowakei)**, Vorsitz des Wirtschafts- und Umweltausschusses

**Botschafter Robert Kvile (Norwegen)**, Vorsitz des Ausschusses für die menschliche Dimension

2014 trat der Ständige Rat 53 Mal zusammen. Die Krise in der und um die Ukraine führte auch zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK), dem maßgeblichen Beschlussfassungsorgan der OSZE zu militärischen Aspekten der Sicherheit. Das FSK und der Ständige Rat hielten 2014 im Zusammenhang mit der Krise sechs gemeinsame Sitzungen ab. Botschafter bei der OSZE trafen im Rahmen von 332 Politischen Dialogen (informellen Sitzungen) zusammen und konnten 20 hochrangige Gastredner im Ministerrang oder darüber beziehungsweise Leiter internationaler Organisationen begrüßen, darunter den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon.

### **Beschlüsse des Ständigen Rates, die sich mit der Krise in der und um die Ukraine befassen:**

21. März: Entsendung der Sonderbeobachtermission (SMM) in die Ukraine

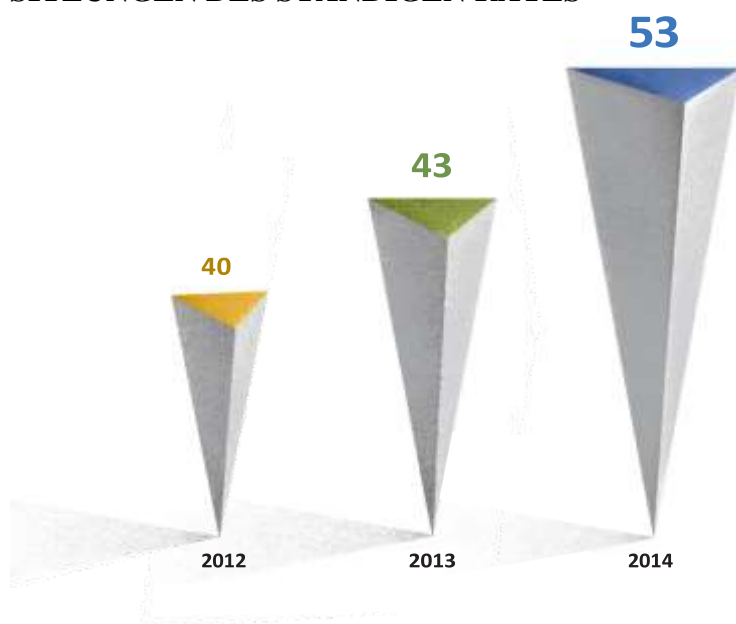
18. Juli: Einen Tag nach dem Abschuss von MH17 verabschiedete der StR eine Erklärung zu dem Zwischenfall, in der eine Waffenruhe in der Ostukraine und der sofortige und sichere Zugang zum Absturzort gefordert wurden.

22. Juli: Verlängerung des SMM-Mandats

24. Juli: Entsendung einer Beobachtermission an die russischen Kontrollposten in Gukowo und Donezk

22. Oktober: Verlängerung des Mandats der Grenzbeobachtungsmission

## SITZUNGEN DES STÄNDIGEN RATES



*Botschafter Thomas Greminger aus der Schweiz, Vorsitzender des Ständigen Rates der OSZE, im Gespräch mit Pressevertretern am 18. Juli, nachdem sich der Ständige Rat mit dem Absturz von Flug MH17 der Malaysia Airlines befasst hatte.*

*„Wir machten uns Gedanken darüber, wie wir mehr Dynamik in unseren Vorsitz bringen und die Debatte intensivieren können. Wir wollten eine Wende im Spiel herbeiführen, doch die Wende kam von selbst.“*

**Botschafter Thomas Greminger**

Vorsitzender des Ständigen Rates und Ständiger Vertreter der Schweiz bei der OSZE

EHRENGÄSTE IM STÄNDIGEN RAT		
16. Januar		Antrittsrede des Amtierenden Vorsitzenden <b>Didier Burkhalter</b> , Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten
30. Januar		<b>Sebastian Kurz</b> , österreichischer Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten; <b>Peter Maurer</b> , Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz

<b>EHRENGÄSTE IM STÄNDIGEN RAT</b>		
20. Februar	<b>António Guterres</b> , Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen	
27. Februar	<b>Raschid Meredow</b> , Stellvertretender Vorsitzender des Ministerkabinetts und Minister für auswärtige Angelegenheiten von Turkmenistan; <b>Nils Muiznieks</b> , Menschenrechtskommissar des Europarats	
13. März	<b>Mobarez Rashidi</b> , Minister für Drogenbekämpfung von Afghanistan	
20. März		<b>Andrij Deschtschyzja</b> , Geschäftsführender Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine
30. April	<b>Ján Kubiš</b> , Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA)	
8. Mai	<b>Natalia Gherman</b> , Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration von Moldau	
21. Mai	<b>Angela Kane</b> , Hohe Beauftragte der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen	
3. Juli		<b>Navi Pillay</b> , Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte
10. Juli	<b>Frans Timmermans</b> , Minister für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande	
15. Juli	<b>Ivica Dačić</b> , Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten von Serbien	
24. Juli	<b>Gianni Buquicchio</b> , Präsident der Venedig-Kommission	
8. September	<b>Jeffrey Feltman</b> , Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten; <b>Ivan Šimonović</b> , Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen für Menschenrechte	
18. September	<b>Miroslav Lajčák</b> , Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakei	
16. Oktober	<b>Francesco Bastagli</b> , Leiter der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Grenzüberwachung in Moldau und der Ukraine	

<b>EHRENGÄSTE IM STÄNDIGEN RAT</b>		
4. November		<b>Ban Ki-moon</b> , Generalsekretär der Vereinten Nationen
6. November		Kovorsitzende der Internationalen Genfer Gespräche über den Konflikt in Georgien  Botschafter <b>Angelo Gnädinger</b> , Sonderbeauftragter des Schweizer OSZE-Vorsitzes für den Südkaukasus, Botschafter <b>Antti Turunen</b> von den Vereinten Nationen und Botschafter <b>Herbert Salber</b> von der EU
27. November		<b>Francisco Martínez Vázquez</b> , Staatssekretär für Sicherheit von Spanien; Botschafter <b>Ali El Mhamdi</b> , Ständiger Vertreter des Königreichs Marokko in Österreich



# DAS FORUM FÜR SICHERHEITS- KOOPERATION

Das Forum ist das wichtigste Beschlussfassungsorgan der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Seine Teilnehmer treffen wöchentlich in Wien zusammen und befassen sich unter anderem mit Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

# Das Forum für Sicherheitskooperation

[www.osce.org/fsc](http://www.osce.org/fsc)

Das Forum für Sicherheitskooperation, eines der beiden regelmäßig tagenden beschlussfassenden Hauptorgane, bietet den Teilnehmerstaaten eine einzigartige Plattform für die Erörterung aktueller Herausforderungen im Sicherheitsbereich und die Aushandlung und Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen.



## **EIN DIALOGFORUM**

2014 erwies sich das Forum als geeigneter Rahmen zur Erörterung von Fragen im Zusammenhang mit der Krise in der und um die Ukraine, insbesondere im Hinblick auf die Anwendung des Wiener Dokuments. Mit dem Ständigen Rat arbeitete das Forum wie bisher in Fragen zusammen, die beide Organe betreffen. Zu diesem Zweck wurden sechs gemeinsame

Sitzungen zur Ukraine, zur Abrüstung und zu grenzüberschreitenden Bedrohungen in der Mittelmeerregion abgehalten.

Wie schon zuvor war die OSZE auch im vergangenen Jahr einer der aktivsten Akteure auf regionaler Ebene bei der Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme. In Absprache mit dem 1540-Ausschuss und dem UN-Büro für Abrüstungsfragen wurden mehrere länder-spezifische Dialoge veranstaltet.

Auf dem 24. Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung im März wurde der Stand der Umsetzung der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bewertet. Im Dezember trafen sich die Leiter der Verifikationszentren zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch über technische Aspekte des Wiener Dokuments. Das FSK leistete auch einen Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE im Juni.

Der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit war auch 2014 ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung des FSK. Die dritte jährliche Diskussion über seine Umsetzung im Juli bot eine hervorragende Gelegenheit zur Erörterung der Frage, wie die Umsetzung des Kodex gefördert und verbessert werden kann, und zur Überprüfung seiner Anwendung in der derzeitigen politischen und militärischen Situation. 2014 wurde auch das 20-jährige Bestehen dieses wichtigen Dokuments gefeiert. Im Dezember verabschiedete der Ministerrat in Basel eine Gedenkerklärung. Das Forum befasste sich auch weiterhin mit der Frage, in welcher Form es zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit in der OSZE-Region beitragen kann.

Der Vorsitz im Forum wechselt drei Mal pro Jahr; er legt die Tagesordnung für die FSK-Sitzungen fest. Dem Vorsitzenden stehen der designierte und der scheidende Vorsitzende zur Seite, gemeinsam bilden sie die Troika. 2014 hatten Malta, Moldau und Monaco den Vorsitz inne.

In einem Ministerratsbeschluss von 2012 wurde das Forum eingeladen, zum Helsinki+40-Prozess beizutragen. Im November versandte der monegasische FSK-Vorsitz einen gemeinsamen Bericht der drei Forumsvorsitze des Jahres 2014 über die Aktivitäten des FSK zur Umsetzung dieses Beschlusses.



**FSK-TROIKA**

### **KRISENBEDINGTE ZUSAMMENARBEIT**

Auf der Tagesordnung der wöchentlichen Sitzungen des Forums in Wien findet sich auch immer der Punkt „Sicherheitsdialog“, der es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, jede Art von sicherheitspolitischen Besorgnissen zur Sprache zu bringen. 2014 machten die Ukraine und die Russische Föderation von diesem Tagesordnungspunkt ausgiebig Gebrauch und schilderten jeweils ihre Sicht der Vorgänge in der und um die Ukraine.

27 Teilnehmerstaaten führten Inspektionen nach dem Wiener Dokument durch, das von den Teilnehmerstaaten die Weitergabe von Informationen über ihre Streitkräfte, ihre militärischen Aktivitäten und ihre Verteidigungsplanung verlangt. Die so geschaffene Transparenz ist der Schlüssel zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Staaten.

<b>DAS WIENER DOKUMENT IN AKTION</b>	
Das Wiener Dokument soll gegenseitige Inspektionen der Verteidigungskräfte und -aktivitäten ermöglichen.	
<b>VERIFIKATIONSAKTIVITÄTEN 2014</b>	
<b>19</b>	in der Ukraine (durch 25 Staaten)
<b>6</b>	in Russland (durch 10 Staaten)

16 Mal griffen die Teilnehmerstaaten auf das Kapitel „Verminderung der Risiken“ des Wiener Dokuments zurück, was drei gemeinsame Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates zur Folge hatte, in deren Rahmen Konsultationen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten stattfanden.

Während der Krise in der und um die Ukraine rissen die Gespräche nie ab. „Wir blieben immer im Dialog. Das ist das Wesen der OSZE“, sagte der monegasische Botschafter Claude Giordan, der in den letzten vier Monaten des Jahres 2014 im FSK den Vorsitz führte.



*Vertreter von Militärbehörden aus OSZE-Teilnehmerstaaten besuchen die Ukraine, um im Einklang mit dem Wiener Dokument militärische Aktivitäten zu beobachten.*



## WAS IST DAS KOMMUNIKATIONSNETZ?

Eine vertrauenswürdige Plattform für den Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE, hauptsächlich im Zusammenhang mit Rüstungskontrollverträgen und -übereinkommen. Das vom KVZ verwaltete Netz ermöglicht den Staaten den sicheren Austausch dieser Informationen und ermutigt sie zu mehr Transparenz und Offenheit untereinander. Auch Informationen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich der Internetsicherheit könnten über das Netz ausgetauscht werden.

<b>VERNICHTET ODER ENTSORGT</b>		
	17 564	TONNEN TOXISCHER RAKETENTREIBSTOFF
	162	TONNEN NAPALM
	1 500	TONNEN INSTABILE ODER ÜBERSCHÜSSIGE MUNITION
	3 000	KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN



### **DER UMGANG MIT ÜBERSCHÜSSIGEN WAFFEN- UND MUNITIONSBESTÄNDEN**

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und über Lagerbestände konventioneller Munition standen weiterhin an oberster Stelle der FSK-Agenda. Die Tätigkeit des informellen SALW-Freundeskreises leistete einen positiven Beitrag zur Fortsetzung der Arbeit des Forums zu diesen Themen. Im Dezember leitete das Forum einen Beschluss über SALW und konventionelle Munition an das Ministerratstreffen in Basel weiter. Die Minister nahmen den Beschluss an und beauftragten das FSK, seine Hilfestellung an Teilnehmerstaaten in Bezug auf den Umgang mit Waffen- und Munitionslagerbeständen zu verstärken.

Das Forum konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf die Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen und auf die Überprüfung und Weiterentwicklung der in den einschlägigen OSZE-Dokumenten enthaltenen Normen, Maßnahmen und Prinzipien, um deren Wirksamkeit zu erhöhen und Schlupflöcher zu beseitigen.

### **FREILASSUNG VON OSZE-MILITÄRINSPEKTOREN**

Sieben Militärinspektoren aus OSZE-Teilnehmerstaaten wurden am 3. Mai in Slowjansk freigelassen, nachdem sie über eine Woche von bewaffneten Männern in der Ostukraine festgehalten worden waren. Das Team, dem Militärpersonal aus Deutschland, der Tschechischen Republik, Dänemark, Polen und Schweden angehörte, hatte die Region gemäß den Bestimmungen des Wiener Dokuments besucht, das die gegenseitige Beobachtung bestimmter militärischer Aktivitäten vorsieht.

### **SECURITY DAYS: KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE UND VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN IN EUROPA**

Am 10. November trafen bei Expertengesprächen zur konventionellen Rüstungskontrolle im Rahmen der *Security Days* der OSZE Fachleute der OSZE mit internationalen Experten aus

wissenschaftlichen Kreisen und Regierungsstellen zusammen. Sie befassten sich mit der Frage, welche Rolle konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) bei der Sicherung von Stabilität, Vorhersehbarkeit und Transparenz spielen können. Vor dem Hintergrund der Krise in der und um die Ukraine verwiesen die Teilnehmer auf die Notwendigkeit, wieder verstärkt auf VSBM und konventionelle Rüstungskontrolle zu setzen. Dies sei unerlässlich für den Wiederaufbau der kooperativen Sicherheit in Europa.



# **DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE**

In der Parlamentarischen Versammlung sind 323 Parlamentarier aus der 57 Nationen umfassenden OSZE-Region vertreten. Sie bietet ein Forum für Dialog, leitet Wahlbeobachtungsmissionen und stärkt die internationale Zusammenarbeit im Interesse der Einhaltung der Verpflichtungen zu politischen, Sicherheits-, Wirtschafts- und Umwelt- sowie Menschenrechtsfragen.

# Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

---

Generalsekretär: **Spencer Oliver**

**Haushalt:** 3 030 000 EUR

**Personal:** 19 Vollzeitmitarbeiter

8 Research Fellows

[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)

---

Durch ihre Funktion als wichtiges Forum für die internationale Debatte unter Parlamentariern, auch über die Krise in der und um die Ukraine, durch die zügige Beschlussfassung mit Mehrheitsentscheid und ihre im abgelaufenen Jahr besonders ambitionierte Wahlbeobachtungstätigkeit erwies sich die Parlamentarische Versammlung (PV) 2014 erneut als unverzichtbare OSZE-Institution.



*Der damalige Vizepräsident Ilkka Kanerva (rechts), Kent Harstedt (links) und Generalsekretär Spencer Oliver (Mitte) besuchen als Mitglieder einer Delegation der OSZE/PV in der Ostukraine am 29. April einen Kontrollposten in der Oblast Dnipropetrowsk.*

## **FEDERFÜHREND IM DIALOG ÜBER DIE UKRAINE**

Die Krise in der und um die Ukraine – die bei der OSZE das ganze Jahr über im Mittelpunkt stand – fand sich 2014 auch an vorderster Stelle der Tagesordnung der Parlamentarischen Versammlung. Auf der Jahrestagung und auf der Winter- und Herbsttagung der PV erörterten Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum die Lage in dem Land. Die PV vermittelte seit Beginn der Krise einige der wenigen Treffen russischer und ukrainischer Abgeordneter und der Präsident der Versammlung begab sich nach Kiew und Moskau, wo er mit dem ukrainischen Interimspräsidenten Oleksandr Turtschynow, dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und anderen Führungspersonlichkeiten zusammentraf.

## **EIN BAHNBRECHENDES JAHR IN DER WAHLBEOBACHTUNG**

Der ehemalige PV-Präsident João Soares aus Portugal und Vizepräsident Kent Harstedt aus Schweden, die vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE bestellt worden waren, standen an der Spitze Hunderter OSZE-Kurzzeitbeobachter für die Präsidenten- und die Parlamentswahl in der Ukraine. Besuche vor den Wahlen durch Soares, Harstedt, den damaligen Vizepräsidenten Ilkka Kanerva, die Vizepräsidentinnen Doris Barnett und Isabel Pozuelo, den Generalsekretär Spencer Oliver und andere PV-Mitglieder machten zusammen mit der Entsendung von fast 200 Parlamentariern zu den Wahlen das Wahlbeobachtungsprojekt in der Ukraine im Jahr 2014 insgesamt zum größten in der Geschichte der PV. Die Parlamentarier begaben sich vor den Wahlen in alle Regionen des Landes, auch in den Osten, und führten Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern, Wahlleitern, Parteivertretern, führenden Vertretern der Zivilgesellschaft und Journalisten. Vor der Präsidenten-

wahl besuchte eine hochrangige PV-Delegation unter der Leitung von Soares und Oliver auch Donezk, wo sie mit Vertretern der Stadtverwaltung zusammentraf und die Bürger dazu aufrief, trotz des Konflikts zur Wahl zu gehen.



2014 beobachtete die PV Wahlen in Serbien, Ungarn, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, in Bosnien und Herzegowina und Moldau sowie in der Ukraine. Sie gab auch eine Beurteilung der Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten ab, womit sie zeigte, dass sie östlich wie auch westlich von Wien gleichermaßen auf die Einhaltung der Standards pocht.

## DER PARLAMENTARISCHE DIALOG

### 23. JAHRESTAGUNG, BAKU, 28. JUNI BIS 2. JULI

Zur Jahrestagung der PV zum Thema „Helsinki+40 – Auf dem Weg zu menschlicher Sicherheit für alle“ versammelten sich rund 300 Parlamentarier aus über 50 Teilnehmerstaaten der OSZE. Neben den Grundsatzreden des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Didier Burkhalter, und des aserbajdschanischen Präsidenten Ilham Aliyev gab es lebhaft Debatten über die Ukraine und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Zunahme von Extremismus, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die von den Parlamentariern verabschiedete Erklärung von Baku enthielt breit gefächerte Empfehlungen zu Menschenrechten, Demokratie, Umwelt, Rüstungskontrolle und humanitären Fragen. Die Parlamentarier verabschiedeten auch Entschlüsse über Russlands Verstoß gegen die Prinzipien von Helsinki im Zusammenhang mit der Ukraine, die Verstärkung der Mediationskapazitäten der OSZE, die Förderung einer umfassenden Einwanderungsreform, die Beseitigung von Folter und andere Themen.

Die Mitglieder wählten Ilkka Kanerva aus Finnland zum 14. Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung.



#### ILKKA KANERVA

*ist der erste PV-Präsident, der auch schon Amtierender Vorsitzender der OSZE war. Dieses Amt übte er 2008 aus.*

## **HERBSTTAGUNG, GENÈVE, 3. BIS 5. OKTOBER UND WINTERTAGUNG, WIEN, 13. UND 14. FEBRUAR**

Vor den Teilnehmern der Herbsttagung 2014 sprachen unter anderem der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, und die Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten, Astrid Thors. Auf der Tagesordnung standen neben anderen Themen die Lage in der Ukraine, der Klimawandel und die Erosion der Menschenrechte. Die PV hielt auch wieder ein Mittelmeerforum ab, in dessen Mittelpunkt die von ISIS ausgehenden Bedrohungen für die Region, die Krisen im Irak, in Libyen und Syrien, die israelisch-palästinensischen Beziehungen und die illegale Migration standen. Die Versammlung sprach sich dafür aus, die Jahrestagung 2016 in Georgien abzuhalten.



*Der neu gewählte OSZE/PV-Präsident Ilkka Kanerva spricht während einer Sitzung des Präsidiums am 2. Juli in Baku.*

An der Wintertagung nahmen 55 Teilnehmerstaaten der OSZE und vier Kooperationspartner teil. In der Eröffnungssitzung hielt der Präsident des Unterhauses des afghanischen Parlaments, Abdul Raouf Ibrahim, eine Rede als Ehrengast. Themen der Aussprachen in den Ausschüssen waren die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und die Zusammenarbeit in Fragen der Wasserwirtschaft. Dunja Mijatović, die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, ODIHR-Direktor Michael Link und andere sprachen vor dem Ausschuss für humanitäre Fragen, in dem es auch eine eigene Debatte zum Thema Rechtsstaatlichkeit gab.

***„Die Parlamentarische Versammlung ist das demokratische Rückgrat der OSZE, das der Organisation nicht nur Legitimität verleiht, sondern deren Werte auch unseren Hauptstädten vermittelt.“***

**Ilkka Kanerva**  
Präsident der OSZE/PV

## EINSATZ FÜR EINE BESSERE OSZE

2014 startete das Helsinki+40-Projekt der PV, eine Reihe internationaler Seminare in führenden Denkfabriken, bei denen Diplomaten, Experten, Politiker und Wissenschaftler gemeinsam die Vergangenheit der OSZE bewerten und im Vorfeld des 40. Jahrestags ihres Gründungsdokuments, der Schlussakte von Helsinki, Reformideen liefern. Das erste Seminar wurde im September vom Russischen Rat für internationale Angelegenheiten in Moskau veranstaltet. Der Einsatz der verschiedenen OSZE-Instrumente im Zusammenhang mit der Ukraine wurde als Beweis für die unverminderte Bedeutung der Organisation gesehen, doch führe die Krise auch die Dringlichkeit von Reformen vor Augen.

Die zweite Helsinki+40-Veranstaltung fand im November in Washington statt. Sechs amtierende und ehemalige Präsidenten der Versammlung, Abgeordnete zum US-Kongress, Diplomaten und Experten nahmen daran teil. Veranstalter war der *German Marshall Fund of the United States*. Eine Sitzung fand gemeinsam mit der Führung der *U.S. Helsinki Commission* statt. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass die Kapazitäten der OSZE-Institutionen, insbesondere ihre parlamentarische Dimension, gestärkt werden müssten und dass das Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Organisation wieder in den Mittelpunkt gerückt werden müsse.

In den Seminaren wurde auch vorgeschlagen, die Rechenschaftspflicht und Transparenz der Organisation durch Öffnung der Sitzungen des Ständigen Rates für die Medien, Modifizierung des konsensorientierten Beschlussfassungsprozesses und Einbindung der Parlamentarischen Versammlung in die Genehmigung des OSZE-Haushaltsplans und die Bestellung hoher Funktionsträger zu verstärken.



DIE PV ERHIELT VON UNABHÄNGIGEN UND PROFESSIONELLEN EXTERNEN PRÜFERN EINE SEHR GUTE BEURTEILUNG



**1 826** PERSONEN NAHMEN 2014 AN EINER DER KONFERENZEN ODER TAGUNGEN DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE TEIL





# DAS SEKRETARIAT

Generalsekretär: **Lamberto Zannier**

**Haushalt:** 39 257 400 EUR

**Personal:** 378

[www.osce.org/secretariat](http://www.osce.org/secretariat)

*Das in Wien angesiedelte OSZE-Sekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs Lamberto Zannier ist für die Unterstützung des Dialogs und von Verhandlungsprozessen zwischen den Teilnehmerstaaten und für die Umsetzung der politischen Beschlüsse der Organisation verantwortlich. Seine Mitarbeiter arbeiten mit dem vorsitzführenden Land – 2014 war es die Schweiz – zusammen und leisten den Teilnehmerstaaten operative Unterstützung in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen seines umfassenden Mandats, das sich über alle drei Dimensionen erstreckt.*

<b>BESTANDTEILE DES SEKRETARIATS:</b>	
– Büro des Generalsekretärs	– Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
– Konfliktverhütungszentrum	– Büro für Innenrevision
– Hauptabteilung Personalressourcen	– Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
– Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen	– Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen



*Abbildung vorhergehende Seite: Der Sitz des OSZE-Sekretariats im Wiener Palais Pálffy-Erdödy.*



# Konfliktverhütung

---

Direktor des Konfliktverhütungszentrums: **Botschafter Adam Kobieracki**

**Haushalt:** 3 560 100 EUR

[www.osce.org/what/conflict-prevention](http://www.osce.org/what/conflict-prevention)

---

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE dient als Schaltstelle zwischen dem Sekretariat und den Feldoperationen. Es befasst sich mit allen Phasen des Konfliktzyklus und schlägt Alarm, wenn sich ein Konflikt abzeichnet. Das KVZ ist eines der wichtigsten Instrumente des Sekretariats in der politisch-militärischen Dimension der OSZE und als solches hauptverantwortlich für die Suche nach dauerhaften politischen Lösungen für bestehende Konflikte. 2014 stand die Arbeit des KVZ ganz im Zeichen der Krise in der und um die Ukraine.

## **SCHNELLES EINGREIFEN IM KRISENFALL**

Als sich die Krise in der und um die Ukraine immer deutlicher abzeichnete, befasste sich das KVZ vorsorglich mit der Vorbereitung einer möglichen Operation vor Ort, um deren sofortige Einsatzbereitschaft sicherzustellen, falls sich die Teilnehmerstaaten für ein Eingreifen der Organisation aussprachen.

Während auf politischer Ebene verhandelt wurde, stellte das KVZ eine interne Sonderarbeitsgruppe unter Beteiligung sämtlicher Sekretariatsbereiche zusammen, die unter seiner Leitung alle Vorbereitungen für die sofortige Einsetzung einer Feldpräsenz treffen sollte. Am Abend des 21. März 2014, einem Freitag, verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss, die Sonderbeobachtermission (SMM) in der Ukraine einzurichten. Das erste Vorausteam wurde am nächsten Morgen losgeschickt. Binnen drei Tagen waren Teams geschult und an alle zehn im Mandat festgelegten Standorte entsandt. In den ersten vier Tagen waren 32 Ersteinsatzkräfte aus dem Sekretariat und aus neun Feldoperationen in Richtung Ukraine unterwegs.

Die SMM ist der erste Einsatz vor Ort dieser Größenordnung, der ausschließlich vom KVZ geplant wurde, und der anspruchsvollste und komplizierteste außerbudgetäre Einsatz der OSZE seit der Kosovo-Verifizierungsmission vor 18 Jahren. Fünfunddreißig Teilnehmerstaaten und vier Kooperationspartner stellten für die Sonderbeobachtermission über 33 Millionen Euro zur Verfügung.

## **VORBEREITUNG DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT**

Als die OSZE im April in der Genfer Gemeinsamen Erklärung zur Ukraine der Europäischen Union, der Russischen Föderation, der Ukraine und der Vereinigten Staaten aufgerufen wurde, bei der Umsetzung der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung, „jegliche Gewaltanwendung, Einschüchterungen und Provokationen zu unterlassen“, eine „führende Rolle“ zu übernehmen, wurde das KVZ erneut unverzüglich tätig. Die FSK-Unterstützungsgruppe richtete das erste offene Rahmenprogramm der OSZE ein, zu dem Geber Beiträge leisten können, damit die OSZE in Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden sofort eine Reihe von Maßnahmen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung treffen kann, sobald die Waffen ruhen.



*Das Konfliktverhütungszentrum unterstützt die Arbeit aller OSZE-Feldmissionen, darunter auch die Sonderbeobachtermission in der Ukraine, hier auf dem Weg zur Absturzstelle von Flug MH17 der Malaysian Airlines am 20. Juli.*



### **UMSETZUNG VON VERPFLICHTUNGEN IM POLITISCH-MILITÄRISCHEN BEREICH**

Im Rahmen ihrer fortgesetzten Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen betreffend die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) hielt die FSK-Unterstützungsgruppe des KVZ ein

Dutzend Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau in Fragen betreffend die Umsetzung der politisch-militärischen Instrumente der OSZE ab. Große Fortschritte in den Bereichen Sicherung von SALW-Lagerbeständen und Kapazitätsaufbau sowie bei der Vernichtung von Überschüssen an Waffen, Munition und anderem militärischem Material waren in Albanien, Belarus, Moldau, Montenegro, Serbien und der Ukraine zu verzeichnen.

Die Unterstützungsgruppe organisierte außerdem länderspezifische Dialoge und half bei der Entwicklung von nationalen Aktionsplänen für die Durchführung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und von nationalen SALW-Strategien. Ferner nahm sie Gespräche mit Tunesien auf, um die Zusammenarbeit in Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen zu vertiefen.

### **LANGZEITKONFLIKTE**

Das KVZ beteiligte sich wieder an den Bemühungen der OSZE um eine Lösung der Langzeitkonflikte.

In Bezug auf den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts förderte das KVZ im Berichtsjahr die Abhaltung von zwei Treffen im sogenannten „5+2-Format“ und nahm an den regelmäßigen Besuchen des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzes, Botschafter Radojko Bogojević, in Chişinău und Tiraspol teil. Das KVZ arbeitete das ganze Jahr hindurch auch eng mit der Mission in Moldau zusammen und unterstützte sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit dem Beilegungsprozess. (Näheres zu den Aktivitäten der OSZE in Moldau findet sich auf Seite 114.)

Das KVZ unterstützte im Berichtsjahr auch den Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzes für den Südkaukasus, Botschafter Angelo Gnädinger. Dieser führte in vier Runden der internationalen Genfer Gespräche den Kovorsitz, während das KVZ als Komoderator

einer Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen fungierte. Das KVZ half dem Sonderbeauftragten bei der Organisation von zehn Treffen im Rahmen des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen, die gemeinsam mit dem Leiter der EU-Beobachtermission in Georgien abgehalten wurden. Bei diesen Treffen diskutierten die Teilnehmer Fragen von erheblicher Bedeutung für die Sicherheit, Freizügigkeit und Lebensgrundlage der örtlichen Gemeinschaften.



*Botschafter Angelo Gnädinger, der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzes für den Südkaukasus, als Teilnehmer des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen am 17. November.  
Foto: EU-Beobachtermission*



### **BEOBACHTUNG AUS DER LUFT**

Die OSZE setzte erstmals unbewaffnetes/ unbemanntes Fluggerät (UAV) als ergänzendes Hilfsmittel zur Beobachtung der Sicherheitslage in der Ostukraine ein. Der erste derartige Flug fand am 23. Oktober statt.

### **GRENZBEOBACHTUNGSMISSION**

Am 2. Juli gaben die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine in Berlin eine Gemeinsame Erklärung heraus, in der sie unter anderem die OSZE aufforderten, „alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um OSZE-Beobachter ... an die russischen Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk zu entsenden, während die gemeinsam vereinbarte Feuerpause in Kraft ist“. Das KVZ setzte daraufhin eine Bedarfsermittlungsmission unter eigener Führung ein, um sich in der Region Rostow in Südwestrussland ein Bild von jenen Faktoren vor Ort zu machen, die für die Entsendung einer eigenständigen OSZE-Grenzbeobachtungsmission von Bedeutung sein könnten. Am 22. Juli genehmigte der Ständige Rat die Entsendung von OSZE-Beobachtern an zwei russische Kontrollposten an der russisch-ukrainischen Grenze.



### **UMGANG MIT EINEM SCHWEREN ERBE**

Die Bemühungen von vier südosteuropäischen Ländern (Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien) und der internationalen Gemeinschaft einschließlich der OSZE um Bewältigung des Problems der Vertriebenen im Gefolge des Konflikts der Jahre 1991 bis 1995 zeitigten 2014 Erfolge dank erster spürbarer Ergebnisse des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms. Im Juni wurde mit dem Bau der ersten Wohnblöcke des Programms in Kroatien begonnen, und im Oktober wurde Baumaterial für künftigen Wohnraum für Flüchtlingsfamilien in Serbien zugeteilt. In allen Partnerländern der Region wurden ähnliche Bauvorhaben öffentlich ausgeschrieben. Die OSZE überwacht gemeinsam mit UNHCR die Auswahl der Begünstigten und wird auch weiterhin die Partner beraten, wie die Nachhaltigkeit des Programms noch verbessert werden kann.



## FRÜHWARNUNG

Das KVV organisierte vom 16. bis 18. Juli in Wien die dritte Jahrestagung des OSZE-Netzwerks von Anlaufstellen für Frühwarnung unter Beteiligung von 20 Vertretern der Feldoperationen und anderer Durchführungsorgane. Das Treffen diente der Förderung des Informationsaustauschs und der Vernetzung zwischen den Anlaufstellen für Frühwarnung und befasste sich im Wesentlichen mit dem Einsatz der Konfliktzyklusinstrumente der OSZE, vor allem Frühwarnung und Konfliktanalyse.

## AUFNAHME EINES DIALOGS

Der Dialog nahm schon immer einen ganz besonderen Platz in der Konfliktverhütungsarbeit der OSZE ein. 2014 führte das KVV gemeinsam mit dem Projektkoordinator in der Ukraine das Projekt „Nationaler Dialog“ ein: Dabei wurden Mediationsexperten an diverse Orte in der ganzen Ukraine geschickt, um Interviews mit Akteuren aus allen Gesellschaftsschichten zu führen. Anschließend unterstützte das KVV den Projektkoordinator in der Ukraine bei der Veranstaltung einer Konferenz in Odessa, bei der ukrainische örtliche Mediatoren und Dialogvermittler geschult wurden.

## EINBEZIEHUNG DER JUGEND

Im Juni startete das Konfliktverhütungszentrum ein Projekt zur Schaffung eines OSZE-Jugendnetzwerks in Georgien mit 62 möglichen künftigen Führungspersönlichkeiten, NGO-Mitgliedern und Studenten aus allen Regionen Georgiens.

Das Projekt dient der Förderung des Dialogs zwischen der OSZE und der georgischen Zivilbevölkerung und wurde im Sinne des vom Schweizer OSZE-Vorsitz verkündeten Schwerpunkts Jugendarbeit in Partnerschaft mit dem georgischen Nationalkomitee der *Helsinki Citizen's Assembly* entwickelt.

Die Teilnehmer wurden in den 15 abgehaltenen Treffen in zivilgesellschaftlichem Engagement und den Grundprinzipien, der Geschichte und der Arbeit der OSZE unterwiesen.

## INFORMATIONSAUSTAUSCH

Das KVV erleichtert den im Wiener Dokument 2011 vorgesehenen Austausch militärischer Information zwischen den Teilnehmerstaaten. Dieser Informationsaustausch ist ein Schlüsselement für nachhaltiges Vertrauen im OSZE-Raum. Das 1990 mit der Charta von Paris für ein neues Europa geschaffene OSZE-Kommunikationsnetz bietet allen Teilnehmerstaaten einen verlässlichen, schnellen und sicheren Kommunikationsweg für die Übermittlung militärischer Informationen. Es wurde 2014 viel intensiver genutzt als in der Vergangenheit. Im letzten Jahr stieg der netzinterne Verkehr um 22 Prozent.

<b>ZUSÄTZLICHE BELASTUNG DURCH UKRAINE-KRISE</b>			
<i>Das OSZE-Lagezentrum versorgt die Delegationen regelmäßig mit neuesten Informationen über die Aktivitäten vor Ort. 2014 war durch die Krise in der und um die Ukraine eine spürbare Zunahme des Datenverkehrs zu verzeichnen.</i>			
	2012	2013	2014
<i>Updates</i>	<b>194</b>	<b>205</b>	<b>1 909</b>
<i>E-Mails und SMS</i>	<b>10 646</b>	<b>6 910</b>	<b>44 224</b>
<i>Anforderungen von Landkarten</i>	<b>21</b>	<b>25</b>	<b>53</b>



## **INSTRUMENTE DER MEDIATION**

Angesichts der führenden Rolle der OSZE als Plattform für den Dialog zur Vermittlung in Konflikten setzte sich die Organisation weiter für die Nutzung dieser Instrumente in der Region und über deren Grenzen hinaus ein. Das OSZE-Sekretariat war Mitveranstalter des dritten Treffens regionaler, subregionaler und anderer internationaler Organisationen über vorbeugende Diplomatie und Mediation im Februar in Kairo, an dem unter anderem Vertreter der Vereinten Nationen, der Organisation der islamischen Zusammenarbeit und der Liga der arabischen Staaten teilnahmen.

Das KVZ bot das ganze Jahr hindurch operative Unterstützung für die Bemühungen um Dialog in der Ukraine, etwa auch für die Gespräche am runden Tisch zur nationalen Einheit im Mai. Das KVZ organisierte außerdem Koordinierungstagungen mit internationalen Akteuren zur Förderung des Dialogs in der Ukraine. Schließlich veranstaltete das KVZ eine hochrangig besetzte Mediationsklausur für OSZE-Mediatoren zu den Themen Gender und Inklusion und veröffentlichte ein neues Referenzhandbuch mit dem Titel *Mediation and Dialogue Facilitation in the OSCE*.

*Nächste Seite: Beobachter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine dokumentieren am 9. Juli in Luhansk die Schäden an einem Gebäude als Teil ihrer Routineaufgaben im Rahmen der Berichterstattung über die Krise. Foto: Jewgeni Maloletka*





# Grenzüberschreitende Bedrohungen

---

Direktor der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen: **Alexei Lyschenkow**  
**Haushalt: 2 355 400 EUR**

---

Die OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen unterstützt die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner in ihren Bemühungen im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität einschließlich illegalen Drogenhandels, Internetkriminalität und anderen Arten illegaler Aktivitäten über Grenzen hinweg, die eine Gefahr für die Stabilität und Sicherheit in der OSZE-Region darstellen.

Die Abteilung leistete mit ihrer Tätigkeit Hunderten Strafverfolgungsbeamten, Grenz- und Zollexperten und Gerichtsbeamten direkte Hilfestellung bei der Bewältigung dieser Bedrohungen und Herausforderungen.

## **TERRORISMUSBEKÄMPFUNG: HERANBILDUNG NATIONALER FÜHRUNGSKRÄFTE FÜR GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN**

Die erfolgreiche Antiterrorismus-Konferenz des Vorsitzes 2014 in Interlaken im Frühjahr schuf die nötigen Voraussetzungen für die Verabschiedung zweier richtungweisender Ministerratsverkündungen, nämlich der Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung von Entführungen und Geiselnahmen durch terroristische Gruppen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolution 2133 des UN-Sicherheitsrats und der Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung des Phänomens von ausländischen terroristischen Kämpfern im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolutionen 2170 und 2178 des UN-Sicherheitsrats.

*„Diese Erklärungen zeigen, dass die OSZE eine führende Rolle spielt und für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ein wertvoller Partner im Kampf gegen die Herausforderungen des Terrorismus ist, handelt es sich doch um ausgesprochen aktuelle und schwierige Fragen, die nur bewältigt werden können, wenn die Teilnehmerstaaten über internationale Foren wie die OSZE und unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors zusammenarbeiten.“*

**Alexei Lyschenkow**

Direktor der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE

## **INTERNET/IKT-SICHERHEIT**

Aufgrund der zunehmenden Abhängigkeit von der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und des zwischen kritischen Infrastruktureinrichtungen bestehenden Verbundes kann ein moderner Staat ohne einen sicheren Cyberspace nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren. Bei allen Vorteilen, die sie bietet, hat die IKT auch eine komplizierte und oft nicht ausreichend verstandene Dimension in die zwischenstaatlichen Beziehungen gebracht – einen potenziell destabilisierenden Faktor für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.

Nach der Verabschiedung vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) zur Verringerung des mit



der IKT-Nutzung verbundenen Konfliktrisikos durch die OSZE-Teilnehmerstaaten 2013 konzentrierten sich die Bemühungen im Berichtsjahr auf ihre Umsetzung. So unterstützte die Abteilung etwa den Schweizer Vorsitz bei der Organisation einer Konferenz, die nichtstaatlichen Akteuren die Möglichkeit bot, einen Beitrag zum VBM-Prozess zu leisten und ihre Bedürfnisse und Erwartungen hinsichtlich möglicher weiterer VBM zum Ausdruck zu bringen.

### **GRENZSICHERHEIT**

Kriminelle und Terroristen respektieren weder echte noch virtuelle Grenzen. Während die rasche Ausbreitung der neuen Technologien den grenzüberschreitenden Handel und Personenverkehr sprunghaft ansteigen ließ, nahm auch die grenzüberschreitende Kriminalität in einer Weise zu, die eine Herausforderung für die Grenzsicherung und das Grenzmanagement darstellt. Die Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung über Grenzen hinweg ist daher wichtiger denn je.

2014 besprachen die nationalen Kontaktstellen der OSZE für Grenzsicherung und Grenzmanagement auf ihrer Jahrestagung Möglichkeiten zur Entwicklung wirksamerer Kooperationsmechanismen und geeigneter Praktiken. Die Diskussionen betrafen unter anderem gemeinsame Grenzschutzoperationen, die Erleichterung des Handels und die Korruptionsbekämpfung. Am diesjährigen Treffen waren fünfundvierzig nationale Kontaktstellen und Experten für Grenzsicherung und -management aus 30 Teilnehmerstaaten vertreten.

Die Teilnehmer sprachen sich für die Vereinheitlichung der Zollverfahren aus, um den Handel zu erleichtern, forderten strengere Gesetze und einen wirksameren Schutz für Whistleblower im Interesse der Korruptionsbekämpfung und wünschten sich effizientere Kooperationsmechanismen wie Verbindungsbeamte an den Grenzen und gemeinsame Schulungsveranstaltungen, um eine engere Kooperation und Koordination zwischen den Dienststellen zu erreichen.

### **POLIZEIARBEIT GEGEN DEN ILLEGALEN DROGENHANDEL**

In zwei zweiwöchigen Schulungsveranstaltungen der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten wurden über 20 afghanische Polizeiausbilder in der Region Moskau in Durchsuchungstechniken und im Einsatz von Hunden und Spezialausrüstung, insbesondere bei der Durchsuchung von Privatwohnungen, Flughafenterminals und Fahrzeugen, unterwiesen. Die Schulungsteilnehmer übten auch die Ausforschung und Demontage illegaler Drogenlabors. Die Workshops erhöhten die berufliche Qualifikation der afghanischen Polizeiausbilder, die inzwischen in ihre Heimat zurückgekehrt sind und ihr neues Wissen in Kursen an ihre afghanischen Kollegen weitergeben.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten leistete dem Schweizer OSZE-Vorsitz Hilfestellung bei der Ausrichtung einer internationalen Konferenz in Wien, die öffentlich-privaten Partnerschaften zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und der Abzweigung chemischer Ausgangsstoffe für die Herstellung illegaler Drogen gewidmet war. Rund 120 Vertreter von Strafverfolgungsbehörden aus OSZE-Teilnehmerstaaten und von 14 internationalen Organisationen erörterten Möglichkeiten der Aufnahme und Förderung der Zusammenarbeit der Polizei mit Gesundheitsbehörden, Sozialdiensten, dem Transportsektor sowie der pharmazeutischen und der chemischen Industrie im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel.

**„Die Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen sowie mit NGOs und dem Privatsektor ist außerordentlich wichtig, um die Anstrengungen der Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel zu verstärken, und kann Möglichkeiten eröffnen, die ohne sie nicht genutzt werden könnten.“**

Aus den Schlussfolgerungen  
der Internationalen Konferenz gegen den illegalen Drogenhandel

**„Kein Land kann für sich allein erfolgreich den illegalen Drogenhandel bekämpfen. Dieser Kampf muss gemeinsam von allen Ländern und von allen OSZE-Teilnehmerstaaten geführt werden.“**

**Achmed Mansurow**

Direktor des Nationalen Zentrums für Drogenkontrolle, Usbekistan

### **SCHULUNG IM VORGEHEN GEGEN CYBERKRIMINALITÄT**

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (TNTD) der OSZE förderte regionale Schulungen gegen Cyberkriminalität für Strafverfolgungsbeamte in Südosteuropa, Zentralasien und im Südkaukasus. Die praxisorientierten Kurse auf Basis der Schulungsunterlagen der Europäischen Gruppe für Schulung und Ausbildung in Bezug auf Cyberkriminalität dienten der Weiterbildung der zuständigen Ermittler und sollten ihnen helfen, regionale Netzwerke aufzubauen.

Strafverfolgungsbeamte aus 11 Teilnehmerstaaten wurden im Rahmen dieser Programme in Zusammenarbeit mit den OSZE-Büros vor Ort und den jeweiligen Innenministerien in Danilovgrad (Montenegro), Bischkek (Kirgisistan) und Tiflis (Georgien) in der Bekämpfung von Cyberkriminalität ausgebildet.



**200 STRAFVERFOLGUNGSBEAMTE AUS OSTEUROPA, SÜDOSTEUROPA UND ZENTRALASIEN DURCH DIE GRUPPE STRATEGISCHE POLIZEIANGELEGENHEITEN IN DER BEKÄMPFUNG VON DROGENKRIMINALITÄT GESCHULT**

### **AUS DEM BÜCHERREGAL**

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen gab gemeinsam mit dem ODIHR den OSZE-Leitfaden *Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: A Community-Policing Approach* heraus. Er enthält politische Leitlinien für das erfolgreiche Zusammenwirken von Polizei und Bürgern zur Verhütung von Terrorismus und zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen. Erhältlich in Englisch, Russisch, Albanisch, Arabisch, Bosnisch und Serbisch.

[www.osce.org/atu/111438](http://www.osce.org/atu/111438)



# Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich

---

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE: **Halil Yurdakul Yigitgüden**

**Haushalt:** 1 961 200 EUR

**Personal:** 21

[www.osce.org/what/economic](http://www.osce.org/what/economic)

[www.osce.org/what/environmental](http://www.osce.org/what/environmental)

---

Das ganzheitliche Sicherheitskonzept der OSZE schließt auch eine Wirtschafts- und Umweltdimension ein. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) ist federführend für die Arbeit der Organisation in diesem Bereich verantwortlich.



## **VERRINGERUNG DES KATASTROPHENRISIKOS**

Gemeinsame Reaktionen auf umweltpolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verringerung des Katastrophenrisikos (DRR) standen 2014 im Mittelpunkt der Debatten im Wirtschafts- und Umweltforum.

Konkrete Ergebnisse:

- In einem Ministerratsbeschluss wurde zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten zur Verringerung des Katastrophenrisikos aufgerufen.
- Start eines zweijährigen Projekts zur Stärkung der Kapazitäten der Aarhus-Zentren in Sachen Katastrophenvorsorge (Näheres zur Arbeit der Aarhus-Zentren auf der nächsten Seite)
- Eine regionale Schulungsveranstaltung in Antalya (Türkei) über die Bekämpfung von Busch- und Waldbränden für Feuerwehren, Ausbilder und Manager aus dem Südkaukasus und dem Westbalkan.

## **WASSER**

Wasser war ein wichtiges Thema in der Sicherheitsdebatte des abgelaufenen Jahres. So stand etwa die Wasserbewirtschaftung im Mittelpunkt eines Workshops über Umwelt- und Sicherheitsfragen im südlichen Mittelmeerraum. Das OCEEA unterstützte außerdem bilaterale Verhandlungen zwischen Aserbaidschan und Georgien über die Ausformulierung des Abkommens über das Kura-Becken zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen.



## **VERKEHRS- UND HANDELSERLEICHTERUNG**

In den Bereichen Handel, Verkehr und Zoll konzentrierte sich das OCEEA weiter auf den Aufbau von Kapazitäten und auf Schulungsaktivitäten. Im Verlauf des Jahres führte es an der Stabsakademie für Grenzmanagement der OSZE in Duschanbe in Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation und der

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa drei regionale Workshops durch, die sich mit Zoll-Risikomanagement, Handelserleichterung und der Umsetzung eines „Trusted-Trader-Programms“ befassen.



Teilnehmer einer Feldübung am 16. Oktober in Antalya (Türkei), bei der sie Brandverhalten und Brandbekämpfungstechniken studierten und mit Werkzeug und Arbeitsgeräten vertraut gemacht wurden.  
Foto: Kadir Alperen Coskuner



### **KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG**

Das OCEEA arbeitete eng mit den Feldoperationen und internationalen Partnern an der Umsetzung der UN-Antifolterkonvention und der Förderung der Reform des Regelungsrahmens und bemühte sich um die Mitwirkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors an ihren Bemühungen. Dabei ging es im Wesentlichen um Verhaltenskodizes für öffentlich Bedienstete, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen, den Schutz von Whistleblowern sowie Interessenkonflikte. In Partnerschaft mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veranstaltete das OCEEA in Batumi (Georgien) ein regionales Seminar über Korruptionsverhütung für Regierungsvertreter aus Ländern des Südkaukasus und Osteuropas. Ferner organisierte die OSZE gemeinsam mit der OECD und der OSZE-Präsenz in Albanien in Tirana ein Seminar über Korruptionsverhütung für Beamte aus Osteuropa und Zentralasien.



### **BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE**

In den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Terrorismusfinanzierung war das OCEEA vor allem bemüht, die Kapazitäten der Geldwäschemeldestellen für die Durchführung nationaler Risikobewertungen zu verstärken. Das in englischer Sprache verfasste *OSCE Handbook on Data Collection in support of Money Laundering and Terrorism Financing National Risk Assessments* von 2012 wurde ins Russische übersetzt. Im Oktober führte das Büro gemeinsam mit dem UNODC und der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung in Wien einen Workshop für Regierungsvertreter aus Zentralasien, dem Südkaukasus und Osteuropa durch, bei dem Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption und Geldwäsche behandelt wurden. Es war dies ein praktisches Beispiel

von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, auf das nach Ansicht der Teilnehmer weitere regionale Aktivitäten folgen sollten.

## **ENERGIE**

Entsprechend den Beschlüssen des Ministerrats von Kiew 2013 über Energie und Umwelt befasste sich das OCEEA 2014 schwerpunktmäßig mit nachhaltiger Energie und der Gefährdung des Energiesektors durch Naturkatastrophen.

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war die OSZE im Juli Gastgeber einer Expertentagung, bei der vorbildliche Praktiken zum Schutz von Stromnetzen vor Naturkatastrophen ausgetauscht wurden. Außerdem begann sie mit der Ausarbeitung eines Leitfadens zu diesem Thema. Ein Engagement der OSZE auf hoher Ebene im Energiecharta-Forum in Bratislava sowie gemeinsam mit den Feldoperationen in Turkmenistan und Tadschikistan abgehaltene Veranstaltungen ergänzten die energiebezogenen Aktivitäten 2014.

## **DIE AARHUS-ZENTREN**

Seit über zehn Jahren besteht eine der Kernaktivitäten des OCEEA in der Förderung der aktiven Mitwirkung der Öffentlichkeit an der umweltpolitischen Debatte. Das fünfte Treffen der Vertragsstaaten der Aarhus-Konvention im Juni in Maastricht (Niederlande) bot mehr als 100 Vertretern von Aarhus-Zentren und OSZE-Feldoperationen aus 14 Ländern Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

## **SECURITY DAYS: STÄRKUNG DER SICHERHEIT DURCH WASSERDIPLOMATIE**

Am 8. Juli erörterten rund 150 Teilnehmer auf einer Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* der OSZE über die Stärkung der Sicherheit durch Wasserdiplomatie das Thema Wasser als Auslöser von Spannungen, aber auch als Instrument der Vertrauensbildung und Zusammenarbeit.

Hauptredner war der ehemalige Vorsitzende des Beirats des UN-Generalsekretärs für Wasser- und Sanitärversorgung und gegenwärtige Vorsitzende des *High-Level Forum for the Blue Peace Middle East Plan*, Seine Königliche Hoheit Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien. Die Teilnehmer nannten zahlreiche Berührungspunkte zwischen Wasser und Sicherheit. Die OSZE sei der geeignete Ort für die Förderung der Zusammenarbeit in Wasserfragen im OSZE-Raum, habe sie sich doch immer wieder für eine bessere Wasserbewirtschaftung eingesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Wasserressourcen.



*Seine Königliche Hoheit Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien (links) und OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier bei einem bilateralen Treffen am 8. Juli 2014 in Wien.*

## **WEITERE WICHTIGE AKTIVITÄTEN IM UMWELTBEREICH**

- Nationale Konsultationen in 11 Ländern über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit, unterstützt vom Stabilitätsinstrument der Europäischen Union und der Österreichischen Entwicklungsagentur
- Mission zur Beurteilung der Umweltschäden an einer Arsenabbaustätte im Gebiet um Tsana in Georgien
- Schulung von Fachleuten aus Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien im Aufdecken von illegalem Handel mit gefährlichen Abfallstoffen an den Grenzen

Die meisten Umweltaktivitäten führte die OSZE gemeinsam mit dem UN-Entwicklungsprogramm, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem UN-Umweltprogramm und dem Regionalen Umweltzentrum im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative durch.

# Bekämpfung des Menschenhandels

---

Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

**Haushalt:** 756 800 EUR

**Personal:** 11

[www.osce.org/what/trafficking](http://www.osce.org/what/trafficking)

---

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels hat die Aufgabe, den Teilnehmerstaaten dabei zu helfen, Menschenhandel wirksamer zu verhüten, die für Menschenhandel Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und die Opfer von Menschenhandel zu schützen. 2014 setzte sich das Büro der Sonderbeauftragten weiter für die Bildung von Partnerschaften zwischen staatlichen Stellen, internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, den Medien und dem Privatsektor ein, um die Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zu verstärken.



## FÖRDERUNG EINER KONSEQUENTEN STRAFVERFOLGUNG

Die strafrechtliche Verfolgung der Täter war ein wichtiges Thema auf der Konferenz „Not for Sale“, die im Februar von der OSZE und dem Europarat gemeinsam in Wien veranstaltet wurde. Die Delegierten forderten dabei die Regierungen auf, energischer gegen diese moderne Form der Sklaverei vorzugehen und konkrete Schritte zu unternehmen, um die Opfer zu schützen und die Urheber dieser Verbrechen vor Gericht zu stellen.

Das Büro der Sonderbeauftragten organisierte außerdem Schulungskurse für Staatsanwälte und Richter in Haifa (Israel) und Straßburg (Frankreich) und unterwies OSZE-Außenstellen in der Anwendung des Grundsatzes der Straffreiheit der Opfer, damit diese nicht für rechtswidrige Handlungen bestraft werden, zu denen sie von Menschenhändlern gezwungen wurden.



## INNERSTAATLICHE KOOPERATION

Ihr erster offizieller Besuch seit ihrer Amtsübernahme am 1. September führte die Sonderbeauftragte und Koordinatorin Madina Jarbussynowa im Oktober nach Moldau. In Tiraspol beteiligte sie sich an der Evaluierung eines Projekts, mit dem mehr als 900 Kinder ohne elterliche Betreuung auf beiden Seiten des Dnister/Nistru unterstützt wurden. Seit 2011 bereitet die OSZE gemeinsam mit örtlichen NGOs und zuständigen Ministerien

solche Kinder in 12 Schulheimen in zehn Regionen auf das Leben und die Berufswelt vor. 2014 wurde das Projekt auf Transnistrien ausgeweitet.

Zu Jahresbeginn unternahm die amtierende Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Ruth Freedom Pojman, Folgebesuche in Bosnien und Herzegowina, Kasachstan und Usbekistan. Dabei führte sie Gespräche mit NGO-Dienstleistern und besuchte Unterkünfte für Menschenhandelsopfer.



## DIE OSZE-ALLIANZ GEGEN DEN MENSCHENHANDEL



Mehr als 30 internationale, nichtstaatliche und zwischenstaatliche Organisationen



*Botschafterin Madina Jarbussynowa, die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, im Gespräch mit dem Ersten Berater für Koordination, Marco Bonabello, bei der Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel im November in Wien.*

### **KONFERENZ DER ALLIANZ GEGEN DEN MENSCHENHANDEL**

Das 14. Treffen der von der OSZE geführten Allianz gegen den Menschenhandel befasste sich mit den ethischen Grundsätzen, die bei der Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels zu beachten sind. Die Teilnehmer erörterten zwei Tage lang verschiedene wichtige Fragen der Ethik und überlegten Maßnahmen, anhand derer die OSZE-Teilnehmerstaaten, die Zivilgesellschaft, internationale Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, medizinische Fachkräfte, die Medien und andere Akteure sicherstellen können, dass sie nicht zum Menschenhandel beitragen. Die Konferenz bot Gelegenheit zur Überprüfung der Strategien zur Förderung eines ethischen Beschaffungswesens im Privatsektor und zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel sowie zur Erörterung der Wirksamkeit von Verhaltenskodizes zur Verhütung von Menschenhandel in Konflikt- und Krisensituationen. Ferner befassten sich Experten bei einer Podiumsdiskussion mit der Frage der medizinischen Ethik und dem Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme. Die Gruppe widmete sich auch einer Reihe verwandter Themen, darunter möglichen Schritten zur aktiven Identifizierung potenzieller Opfer.



## AUS DEM BÜCHERREGAL

Neuerscheinungen 2014, herausgegeben vom Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels:



### ***ENDING EXPLOITATION. Ensuring that Businesses do not Contribute to Trafficking in Human Beings: Duties of States and the Private Sector***

Dieses auf der Konferenz der Allianz im November vorgestellte Handbuch dient der Förderung der sozialen Eigenverantwortung der Mitarbeiter für die Verhütung von Menschenhandel in den Lieferketten des Privatsektors.



### ***LEVERAGING ANTI-MONEY LAUNDERING REGIMES TO COMBAT TRAFFICKING IN HUMAN BEINGS***

Zusammenstellung der Forschung und Seminare von sechs Jahren. Plädoyer für die Einführung von Finanzkontrollen in die Ermittlungen in Menschenhandelsfällen, damit Erträge aus derartigen Straftaten identifiziert, eingefroren oder beschlagnahmt werden können.



### ***HANDBOOK: HOW TO PREVENT HUMAN TRAFFICKING FOR DOMESTIC SERVITUDE IN DIPLOMATIC HOUSEHOLDS AND PROTECT PRIVATE DOMESTIC WORKERS***

Dieser im November erschienene Leitfaden, der derzeit in Protokollabteilungen in Verwendung steht, beschreibt, wie Missbrauch erkannt und auf ausbeuterische Situationen reagiert werden kann und was zum Schutz der Rechte von Hausangestellten getan werden kann.

***„Wir werden nicht aufhören, bis Ausbeutung und Missbrauch jeder Art der Vergangenheit angehören.“***

**Didier Burkhalter**

Schweizer Außenminister und Amtierender Vorsitzender der OSZE

# Geschlechtergleichstellung

Leitende Beraterin für Genderfragen: **Botschafterin Miroslava Beham**

**Haushalt:** 359 000 EUR

**Personal:** 5

[www.osce.org/secretariat/gender](http://www.osce.org/secretariat/gender)



Das Jahr, in dem das 10-jährige Jubiläum des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern gefeiert wurde, sollte sich als ganz besonderes Jahr für die Abteilung Genderfragen des Sekretariats erweisen. Es gab spektakuläre Erfolge in den Bemühungen um Gender Mainstreaming vor Ort, aktives Engagement mit den Vereinten Nationen und schließlich zu Jahresende die erfolgreiche Verabschiedung von zwei Ministerratsbeschlüssen zu Genderfragen.

Die Abteilung Genderfragen organisierte in Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitz und dem ODIHR die erste OSZE-Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung, an der rund 200 Vertreter von Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Experten teilnahmen.

Eine weitere Premiere war die Entsendung eines Beraters für Genderfragen im Rahmen der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, womit diese durch eine Genderperspektive ergänzt wurde. Die Leitende Beraterin begab sich ebenfalls in die Ukraine, um zu ermitteln, in welchen Bereichen das Land vordringlich Hilfe benötigt und wo die Sonderbeobachtermission noch verbessert werden kann.



*Eine Studentin meldet sich in einem Diskussionswettbewerb zu Wort, der unter Beteiligung der OSZE-Mission in Serbien zur Förderung der Mitwirkung der Frauen am politischen Leben organisiert wurde.*

**„Die verstärkte Mitwirkung der Frauen an Friedensinitiativen und allgemeinen politischen Prozessen ist der Schlüssel zur Verwirklichung von Sicherheit und Stabilität in der Ukraine.“**

**Botschafter Ertuğrul Apakan**

Leitender Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine

Im Oktober hielt die Leitende Beraterin in der offenen Debatte im UN-Sicherheitsrat zur Resolution 1325 des Rates eine Rede, in der sie über die regionale Arbeit der OSZE zur Verbesserung der Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum berichtete.



Die Leitende Beraterin für Genderfragen, **Botschafterin Miroslava Beham**, bei den Vereinten Nationen.

Auf dem Ministerrattreffen in Basel riefen die Teilnehmerstaaten die OSZE dazu auf, den Gender-Aktionsplan von 2004 stärker zu formulieren und zu aktualisieren. In einem eigenen Beschluss wurden die OSZE-Verpflichtungen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erweitert.

<b>GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE</b>		
<i>Welchen Platz räumen die Teilnehmerstaaten Genderfragen in ihren Politik- und Programmzyklen ein?</i>		
	<b>25</b>	HABEN DEM PREMIERMINISTER ODER PRÄSIDENTEN UNTERSTELLTE AGENTUREN, BÜROS ODER KOMMISSIONEN
	<b>22</b>	HABEN ABTEILUNGEN (IM ARBEITS-, SOZIAL-, JUSTIZ- ODER BILDUNGS MINISTERIUM)
	<b>5</b>	HABEN EIGENE MINISTERIEN

	<b>2</b>	<b>HABEN PARLAMENTS AUSSCHÜSSE</b>
---	----------	------------------------------------

## **FRAUEN IN DER OSZE**



57 TEILNEHMERSTAATEN



11 DELEGATIONSLEITERINNEN



46 DELEGATIONSLEITER

## **OSZE HISTORISCH GESAMT**

*Leiter von Feldoperationen*



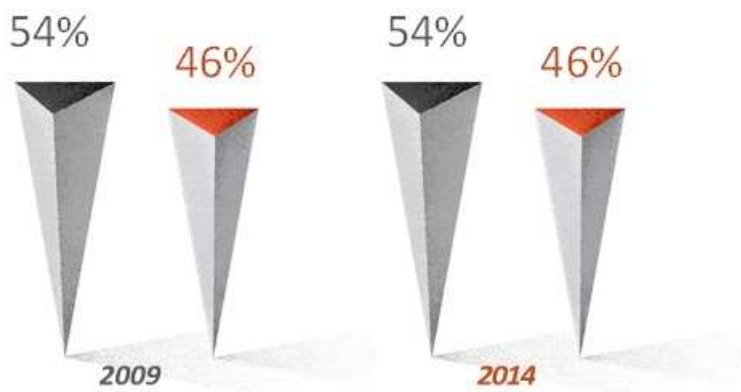
8 weiblich



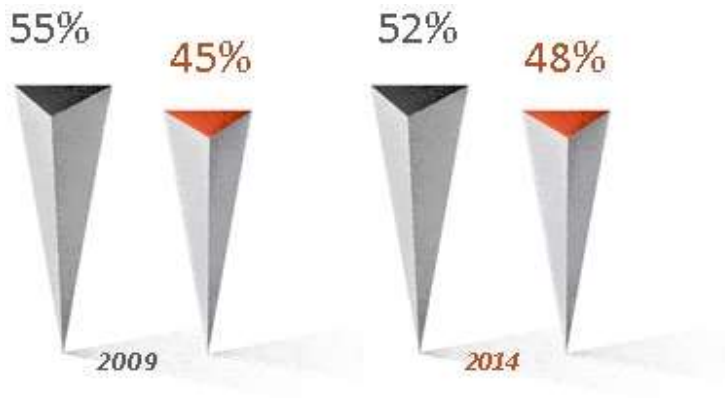
122 männlich

## **OSZE-MITARBEITER/INNEN**

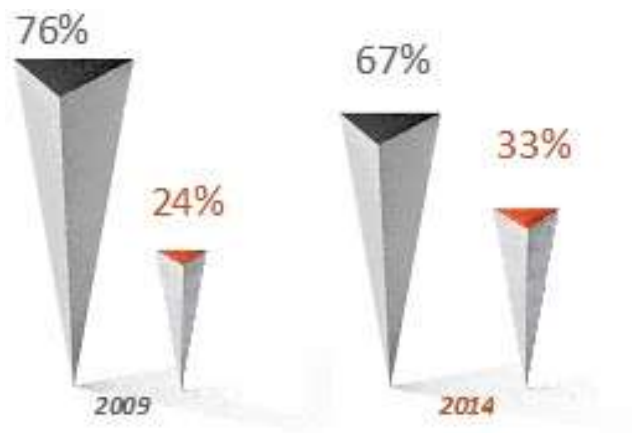
*Laufbahngruppe Allgemeiner Dienst:*



*Laufbahngruppe Höherer Dienst:*



*Management:*



*Stand: 31. Dezember 2014*

# DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

---

Direktor: **Botschafter Michael Georg Link**

**Haushalt:** 16 039 300 EUR

**Personal:** international 78

lokal 66

[www.osce.org/odihr](http://www.osce.org/odihr)

---



Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der Krise in der und um die Ukraine und war von beunruhigenden Entwicklungen in Bezug auf Hasskriminalität und Diskriminierung in der gesamten OSZE-Region geprägt. Das in Warschau angesiedelte OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) konzentrierte sich auf die Stärkung demokratischer Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, die Abwehr von Bedrohungen der Menschenrechte und die Stärkung ihrer Verteidiger.

Das ODIHR und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten waren die ersten internationalen Institutionen, die dem Ersuchen der Regierung der Ukraine, eine Mission zur Bewertung der Menschenrechtssituation im Land zu entsenden, nachkamen und die Grundlage für ein Projekt zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs schufen. Abgesehen davon unterstützte das ODIHR wie bisher die Bemühungen der Teilnehmerstaaten um eine Verbesserung ihres Wahlsystems und trug mit seinem aktiven Monitoring öffentlicher Versammlungen zur Förderung des Rechts auf friedliche Versammlung bei.

*„Die aktuelle Krise in der und um die Ukraine hat einmal mehr die Relevanz des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE unter Beweis gestellt. Oft sind es die Schwächsten einer Gesellschaft, die am meisten unter einer Krise leiden; für ihre Rechte einzutreten ... darum geht es in der menschlichen Dimension der Sicherheit.“*

**Michael Georg Link**  
Direktor des ODIHR



*Michael Georg Link, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE*

## **WAHLEN**

2014 führte das ODIHR insgesamt 12 wahlbezogene Aktivitäten in einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartnern durch. Was das Büro im Zusammenhang mit Wahlen tut, geht über die Beobachtung der Abläufe am Wahltag selbst hinaus und umfasst Expertengutachten unter anderem zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Wahlen, zur Wahlabwicklung, Wahlkampffinanzierung, Eintragung von Wahlwerbern und Wählern sowie zur Medienberichterstattung rund um Wahlgänge. Die Empfehlungen und Folgeaktivitäten des ODIHR unterstützen die Bemühungen der Teilnehmerstaaten zur Verbesserung der Wahlprozesse.

Wahlbeobachter überprüfen die Einhaltung von

- OSZE-Verpflichtungen
- Internationalen Verpflichtungen und anderen Normen für demokratische Wahlen
- innerstaatlichen Rechtsvorschriften

In Ausübung ihrer Tätigkeit arbeiten die Beobachter des ODIHR mit Abgeordneten der Parlamente von OSZE, Europarat, NATO und des Europäischen Parlaments zusammen.



*Krasnojilsk in der ukrainischen Region Czernowitz, 25. Mai 2014: eine 85-jährige Frau gibt ihre Stimme bei der vorgezogenen Präsidentenwahl ab.*

*Foto: Michael Forster-Rotbart*

## **WAHLEN IN DER UKRAINE**

Die Wahlbeobachtungsmissionen in der Ukraine zählten mit fast 2000 Beobachtern aus 49 Ländern, die zur Präsidentenwahl im Mai und zur Parlamentswahl im Oktober entsandt wurden, zu den größten in der Geschichte des ODIHR.

### **In eigenen Worten:**

***„Die Empfehlungen des ODIHR im Anschluss an die Parlamentswahl 2012 bildeten die Grundlage der Wahlrechtsreform der Jahre 2013 und 2014. Die vorgenommenen Änderungen waren insofern wichtig, als dadurch eine bessere Einhaltung internationaler demokratischer Standards sichergestellt wurde. Angesichts des politischen Klimas wäre es ohne die Empfehlungen des ODIHR wesentlich schwerer gewesen, Lobbying für diese Änderung des Wahlrechts zu betreiben.“***

**Olha Aiwassowska**

Vorsitzende des Bürgernetzwerks OPORA, Ukraine

## **MENSCHENRECHTE**

2014 gab das ODIHR den Anstoß zur ersten Nationalen Akademie für Menschenrechtsinstitutionen für Mitarbeiter aus der gesamten OSZE-Region, die sich mit allgemeinen Fragen der menschlichen Dimension beschäftigen. Das ODIHR wurde sofort nach dem Ausbruch der Krise in der und um die Ukraine tätig und entsandte eine Mission zur Beurteilung der Menschenrechte, die die Menschenrechtssituation im Land beobachten und darüber berichten sollte, insofern sie Binnenvertriebene und nationale Minderheiten betraf.

Darüber hinaus geben die ODIHR-Treffen zur menschlichen Dimension Vertretern der Zivilgesellschaft Gelegenheit, sich für ihre Menschenrechtsthemen Gehör zu verschaffen, untereinander Kontakte zu knüpfen und ihre Zusammenarbeit mit der OSZE und deren



Teilnehmerstaaten zu vertiefen. 2014 veranstaltete das ODIHR gemeinsam mit dem Schweizer Vorsitz Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension zu den Themen Verhütung von Folter und Gewährleistung der Menschenrechte in Zeiten der Wirtschaftskrise. Das ausführlichere Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) in Warschau sah ganze Tage für die Erörterung der Rechte von Migranten, nationalen Minderheiten sowie der Gewalt gegen Frauen und Kinder vor.



## **WAHLBEOBACHTUNG 2014**

### **WAHLBEOBACHTUNGSMISSIONEN**

*setzen sich aus einem Kernexpertenteam sowie Lang- und Kurzzeitbeobachtern zusammen.*

\* eingeschränkte Wahlbeobachtungsmission bestehend aus einem Kernexpertenteam und Langzeitbeobachtern

\*\* Wahlbeurteilungsmission bestehend aus nur einem Kernexpertenteam

16. März

### **SERBIEN**

Vorgezogene Parlamentswahl\*



### **AFGHANISTAN**

**5. APRIL** Präsidentenwahl

**14. JUNI** Provinzratswahlen

Wahlunterstützungsteam bestehend aus Experten zur Unterstützung des Wahlprozesses

6. April

### **UNGARN**

Parlamentswahl\*

13. und 27. April

### **DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN**

**13. April** Präsidentenwahl (erster Durchgang) und **27. April** Präsidentenwahl (zweiter Durchgang) und vorgezogene Parlamentswahl



### **UKRAINE**

**25. MAI** vorgezogene Präsidentenwahl

**26. OKTOBER** vorgezogene Parlamentswahl

10. August  
**TÜRKEI**  
Präsidentenwahl\*

4. Oktober  
**LETTLAND**  
Parlamentswahl\*\*

5. Oktober  
**BULGARIEN**  
Vorgezogene Parlamentswahl\*

12. Oktober  
**BOSNIEN UND HERZEGOWINA**  
Allgemeine Wahlen



**MOLDAU**  
**30. NOVEMBER**  
Parlamentswahl

21. Dezember  
**USBEKISTAN**  
Parlamentswahl\*



*Afghanistan hält Präsidenten- und Provinzratswahlen ab.  
Foto: UN Photo/Fardin Waezi*

## WAHLEXPERTEN FÜR AFGHANISTAN

In der ersten Phase der Machtübergabe an einen gewählten Präsidenten in Afghanistan war das Büro zur Stelle, um Empfehlungen zur besseren Einhaltung internationaler demokratischer Wahlstandards abzugeben.

Auf Einladung der afghanischen Behörden beauftragte der Ständige Rat der OSZE das ODIHR mit der Entsendung eines Wahlunterstützungsteams, das seine Expertise in den unter afghanischer Leitung stattfindenden Wahlprozess einbringen sollte. Das ODIHR war in Afghanistan bereits bei den Urnengängen in den Jahren 2000, 2009 und 2010 in ähnlicher Weise tätig geworden.

## AUS DEM BÜCHERREGAL

Hier eine Auswahl der wichtigsten Publikationen des ODIHR im Jahr 2014



### **NATIONAL MINORITIES**

*Handbook on Observing and Promoting the Participation of National Minorities in Electoral Processes*

Von der Hohen Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten im September vorgestellt.



### **MIGRATION**

*Baseline Study on Cross-Border Mobility in the OSCE Region*

Im Rahmen eines Treffens von 30 Experten für Visapolitik im Mai in Wien vorgestellt.



### **WOMEN IN POLITICS**

*Handbook on Promoting Women's Political Participation in Political Parties*

Auf der OSZE-Konferenz über Geschlechtergleichstellung im Juli in Wien vorgestellt.



## **HUMAN RIGHTS DEFENDERS**

### *Guidelines on the Protection of Human Rights Defenders*

Im Juni gemeinsam mit dem Schweizer Vorsitz der OSZE anlässlich des 20. Jahrestags des Budapester Dokuments vorgestellt, in dem die Notwendigkeit des Schutzes von Menschenrechtsverteidigern durch die Teilnehmerstaaten und Drittstaaten unterstrichen wurde.



## **TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG**

Zehn Jahre nach der Verabschiedung der Berliner Erklärung über Antisemitismus kam die OSZE-Gemeinschaft auf Initiative des ODIHR, des deutschen Auswärtigen Amtes und des Schweizer Vorsitizes im November in Berlin zusammen, um ihr Bekenntnis zur Bekämpfung des Antisemitismus nach der Zunahme beunruhigender und gefährlicher

Vorfälle in der Region zu erneuern. Der Ministerrat verabschiedete später eine Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus. Das ODIHR veranstaltete auch eine Expertenkonferenz über die Sicherheitsbedürfnisse muslimischer Gemeinschaften, zu der 26 Teilnehmerstaaten kamen. Mitarbeiter des ODIHR leisteten der Polizei, Staatsanwälten und Richtern aus der ganzen Region Hilfestellung bei der praktischen Umsetzung dieser Vereinbarungen und veranstalteten zu diesem Zweck über ein Dutzend Workshops für insgesamt mehr als 500 Teilnehmer.

## **MELDUNG VON HASSKRIMINALITÄT**

[hatecrime.osce.org](http://hatecrime.osce.org)

Das ODIHR nahm eine Website in Betrieb, auf der alle Fälle von Hasskriminalität veröffentlicht werden, die 2014 von den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft gemeldet wurden. Als sie online ging, enthielt die Seite Informationen von 36 Regierungen und 109 NGOs, die Vorkommnisse aus 45 Teilnehmerstaaten betrafen.

## **POLITISCHE TEILHABE VON JUGENDLICHEN**

Das ODIHR nahm als Organisator oder mit Beiträgen an neun Veranstaltungen für 420 Personen aus 37 Ländern teil, unter ihnen zwei Foren für Jugendliche mit Führungsqualitäten, die gemeinsam 85 jugendliche Führungspersönlichkeiten aus 45 Teilnehmerstaaten vertraten.



## **FRAGEN DER ROMA UND SINTI**

Da die Roma- und Sinti-Bevölkerung eine der größten ethnischen Minderheiten im OSZE-Raum darstellt, lässt sich häufig am Zustand ihrer Sicherheit ablesen, wie es um die allgemeine Sicherheit und Stabilität in einer Demokratie bestellt ist. Daher beauftragte die OSZE 2003 die Kontaktstelle des ODIHR für Fragen der Roma und Sinti, eine Analyse der Lage der Roma in Krisensituationen und unmittelbar danach durchzuführen. 2014 war die OSZE die einzige internationale Organisation, die einen Bericht über die Lage der Menschenrechte der Roma in der Ukraine – eine der schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen, die durch die Krise vertrieben wurden – veröffentlichte. Das ODIHR veranstaltete auch das allererste Treffen überhaupt für junge Roma und Sinti, durch das die Bürgerbeteiligung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse gefördert werden sollte.



Vierzehn der jungen Roma und Sinti, die an der OSZE-Jugend-Konferenz für Roma und Sinti am 8. und 9. Dezember in Belgrad (Serbien) teilnahmen.

Foto: Edvard Molnar

## **ODIHR STÄRKT JUNGE ROMA UND SINTI DURCH LEADERSHIP-FORUM IN BELGRAD**

Über vierzig junge Aktivisten aus der ganzen OSZE-Region kamen im Dezember in Belgrad zur allerersten OSZE-Jugendkonferenz für Roma und Sinti zusammen. Die Konferenz bot Gelegenheit zur Erörterung der Strategien, die es ihren Gemeinschaften ermöglichen sollen, in der Politik und bei Entscheidungsprozessen stärker in Erscheinung zu treten. Die jungen Roma ließen die Vertreter nationaler Behörden wissen, mit welchen Sicherheits-herausforderungen sie in ihren Heimatländern konfrontiert sind, seien es von Umwelt-gefahren ausgehende Gesundheitsrisiken, Bildungshindernisse oder Armut, durch die junge Roma leicht in die Fänge krimineller Ausbeuter geraten.



### **TEILHABE VON FRAUEN AN DER POLITIK**

25 Prozent aller Parlamentarier in den OSZE-Teilnehmerstaaten sind Frauen.



### **DEMOKRATISIERUNG**






Echte menschliche Sicherheit zu gewährleisten heißt, sich auf Menschen aller Altersgruppen unter allen Aspekten des demokratischen Lebens zu konzentrieren. Deshalb ist das ODIHR in einer Vielzahl unterschiedlicher, für die Demokratisierung relevanter Gebiete tätig, wie etwa der langfristigen Beobachtung von Justizprozessen, der Hilfestellung bei der Gesetzgebung und bei Aktivitäten zur Verstärkung der Partizipation von

Frauen und Jugendlichen an zivilgesellschaftlichen Prozessen.

### **PROZESSBEOBACHTUNG IN GEORGIEN**

Im Dezember beendete das ODIHR seine rund zwei Jahre dauernde Beobachtungstätigkeit bei Justizprozessen in Georgien. Das Büro beobachtete 327 Verhandlungen in vierzehn Strafsachen, an denen hohe Beamte der Vorgängerregierung in Georgien beteiligt waren. Der abschließende Bericht der Prozessbeobachter analysierte die Einhaltung ausgewählter

Bestimmungen des Rechts auf ein faires Verfahren und sprach konkrete Empfehlungen zur Stärkung dieser Rechte und der Unabhängigkeit der Justiz aus.

<b>MENSCHENRECHTE – JA, BITTE!</b>		
	<i>Die Teilnahme an den fünf OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension nahm von Jahr zu Jahr zu.</i>	
	<b>9%</b>	mehr Teilnehmer
	<b>11%</b>	mehr NGOs
<b>DEM HASS EINHALT GEBIETEN</b>		
	<b>11</b>	WORKSHOPS zur Bekämpfung der Hasskriminalität gegen muslimische Frauen – 227 Teilnehmer
	<b>301</b>	STAATSANWÄLTE und POLIZISTEN in der Erkennung von Hasskriminalität geschult, die durch Vorurteile motiviert ist

# DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

---

Hohe Kommissarin: **Astrid Thors**

**Haushalt: 3 407 600 EUR**

**Personal:** international 18

lokal 12

[www.osce.org/hcnm](http://www.osce.org/hcnm)

---

*Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen. 2014 setzte die Hohe Kommissarin diese Arbeit fort, in deren Verlauf sie sich mit den Lebensbedingungen von Minderheitengemeinschaften in vielen Teilnehmerstaaten befasste, die sie hinsichtlich ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung und Politik zu nationalen Minderheiten und deren Beziehungen untereinander beriet.*



*Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten,  
Astrid Thors*

## **INTEGRATION ETHNISCH HETEROGENER GESELLSCHAFTEN**

Die HKNM setzte die Förderung der Leitlinien von Laibach zur Integration ethnisch heterogener Gesellschaften fort, einer Sammlung von Leitlinien, an denen sich die Teilnehmerstaaten beim Aufbau von Kommunikation und Interaktion zur Überbrückung ethnischer Trennlinien orientieren können, wobei es um mehr als die bloße Anerkennung der Kultur und Identität von Minderheiten und ihrer politischen Interessen geht.

Jeder Teilnehmerstaat erwägt eigenständig, welche politische Strategie er verfolgt, um den Herausforderungen gerecht zu werden, die der Umgang mit einer ethnisch heterogenen Gesellschaft mit sich bringt. 2014 führte die HKNM zur Unterstützung der gesellschaftlichen Integration 20 Länderbesuche durch und hielt Veranstaltungen zur Integrationspolitik in Kasachstan und Serbien ab.

Die HKNM reiste 2014 auch mehrmals nach Moldau, um die Regierung bei der Ausarbeitung einer Integrationsstrategie zu unterstützen, die den sozialen Zusammenhalt stärkt und die

Rechte nationaler Minderheiten schützt und fördert.



### BILDUNG

Der Aufbau von Kontakten zwischen Gemeinschaften kann an ganz unterschiedlichen Orten erfolgen, doch ist das Klassenzimmer nicht selten der beste Ort, um damit zu beginnen. Die HKNM fördert Konfliktverhütung durch Bildung und unterstützt dazu zwei- oder mehrsprachigen Unterricht ebenso wie integrierte Bildungseinrichtungen und den Unterricht in der Staatssprache für nationale Minderheiten – je nach Kontext. Damit sollen nationale Minderheiten in die Lage versetzt werden, besser am öffentlichen Leben teilzuhaben, ohne ihre eigene Sprache aufgeben zu müssen. Ein inklusives Bildungswesen geht davon aus, dass die Staatssprache ein wichtiges Werkzeug des *Nationbuilding* sein kann, und schützt und fördert zugleich das Recht von Minderheiten auf Erlernen und Benutzen der eigenen Sprache. Bildung stand auch im Mittelpunkt der Ausführungen der HKNM auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension sowie bei ihren bilateralen Besuchen in Kirgisistan, Kasachstan und Tadschikistan.

Das Mandat des Hohen Kommissars umfasst auch regelmäßige Besuche in OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erörterung nationaler Minderheitenfragen mit Vertretern der Regierungsbehörden, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft. **2014 ABSOLVIERTE DIE HKNM ZWANZIG LÄNDERBESUCHE IN DREIZEHN TEILNEHMERSTAATEN.**

**JANUAR**  
Serbien

**MÄRZ**  
Ukraine, samt der Krim  
Moldau

**FEBRUAR**  
Georgien

**APRIL**  
Ukraine (zweimal)

**MAI**  
Bosnien und Herzegowina  
Ukraine

**JULI**  
Moldau

**SEPTEMBER**  
Albanien, Ukraine

**NOVEMBER**  
Tadschikistan

**JUNI**  
die ehemalige jugoslawische  
Republik Mazedonien  
Kasachstan

**AUGUST**  
Serbien

**OKTOBER**  
Kirgisistan, Lettland

**DEZEMBER**  
die ehemalige jugoslawische  
Republik Mazedonien

### MAX-VAN-DER-STOEL-PREIS

Sprawedliwost, eine NGO aus Dschalalabat in Kirgisistan, erhielt für ihre herausragende Tätigkeit zur Verbesserung der Lage nationaler Minderheiten im OSZE-Raum den Max-van-der-Stoel-Preis. Sprawedliwost genießt höchste Anerkennung für ihre Tätigkeit zur Förderung der Menschenrechte in Kirgisistan. Seit vielen Jahren befasst sie sich mit Fragen des Schutzes der hilflosesten Bevölkerungsgruppen, einschließlich nationaler Minderheiten. Seit bei den Unruhen vom Juni 2010 im südlichen Kirgisistan Hunderte Menschen ums Leben kamen und Hunderttausende vertrieben wurden, setzt sich Sprawedliwost konsequent für nationale Minderheiten ein, obwohl die NGO selbst Ziel von Schikanen ist. Die Jury hob besonders den Mut ihrer Mitarbeiter hervor, die dessen ungeachtet weiterhin Menschenrechtsverletzungen anprangern und für eine tolerantere, gerechtere und friedfertige Gesellschaft eintreten.





*Am 12. Juni 2010 wurde im Zuge der Unruhen in Südkirgisistan die Kirgisisch-Usbekische Universität der Völkerfreundschaft in Dschalalabat geplündert und in Brand gesteckt. Auch im September 2014 bot die Universität noch immer ein Bild der Zerstörung.*



### **SPRACHLICHE ERWEITERUNG IN SERBIEN**

In Serbien liefert die Wirtschaftsfakultät der Universität Novi Sad mit ihrem Department Bujanovac ein vorbildliches Beispiel dafür, wie bilinguale Bildungseinrichtungen zur Förderung der interethnischen Verständigung und der sozioökonomischen Entwicklung beitragen können. Die HKNM führte bei mehreren Treffen der Interessensvertreter dieser bilingualen staatlich finanzierten Hochschule, die zum Symbol für Interaktion und Integration im südlichen Serbien wurde, den Vorsitz. Die ersten Absolventen des Departments werden voraussichtlich im Juni 2015 ihr Studium abschließen.

Die HKNM war auch bei der Veröffentlichung eines Berichts mit dem Titel „*Study on Serbian Language Teaching and Learning as a Non-Mother Tongue in Preševo, Bujanovac and Medveđa*“ behilflich. Die Studie empfiehlt als kurzfristige Maßnahme eine Verbesserung des Unterrichtsmaterials und langfristig die Ausbildung neuer Sprachlehrer.

### **ENGAGEMENT FÜR DIE UKRAINE**

Die HKNM absolvierte sechs Besuche in der Ukraine, einen davon auf der Krim. Die Hohe Kommissarin konnte keinerlei Hinweise auf eine Verletzung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung feststellen. Sie äußerte Besorgnis über den anhaltenden Konflikt im Osten und Süden, drängte jedoch die Behörden, keine überstürzten Änderungen in der Sprachenpolitik des Landes vorzunehmen. Die Hohe Kommissarin und das ODIHR entsandten gemeinsam eine Mission zur Bewertung der Menschenrechte und die HKNM arbeitete das ganze Jahr eng mit der Sonderbeobachtermission zusammen. Die HKNM ersuchte um Zugang zur Krim, um sich ein Bild von der Lage machen zu können, nachdem Berichte über angebliche Menschenrechtsverletzungen auf der Halbinsel publik geworden waren. „Wenn Menschenrechte, einschließlich Minderheitenrechten, missachtet werden, erhöht das die Gefahr interethnischer Spannungen, ja sogar von Konflikten“, warnte die Hohe Kommissarin Thors.

# DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

---

Die Beauftragte: **Dunja Mijatović**

**Haushalt:** 1 482 000 EUR

**Personal:** 15

[www.osce.org/fom](http://www.osce.org/fom)

---

Das Mandat des Beauftragten für Medienfreiheit gilt dem Schutz und der Förderung der Medienfreiheit in der gesamten OSZE-Region. 2014 war das Büro die Stimme der Journalisten in der und um die Ukraine, es setzte sich auch andernorts für die Belange von Journalisten ein und war Fürsprecher für ein freies Internet.

2014 war ein aktives Jahr für das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit, einer selbstständigen Institution der OSZE, die mit der Aufgabe betraut ist, den Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich Medien- und Meinungsfreiheit hilfreich zur Seite zu stehen.

Die Aktivitäten des Beauftragten lassen sich grob in zwei verschiedene Bereiche einteilen: Beobachtung der Medienentwicklungen, um bei Vorliegen potenzieller Herausforderungen für die Freiheit eine Frühwarnung auszusprechen, und Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf die Meinungs- und Medienfreiheit. Die Sicherheit von Journalisten, insbesondere in Fällen von physischer Gewalt, Bedrohungen und Schikanen, ist der Beauftragten Dunja Mijatović ein wichtiges Anliegen. Sie ermutigt die Teilnehmerstaaten auch zur Förderung von Medienpluralismus, zur Entkriminalisierung von Diffamierungsdelikten und zum Vorgehen gegen Verhetzung unter gleichzeitiger Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Schließlich sorgt die Beauftragte auch für Sachverständigengutachten betreffend die Medienregulierung und Mediengesetze, tritt für Freiheit im Internet ein und leistet den Teilnehmerstaaten Hilfestellung bei der Umstellung vom analogen auf den digitalen Rundfunk.



*Reporter bestürmen die Beauftragte für Medienfreiheit auf ihrer Reise durch die südliche Ukraine im Februar mit ihren Fragen.*

## **IM BRENNPUNKT: DIE UKRAINE**



### **INTERVENTIONEN ZU FRAGEN DER MEDIENFREIHEIT**

*Besuche in Kiew, Odessa, Charkiw, Simferopol*

*Diskussionsrunden mit Journalisten aus Russland und der Ukraine*

- *Russische Journalistenunion*
- *Unabhängige Mediengewerkschaft der Ukraine*
- *Nationale Journalistenunion der Ukraine*





*Die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, bei der Sitzung des Ständigen Rates am 16. Januar 2014 in Wien.*

Auch Journalisten standen im Kreuzfeuer aus Propaganda und Fehlinformationen rund um den Konflikt in der und um die Ukraine, eine der größten Krisen in Europa in der jüngsten Geschichte. Einen großen Teil ihrer Zeit verbrachte die Beauftragte 2014 in der Ukraine, wo sie mehr als 60 Mal intervenierte und die physische Gewalt, bürokratische Hindernisse und die allgemeine Missachtung des Berufsstandes in der Region anprangerte.

Die Beauftragte hatte die kritische Lage der Journalisten vor Augen, als sie nach Kiew, Odessa, Charkiw und Simferopol reiste, um sich dort in enger Zusammenarbeit mit ukrainischen Journalisten und Amtsträgern aus erster Hand über die aktuellen Entwicklungen der Pressefreiheit in der Ukraine zu informieren und künftige Aktivitäten im Lande zu koordinieren.

Die Beauftragte bemühte sich um eine Verbesserung der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen russischen und ukrainischen Journalisten. Sie veranstaltete eine Reihe von Diskussionsrunden, an denen leitende Funktionäre der Russischen Journalistenunion, der Unabhängigen Mediengewerkschaft der Ukraine und der Nationalen Journalistenunion der Ukraine teilnahmen; die Teilnehmer erörterten Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Standards und ihrer Sicherheit bei der Ausübung ihres Berufs in der Ukraine in offen und freimütig geführten Diskussionen. Angesprochen wurden auch noch die folgenden Themenbereiche: gemeinsames Monitoring bei Verstößen gegen die Rechte von Journalisten,

Förderung der Einhaltung ethischer Standards sowie die Frage der Propaganda in Medien. Vertreter des Europäischen Journalistenverbands, des Internationalen Presseinstituts und von Reporter ohne Grenzen nahmen ebenfalls an diesen Treffen teil.

Als Ergebnis dieser Diskussionsrunden konnten drei Dokumente verabschiedet werden: ein Memorandum zur Lage in der und um die Ukraine, ein Aktionsplan zur Verbesserung der Medienfreiheit im Land und eine gemeinsame Erklärung, in der die Vorfälle verurteilt wurden, bei denen Journalisten in der Zone des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine getötet, verprügelt oder verhaftet wurden. Diese Dokumente haben nicht nur symbolische sondern auch praktische Bedeutung, da sie Ausdruck der Bereitschaft dieser Journalistenverbände zur Zusammenarbeit sind.

Die Beauftragte legte 2014 auch eine kritische Analyse zum neuen Phänomen des Netzwerk-Journalismus oder *Open Journalism* vor. Angesichts der laufenden Weiterentwicklung des Nachrichtenwesens über neue Plattformen bis hin zu neuen Formen der Nachrichtenerfassung war die Beauftragte bestrebt, dem wachsenden Trend zum journalistischen Crowdsourcing und zu partizipativem Journalismus nachzugehen.

Im Mai und September veranstaltete ihr Büro Konferenzen zu rechtlichen, ethischen und regulatorischen Fragen. In der größten Stärke des *Open Journalism* – dem Fehlen eines Regulativs und allgemein gültiger beruflicher Standards – liegt auch seine augenfällige Schwachstelle, ein Thema, mit dem sich die Beauftragte in Zukunft vorrangig befassen will. Die Debatten drehten sich vor allem um die Frage, wie die herkömmlichen Mediengesetze im Hinblick auf den Schutz dieser neuen Beiträge und der Pluralität der Medien anzuwenden oder neu zu interpretieren sind. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass jede Regulierung des Offenen Journalismus die Meinungsfreiheit sicherstellen muss und dass das Internet als offene Plattform für den ungehinderten Informationsfluss und Ideenaustausch erhalten bleiben muss.

Die Beauftragte veranstaltete auch einen Workshop in Minsk, um das Zusammenwirken zwischen Strafverfolgungsbehörden und Medien zu verbessern. Rund zwanzig Angehörige belarussischer Strafverfolgungsbehörden und belarussischer staatlicher und privater Medien informierten sich über die rechtlichen Rahmenbedingungen in Belarus und Besonderheiten der Arbeit der anderen und tauschten Erfahrungen über internationale Standards und nachahmenswerte Methoden für die Konfliktverhütung und -beilegung aus.

# FELD- OPERATIONEN

Die OSZE erweiterte 2014 ihr 2000 Mitarbeiter umfassendes Netz, das 15 Länder in Europa und Zentralasien umspannt, um zwei neue Feldoperationen.



# Feldoperationen im Jahr 2014

Die Feldoperationen unterstützen Regierungen und Institutionen, Bevölkerung und Gemeinschaften bei der praktischen Umsetzung der Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten. Sie können dabei in Fragen tätig werden, die mit der Unterstützung von Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung beziehungsweise Konfliktnachsorge zu tun haben. Welche Aktivitäten es im Einzelnen sind, hängt vom Kontext der jeweiligen Feldoperation und des Gastlandes ab; das Mandat der betreffenden Feldoperation gibt den Rahmen vor. Es gibt Feldoperationen, die in allen drei Dimensionen Aktivitäten durchführen, andere wiederum konzentrieren sich auf bestimmte Bereiche.

## **DIE OSZE HAT DERZEIT 17 FELDOPERATIONEN:**

### **SÜDOSTEUROPA**

Die Präsenz in Albanien  
Die Mission in Bosnien und Herzegowina  
Die Mission im Kosovo  
Die Mission in Montenegro  
Die Mission in Serbien  
Die Mission in Skopje

### **OSTEUROPA**

Die Mission in Moldau  
Der Projektkoordinator in der Ukraine  
Die Sonderbeobachtermission in die Ukraine  
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

### **SÜDKAUKASUS**

Der Projektkoordinator in Baku  
Das Büro in Eriwan

### **ZENTRALASIEN**

Das Zentrum in Aschgabat  
Das Zentrum in Astana  
Das Zentrum in Bischkek  
Das Büro in Tadschikistan  
Der Projektkoordinator in Usbekistan

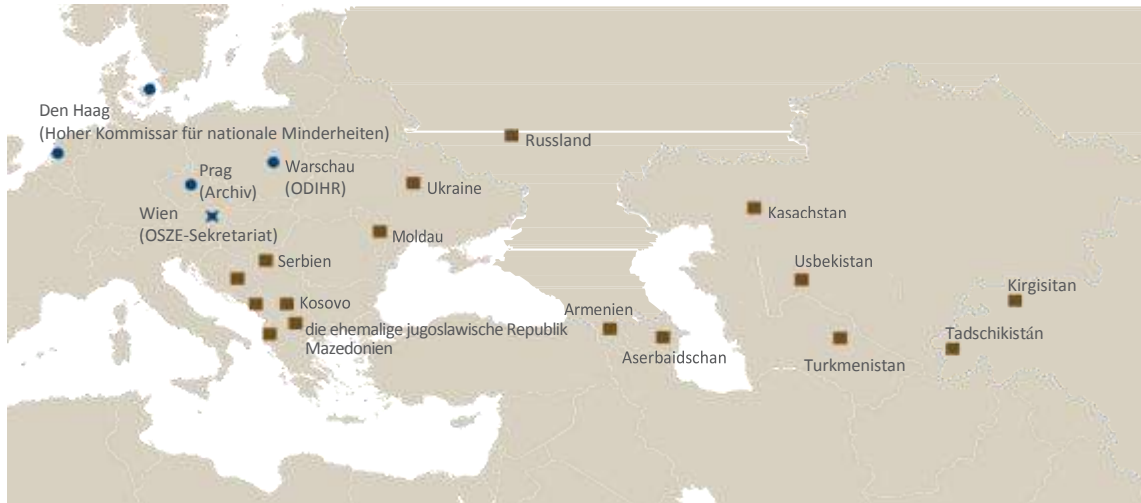


Abbildung vorhergehende Seite: OSZE-Beobachter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine bei einer Planbesprechung im Juli in Charkiw.  
Foto: Ewgeni Maloletka



# Die Präsenz in Albanien

---

Leiter der Präsenz: **Botschafter Florian Raunig**

**Haushalt:** 2 982 400 EUR

**Personal:** international 20  
lokal 64

[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)

---

2014 galt das Hauptaugenmerk der OSZE-Präsenz in Albanien der Reform des Justizwesens und der damit angestrebten Erhöhung der Effizienz von zivil- und strafrechtlichen Verfahren, der Korruptionsbekämpfung, der Ausweitung der Zusammenarbeit im Umweltbereich, der Bereitstellung von Wahlunterstützung und der Unterstützung von Aktivitäten zur stärkeren Einbindung der Jugend.

## EINE WERTVOLLE PRÄSENZ FÜR RECHTSSTAATLICHKEIT, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE



### RECHT OHNE VERZÖGERUNG

Im Wissen darum, dass verzögertes Recht verweigertes Recht bedeutet, bemühten sich Vertreter der albanischen Justizbehörden in Zusammenarbeit mit der OSZE-Präsenz in Albanien 2014 um die Rationalisierung der langsamen und ineffizienten Gerichtsverfahren, die der Grund für das geringe Vertrauen sind, das Albaner den Gerichten entgegenbringen.

Es wurde viel zur Verbesserung der Effizienz zivilrechtlicher Verfahren getan, wodurch es in der Behandlung der Fälle zu weniger Verzögerungen kommt und in Albanien die Verhängung von Haftstrafen zugunsten von Strafen auf Bewährung reduziert wurde.

„Das Projekt ‚Recht ohne Verzögerung‘ hilft nicht nur den Bürgern, rasch zu ihrem Recht zu kommen, sondern auch den Richtern, sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit wohler zu fühlen“, meint Alma Hoxha, Präsidentin des Gerichts in Kruja. „Die Parteien halten sich inzwischen zunehmend an die Prozessordnung. Das alles erhöht ihr Vertrauen gegenüber den Gerichten und dem gesamten Justizwesen in Albanien.“

Durch die Entwicklung eines Instruments zur Beurteilung jugendlicher Straftäter trug die Präsenz zur Förderung des Einsatzes der Diversion als Alternative zu Haftstrafen bei, wie das im Jugendstrafrechtsentwurf des Justizministeriums vorgesehen ist, und unterstützte ein Programm für *Restorative Justice* und Opfer-Täter-Ausgleich für Jugendliche.

Die Präsenz beteiligte sich auch aktiv an der Korruptionsbekämpfung, indem sie dem Land bei der Verabschiedung eines Ethikkodex für Inspektoren behilflich war, der von der Zentralinspektion offiziell gebilligt und in das Ausbildungsprogramm für neue staatliche Inspektoren aufgenommen wurde.




Die Präsenz stand der Regierung auch beim Entwurf einer neuen Korruptionsbekämpfungsstrategie zur Seite, die auch Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption im Umweltsektor umfasst. Mithilfe des von ihr gewählten horizontalen Ansatzes nahm die Präsenz eine

Risikobewertung vor, um die Korruptionsrisiken und die daraus resultierenden Umweltfolgen zu ermitteln, und unterbreitete dem Umweltministerium Empfehlungen.

### PARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

Der Umweltschwerpunkt diente auch als Grundlage für die Verbesserung der bilateralen und regionalen Zusammenarbeit, die sich in einem Treffen von Parlamentsausschüssen aus Albanien und Montenegro im Dezember niederschlug, das von der Präsenz mitveranstaltet worden war. Diese erste Zusammenkunft seit 2009 galt in erster Linie der Förderung der bilateralen Zusammenarbeit und der Stärkung der Aufsicht der Legislative in Umweltfragen. Die Grenzstadt Shkodra war der Ort dieses Treffens, auf dem sich die Parlamentarier mit der Verschmutzung eines regionalen Sees befassten, der als illegale Deponie für städtischen Müll, die Entsorgung von Bauabfall und die Einleitung von Abfällen aus einer Aluminiumfabrik benutzt wurde.

Die Präsenz war der Hauptwahlbehörde dabei behilflich, Lücken in den Wahlgesetzen aufzuspüren, insbesondere in Bezug auf die Medien und die Finanzierung politischer Parteien. Sie veranstaltete auch eine Diskussionsrunde für Mitarbeiter der Wahlkommissionen über nachahmenswerte Praktiken und Foren zum Thema, wie man die Teilnahme von Frauen am politischen und öffentlichen Leben im Vorfeld der Kommunalwahlen von 2015 erhöhen kann.

<b>WENIGER HAFTSTRAFEN, MEHR RESOZIALISIERUNG</b>	
<i>Was getan wurde:</i>	
	<b>540 ZUSTÄNDIGE ERHIELTEN FORTBILDUNG ÜBER ALTERNATIVEN ZU HAFTSTRAFEN UND ÜBER DIE ROLLE DER RESOZIALISIERUNG</b>
	<b>30 BEWÄHRUNGSHELFER WURDEN FÜR DAS SYSTEM ZUR BEURTEILUNG VON JUGENDLICHEN STRAFTÄTERN UND JUNGEN ERWACHSENEN AUSGEBILDET</b>
<i>Ergebnis:</i>	
	<b>25% MEHR URTEILE AUF BEWÄHRUNG FÜR JUGENDLICHE STRAFTÄTER GEGENÜBER 2013</b>

<b>ABBAU DES RÜCKSTAUS</b>	
<b>100+</b>	<b>RECHTSANWÄLTE UND RICHTER FÜR VERWALTUNGS-GERICHTLICHE VERFAHREN AUSGEBILDET</b>
<b>100</b>	<b>NEUE RECHTSANWÄLTE IN METHODEN ZUR EFFIZIENTEN FÜHRUNG VON ZIVILPROZESSEN UNTERWIESEN</b>
<b>1 500</b>	<b>EXEMPLARE DES HANDBUCHS FÜR ZIVILPROZESSE VERTEILT</b>

<b>WENIGER VERHANDLUNGEN, GRÖßERE EFFIZIENZ</b>		
<i>Durchschnittliche Anzahl der Verhandlungen pro Fall</i>		
	ZIVILVERFAHREN	STRAFPROZESSE
<i>Februar</i>	<b>14</b>	<b>9</b>
<i>August</i>	<b>4</b>	<b>4</b>
<i>Durchschnittliche Anzahl der Tage pro Fall</i>		
	ZIVILVERFAHREN	STRAFPROZESSE
<i>Februar</i>	<b>284</b>	<b>135</b>
<i>August</i>	<b>67</b>	<b>45</b>
<i>Anteil unproduktiver Verhandlungen in Prozent</i> (Verhandlungen, die nicht zur Lösung eines Falles beitragen)		
	ZIVILVERFAHREN	STRAFPROZESSE
<i>Februar</i>	<b>35%</b>	<b>25%</b>
<i>August</i>	<b>2%</b>	<b>7%</b>
<i>Alle Zahlen beruhen auf Angaben des Bezirksgerichts Korça.</i>		



### **KONTAKTAUFNAHME MIT JUNGEN MENSCHEN**

Die Präsenz in Albanien bezog 2014 junge Menschen vor Ort in wesentliche Fragen ein, von der Förderung aktiver Bürgerpartizipation bis zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Bei einem Treffen kamen 60 Schüler höherer Schulen mit hochrangigen Vertretern staatlicher Stellen zusammen, unter ihnen auch Präsident Bujar Nishani. Eine ähnliche Initiative fand auch für eine Gruppe von 90 Kindern statt, die etwas über die Geschichte und die praktische Arbeit der OSZE erfuhren und den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Schweizer Außenminister Didier Burkhalter persönlich kennenlernen durften.

In Bezug auf die Ausbeutung und den Missbrauch von Kindern sowie Kinderhandel sorgte die Präsenz mit zielgerichteten Projekten und Veröffentlichungen für eine verstärkte Bewusstseinsbildung, um die Identifizierung und den Schutz gefährdeter Kinder zu verbessern, den Aufbau der Kapazitäten von Polizei und Sozialarbeitern zu fördern und die Arbeit der Zentren für Straßenkinder zu unterstützen.



*Tirana, 2. Dezember 2014: Der albanische Präsident **Bujar Nishani** begrüßt die Schüler höherer Schulen, die am OSZE-Projekt zum Thema „aktive Bürger“ teilnahmen.*

# Die Mission in Bosnien und Herzegowina

---

Leiter der Mission: **Botschafter Jonathan Moore**

**Haushalt:** 12 387 300 EUR

**Personal:** international 32

lokal 309

[www.osce.org/bih](http://www.osce.org/bih)

---

2014 war ein schweres Jahr für Bosnien und Herzegowina. Im Februar wurde das Land von Protesten gegen die Regierung erschüttert, und im Mai führten verheerende Überschwemmungen und Erdbeben zur größten humanitären Krise seit Kriegsende. Positiv war zu vermerken, dass bei den Parlamentswahlen im Oktober ein friedlicher Wettbewerb herrschte. Die OSZE-Mission reagierte auf die gesellschaftlichen und die politischen Entwicklungen wieder sehr flexibel und stimmte die Unterstützung und Tätigkeit ihrer Außenstellen darauf ab, wobei weiterhin auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Good Governance geachtet wurde.



## **HILFE NACH DEM HOCHWASSER**

Im Mai wurde Bosnien und Herzegowina von Überschwemmungen und Erdbeben in bisher nicht gekanntem Ausmaß heimgesucht, die mehr als 20 Todesopfer forderten und 90 000 Menschen obdachlos machten. Die Mission richtete daraufhin in den betroffenen Gebieten vorübergehend fünf Büros ein, um den örtlichen Institutionen gezielt Hilfeleistung beim Wiederaufbau zu leisten, Hilfs- und Rettungsorganisationen logistisch zu unterstützen und die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen verstärkt zu beobachten. Im Interesse einer besseren regionalen Zusammenarbeit in Fragen der Wasserwirtschaft und der Hochwasservorsorge war die Mission Mitveranstalter einer Regionalkonferenz, bei der die Erfahrungen aus dieser Katastrophe erörtert wurden.



*Nach den schweren Überschwemmungen im Norden von Bosnien und Herzegowina im Mai waren die Straßen voll Schlamm und mit Trümmern übersät.  
Foto: Mirsad Tatarević.*

### GUT GESICHERT



Neben ihren Bemühungen um Reformen im Sicherheitssektor mit dem Schwerpunkt auf dem OSZE-Verhaltenskodex und internationalen Verpflichtungen setzte sich die Mission auch ganz besonders für die Verbesserung der Sicherheit in den Munitionslagerstätten des Landes ein. In vier Einrichtungen wurden neue Zäune, Tore, Beschilderungen und Sperrrampen errichtet.

### EINE NEUE STIMME DER JUGEND IN DER OSZE

Im Juli schuf die Mission im Einklang mit dem vom Schweizer Vorsitz verkündeten Schwerpunktthema Jugendarbeit den ersten Jugendbeirat in der Region, der für jugendliche Selbstverantwortung steht und die Mission mit neuen Anregungen versorgen soll. Die achtköpfige Gruppe leistet Beiträge zu den laufenden und künftigen Programmen der Mission und soll als nachahmenswertes Beispiel für die gesamte Region dienen.

**600** PERSONEN NAHMEN AN RESSORT- UND SEKTOR-  
ÜBERGREIFENDEN SCHULUNGEN UND DIALOGEN ZU  
WICHTIGEN FRAGEN DES SICHERHEITSSSEKTORS TEIL.



### KRIEGSVERBRECHERPROZESSE



Die Mission beobachtet nach wie vor alle Kriegsverbrecherprozesse in Bosnien und Herzegowina und kontrolliert, ob die Justiz in der Lage ist, die Fälle rasch und effizient entsprechend den geltenden Menschenrechtsstandards zu bearbeiten. Ende 2014 waren 190 Verfahren gegen Kriegsverbrecher anhängig. 2014 verfolgte die Mission den Schwerpunkt sexuelle Gewalt in Kriegszeiten und gab im April einen Bericht unter dem Titel *Combating Impunity for Conflict-Related Sexual Violence in Bosnia and Herzegovina: Progress and Challenges* heraus.

Die Bewältigung des enormen Rückstands an Fällen von Kriegsverbrechen (rund 1100 nicht abgeschlossene Ermittlungen plus 190 laufende Verfahren) ist weiterhin eine der Prioritäten der Mission. 2014 wurden mehrere Projekte umgesetzt, um die Justiz in die Lage zu versetzen, die Rückstände aufzuarbeiten und Recht zu sprechen.

Die Bewältigung des enormen Rückstands an Fällen von Kriegsverbrechen (rund 1100 nicht abgeschlossene Ermittlungen plus 190 laufende Verfahren) ist weiterhin eine der Prioritäten der Mission. 2014 wurden mehrere Projekte umgesetzt, um die Justiz in die Lage zu versetzen, die Rückstände aufzuarbeiten und Recht zu sprechen.

<b>BEWÄLTIGUNG DES RÜCKSTANDS AN KRIEGSVERBRECHERFÄLLEN</b>		
<i>Schulungen 2014:</i>		
	<b>19</b>	ZEUGENBETREUER
	<b>55</b>	RICHTER
	<b>84</b>	STAATSANWÄLTE
	<b>97</b>	SACHVERSTÄNDIGE
	<b>130</b>	ERMITTLER FÜR KRIEGSVERBRECHEN/ POLIZEIBEAMTE

## INTERAKTIVE LANDKARTE DER KRIEGSVORBRECHEN

[hatemonitor.oscebih.org](http://hatemonitor.oscebih.org)

Im Februar 2014 brachte die Mission eine interaktive Landkarte der Kriegsvorbrehen in Bosnien und Herzegowina heraus. Sie soll durch Verortung der Verbrehen und der urteilenden Gerichte die Entscheidungen der Justiz transparenter machen und über rechtskräftig ergangene Urteile in Kriegsvorbrehenprozessen informieren



## MENSCHENRECHTE FÜR GEFÄHRDETE GRUPPEN

Die Mission leistete den Kommissionen, die die Begünstigten des Regionalen Wohnraumprogramms (RHP) und des Wohnraumprojekts für Roma auswählen, weiter technische Unterstützung. Bis Dezember wurden die ersten 150 RHP-Begünstigten ausgewählt und in enger Zusammenarbeit mit UNHCR über 13 000 Anträge für die nächsten Projektphasen geprüft. Örtliche Behörden errichteten 80 Wohneinheiten für Roma. 2014 sorgte die Mission für eine weitere Aufstockung der Kapazitäten der Volksanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina, die fast 20 Prozent mehr Fälle von Diskriminierung bearbeitete als 2013. Die Mission unterstützte auch die Ausarbeitung einer Strategie für nationale Minderheiten, die nun zur Verabschiedung auf höchster Ebene ansteht.



## VERBESSERUNGEN IM BILDUNGSWESEN

Die Mission setzte sich bei den Unterrichtsbehörden weiterhin für mehr Inklusion in den Schulen ein. Mit Ende 2014 hatten die meisten Schulaufsichtsbehörden den Inklusionsindex eingeführt, der den Schulen eine Selbsteinschätzung ihrer inklusiven Unterrichtspraktiken ermöglicht. Die Mission leistete 2014 auch Hilfestellung bei der Festlegung von

Lernzielen und Standards für den Geschichteunterricht, die von den vierzehn Unterrichtsbehörden des Landes noch gebilligt werden müssen.

## FÖRDERUNG DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

2014 verfolgte die Mission einen umfassenderen Ansatz in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter, was teilweise der Einrichtung einer Genderabteilung in der Mission und der Verabschiedung eines Aktionsplans zur Förderung der Geschlechtergleichstellung (2013 – 2015) geschuldet war.



133

KANDIDATINNEN AUS 11 POLITISCHEN PARTEIEN WURDEN MIT OSZE-UNTERSTÜTZUNG VON DER BOSNISCH-HERZEGOWINISCHEN AGENTUR FÜR GESCHLECHTER-GLEICHSTELLUNG GESCHULT.



8

POLITISCHE PARTEIEN UNTERZEICHNETEN DIE VON DER OSZE UNTERSTÜTZTE „SELBSTVERPFLICHTUNG ZUR GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER IN POLITISCHEN PARTEIEN“.

# Die Mission im Kosovo

---

Leiter der Mission: **Botschafter Jean-Claude Schlumberger**

**Haushalt:** 19 679 900 EUR

**Personal:** international 133

lokal 419

[www.osce.org/kosovo](http://www.osce.org/kosovo)

---

In einem Jahr, das im Zeichen der Wahlen im Kosovo stand, spielte die OSZE-Mission eine führende Rolle bei der Abwicklung des Wahlvorgangs, bei der Ausbildung neuer Sicherheitsbeamter und bei einem Brückenschlag zwischen grundverschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Im Nordkosovo veranstaltete die Mission maßgeschneiderte Seminare für Gemeinderäte über unterschiedliche Themen, die von der Erstellung eines Haushaltsplans bis zu den Grundsätzen von Good Governance reichten, sie hielt Fortbildungen für 372 neu eingegliederte Beamte der Polizei des Kosovo zu den Themen Strafrecht, Hasskriminalität und häusliche Gewalt ab und half bei der Einrichtung der ersten Ausschüsse für öffentliche Sicherheit in den nordkosovarischen Gemeinden Zubin Potok und Zvečan/Zveçan.

Nachdem die Mission in jahrelanger Arbeit das Vertrauen der politischen Parteien des Kosovo gewonnen hatte, wurde sie wieder gebeten, die Wahlen in technischer Hinsicht zu unterstützen. Die OSZE schulte die örtlichen Wahlkommissionen in den vier nordkosovarischen Gemeinden für die Wahl zum kosovarischen Parlament.



## **ERLEICHTERUNG DES DIALOGS ZWISCHEN DEN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN**

Die OSZE half durch Verstärkung des interkonfessionellen Dialogs und persönliche Begegnungen, neue Beziehungen zwischen den Gemeinschaften herzustellen. So besuchten etwa auf Initiative der OSZE 30 Jugendliche aus Deçan/Deçane erstmals das historische serbisch-orthodoxe Kloster Visoki Deçani, das sich in ihrer Heimatstadt befindet.





„Junge Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Kosovo haben wenig oder gar keine Möglichkeiten, Stätten zu besuchen, mit denen sich andere Bevölkerungsgruppen identifizieren, oder zusammenzukommen und mehr voneinander zu erfahren. Wir haben die Besuche organisiert, um jungen Menschen das zu ermöglichen“, sagte Silke Nebenführ von der Missionsabteilung für Eigentumsfragen.



*Eine Wählerin bei der Stimmabgabe für die Bürgermeisterwahl am 23. Februar 2014 in Nord-Mitrovica.*

*Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Text, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.*



<b>KULTURELLE SENSIBILITÄT</b>		
	<b>1 939</b>	VERTRETER DER REGIERUNG, DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER MEDIEN WURDEN IN FRAGEN DES EIGENTUMS, DER WOHNRAUMBESCHAFFUNG UND DES KULTURELLEN ERBES GESCHULT.
	<i>Interkulturelle Begegnungen zwischen Bevölkerungsgruppen</i>	
	<b>650</b>	KINDER
	<b>10</b>	ORTE IM GESAMTEN KOSOVO
	<b>70</b>	FÜHRENDE GEISTLICHE
	<b>22</b>	INTERKONFESSIONELLE FORUMSDISKUSSIONEN
	<b>65</b>	TEILNEHMER AN 2 INTERKONFESSIONELLEN JUGENDLAGERN



### **ÖFFENTLICHE SICHERHEIT**

In Sachen öffentliche Sicherheit leistete die Mission Beiträge zu zwei wichtigen Initiativen: einem regionalen Projekt zur Bekämpfung des Schlepperwesens für kosovarische Polizeibeamte und Staatsanwälte und einem für Schulen konzipierten Sensibilisierungsprogramm für öffentliche Sicherheit.

Der Mithilfe der Mission während der letzten Jahre ist es zu verdanken, dass das Bachelor-Programm die Zulassung an der Akademie des Kosovo für öffentliche Sicherheit erhielt: Im Oktober konnten 69 Studenten des ersten Jahrgangs ihr Studium aufnehmen. Die Mission bot auch für rund 120 Dispatcher einen Kurs in Notfallkommunikation an, um die Zusammenarbeit zwischen allen Ersthelfern und der Katastrophenschutzagentur zu verbessern.

<b>TRANSPARENZ IM STAATLICHEN BEREICH</b>		
	<b>3 000</b>	TEILNEHMER
	<b>120</b>	WORKSHOPS UND SEMINARE
	AUFSICHT DER GEMEINDEVERSAMMLUNGEN ÜBER DIE EXEKUTIVE	
	ERSTELLUNG DES GEMEINDEHAUSHALTS	
	ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN DOKUMENTEN	
	VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT	
Gemeinden mit Transparenzregeln		
	Februar 2014	<b>1</b>
	Dezember 2014	<b>14</b>

### **AUS DEM BÜCHERREGAL**

Im März veröffentlichte die OSZE-Mission im Kosovo *Challenges in the Protection of Immovable Tangible Cultural Heritage in Kosovo*. Darin wird der Frage nachgegangen, ob in

Bezug auf die Friedhöfe der einzelnen Bevölkerungsgruppen und andere Kulturerbestätten die internationalen Menschenrechtsstandards eingehalten werden.

### SPRACHENRECHTE

Die örtliche Bevölkerung profitierte auch von den Aktivitäten der Mission zur Förderung von Sprachenrechten. Die Mission erstellte eine Dokumentation über Sprachenrechte, die am 26. September, dem Europäischen Tag der Sprachen, vorgestellt wurde und seither dem Büro des Sprachkommissars nützliche Dienste beim Schutz dieser Rechte leistet.



*Ein Küsschen auf die Wange überwindet die Sprachbarriere zwischen einer albanischen Beamtin und einem Romakind am 26. September, dem Europäischen Tag der Sprachen, in Prishtina/Priština.*

*Foto: Edon Muhaxheri*

### VERTRIEBENE



Im November organisierte die Mission eine Konferenz auf hoher Ebene, bei der erstmals offizielle Vertreter des Kosovo mit Regierungsvertretern aus der Region zusammenkamen, um über dauerhafte Lösungen für Vertriebene aus dem Kosovo zu sprechen. Hochrangige Regierungsvertreter aus Belgrad, Podgorica, Prishtina/Priština und Skopje kamen überein, Treffen technischer Arbeitsgruppen abzuhalten, die sich in erster

Linie mit Eigentumsrechten, Sicherheit, Landzuteilung und anderen Informationen im Zusammenhang mit Wohnraum- und Eigentumsansprüchen befassen sollen.

### BESCHWERDEN WEGEN SPRACHENRECHTEN IMMER ÖFTER POSITIV ERLEDIGT

	2012	2013	2014
<i>Eingebrachte Beschwerden</i>	<b>4</b>	<b>10</b>	<b>46</b>
<i>Positiv erledigte Beschwerden</i>	<b>1</b>	<b>8</b>	<b>36</b>

# Die Mission in Montenegro

---

Leiterin der Mission: **Botschafterin Janina Hřebíčková**

**Haushalt:** 2 183 900 EUR

**Personal:** international 10

lokal 31

[www.osce.org/montenegro](http://www.osce.org/montenegro)

---

Im Mittelpunkt der Arbeit der Mission in Montenegro stand 2014 die Förderung der demokratischen Umgestaltung Montenegros unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, des Ausbaus der Menschenrechte zur Verhinderung von Diskriminierung, der Erhöhung der Transparenz im staatlichen Bereich, der Förderung der Medienfreiheit und der Hebung des Umweltbewusstseins.



## **SELBSTBEFÄHIGUNG DER ROMA**

Zur besseren Unterstützung der Gemeinschaft der Roma eröffnete die Mission in Bijelo Polje ein Büro für Romafragen, das sich für den Schulbesuch von Kindern und den Zugang zum Gesundheitswesen einsetzt. Montenegro hat erkannt, dass Roma zu den gefährdetsten und am stärksten ausgegrenzten Mitgliedern der Gesellschaft gehören. Die Mission unterstützte auch weiterhin Bemühungen um Klärung des

Rechtsstatus von Vertriebenen, viele von ihnen Roma, und hilft diesen bei der Beschaffung von Identitätsnachweisen aus ihrem Herkunftsland, damit sie Zugang zu staatlichen Versorgungsleistungen erhalten.



## **RECHENSCHAFTSPFLICHT UND TRANSPARENZ IN ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN**

Im Wissen, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit ein wichtiger Aspekt einer demokratischen Gesellschaft ist, führte die Mission Aktivitäten durch, die dafür sorgen sollen, dass die Öffentlichkeit Zugang zu Informationen hat. Sie unternahm auch erste Bemühungen um größere Offenheit in Strafverfolgungs- und Justizbehörden. Diesem Zweck diente ein Seminar über die Entwicklung wirksamer Kommunikationsverfahren.

Transparenz in einer Demokratie mit informierten Bürgern erfordert aber nicht nur Offenheit vonseiten der Regierung, sondern auch unabhängige, objektive Journalisten. Als Beitrag dazu erstellte die Mission erstmals eine Erhebung zur Beschäftigungslage von Journalisten. Sie setzte sich auch für eine Stärkung der Gewerkschaft der Medienschaffenden ein, bildete Journalisten in investigativer Berichterstattung aus und unterstützte Verbesserungen des Finanzierungsmodells für die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt RTCG und im RTCG-Gesetz.

Die Mission trug auch zum Ausbau der Kompetenzen von Richtern und Staatsanwälten für die Bekämpfung von Internet- und Finanzkriminalität bei und veranstaltete die 8. Regionalkonferenz der Leiter der Geldwäschemeldstellen Südosteuropas, auf der der regionale Informationsaustausch zur Bekämpfung der Geldwäsche erörtert wurde. Per Gesetz wurden 2014 in Montenegro erstmals Gerichtsvollzieher bestellt, die eine praktische Ausbildung durch die OSZE erhielten. Gerichtsverfahren können nun effizienter abgewickelt

und die Urteile konsequenter vollstreckt werden.



*Anlässlich des Internationalen Roma-Tages eröffnete die OSZE-Mission am 7. April das Büro für Romafragen in Bijelo Polje, dessen Schwerpunkte die Gesundheit von Kindern und der Schulunterricht sind.*



*Die OSZE macht am 10. Mai in Tivat mit bei Let's Do It!, der größten freiwilligen Müllsammelaktion in Montenegro, bei der illegal abgelagerter Müll beseitigt wird.*

### **POLITISCHE, SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE FORTSCHRITTE BEI DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER**

Die Mission unterzeichnete gemeinsam mit dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte und den Behörden von Podgorica eine Vereinbarung, deren Ziel die Förderung der Geschlechtergleichstellung in ganz Montenegro ist. Sie ist Ausdruck der Zusammenarbeit der OSZE mit Behördenvertretern, deren Ziel die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, die Erhöhung des Anteils von Frauen am politischen und öffentlichen

Leben und die verstärkte wirtschaftliche Selbstbestimmung von Frauen ist.

## UMWELTERZIEHUNG



200 ÖFFENTLICH BEDIENTETE ERHIELTEN EINE SCHULUNG FÜR DEN UMGANG MIT DEM UNGEHINDERTEN ZUGANG ZU INFORMATIONEN.



3 000 SCHÜLER AN 16 SCHULEN ERHIELTEN UMWELTUNTERRICHT.

# Die Mission in Serbien

---

Leiter der Mission: **Botschafter Peter Burkhard**

**Haushalt:** 6 578 500 EUR

**Personal:** international 26

lokal 108

[www.osce.org/serbia](http://www.osce.org/serbia)

---

Die OSZE war ein aktiver Partner Serbiens in der Zeit, in der sich das Land auf seinen OSZE-Vorsitz im Jahr 2015 vorbereitete. Sie leistete entscheidende Arbeit in Sachen Medienfreiheit, richterliche Unabhängigkeit, Minderheitenrechte, regionale Wohnraumbeschaffung, Sport und bürgernahe Polizeiarbeit.



## **BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT**

Wenngleich die OSZE in Fragen der kollektiven Sicherheit einen regionalen Ansatz verfolgt, erfolgt doch ein großer Teil der konkreten Arbeit im Sicherheitsbereich auf örtlicher Ebene. Aus diesem Grund half die OSZE-Mission in Serbien Beamten bei der Ausarbeitung ihres Aktionsplans zur Umsetzung der serbischen Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit und förderte die partnerschaftliche Zusammenarbeit, um örtlichen Polizeidienststellen bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Pläne zu helfen. Im November veranstaltete die Mission einen regionalen Workshop für Polizeibeamte aus Serbien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Montenegro, der den Beamten vermitteln sollte, wie man Muster erkennt, die bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität von Nutzen sein können. Es gab auch eine Reihe von Fachveranstaltungen zum Thema Internetkriminalität.

## **UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ**

Wie schon in der Vergangenheit war die OSZE bemüht, die Unabhängigkeit der serbischen Justiz zu fördern. Sie unterstützte Arbeitsgruppen, die Regeln für die Beurteilung von Richtern und Staatsanwälten entwickelten, und veranstaltete im Juni eine Konferenz für rund 60 hochrangige Justizbeamte aus Serbien und anderen Ländern. An dieser Veranstaltung nahm auch der UN-Sonderberichterstatter über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten teil. Er betonte, dass die richterliche Unabhängigkeit für das Recht auf ein ordentliches Verfahren, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unerlässlich sei.

In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium setzte sich die Mission für einen besseren Schutz der Menschenrechte der Insassen von psychiatrischen Anstalten in Serbien ein. Über 400 Vertreter medizinischer Berufe nahmen an den Seminaren und Sensibilisierungskampagnen der Mission teil und wurden in die internationalen und nationalen Standards eingeführt, die Patienten in psychiatrischen Betreuungseinrichtungen vor Folter und unmenschlicher Behandlung schützen sollen.

2014, als das Regionale Wohnraumprogramm in seine Implementierungsphase trat, half die Mission 125 Flüchtlingsfamilien in Serbien bei der Wohnraumbeschaffung. In das Projekt waren OSZE-Büros in Serbien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro eingebunden, die den im Zuge des Konflikts der 1990er-Jahre Vertriebenen halfen.



*Eine neue Generation von Studenten bei der Eröffnungsfeier an der ersten zweisprachigen Universitätsfakultät in Südserbien, die ethnischen Albanern muttersprachlichen Unterricht ermöglicht und auch jungen Menschen aus anderen Volksgruppen Zugang zu Bildung eröffnet.*



*Botschafter **Peter Burkhard** (rechts), Leiter der OSZE-Mission in Serbien, nimmt am 29. September aus den Händen des Kommissars für öffentlichkeitsrelevante Informationen und den Schutz von Personendaten, **Rodoljub Šabić**, eine Auszeichnung für den Beitrag der Mission zur Förderung des Rechts auf freien Zugang zu öffentlichkeitsrelevanten Informationen in Serbien entgegen.*

## **EINTRETEN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN**

Vor der Wahl zu den Nationalräten der nationalen 2014 war die Mission den örtlichen Behörden bei der von Wahlunterlagen in elf in Serbien gesprochene Minderheitensprachen behilflich.



Minderheiten  
Übersetzung

Rund eine halbe Million Wähler konnten von ihrem Recht Gebrauch machen und Selbstverwaltungsräte der Minderheiten für die Bereiche Bildung, Kultur und Sprache wählen.

*„Für mich ist die OSZE der erste Partner des Nationalrats der Roma.“*

**Dejan Živković**

Roma-Aktivist aus Prokuplje



### **UNABHÄNGIGKEIT DER MEDIEN**

Regierungsbeamte und unabhängige Journalisten ehrten im September die OSZE-Mission für ihre Arbeit zur Förderung der Informationsfreiheit in Serbien. Die Mission unterstützt seit mehr als einem Jahrzehnt Bemühungen um ein Gesetz über den freien Zugang zu Informationen. 2014 veranstaltete die Mission öffentliche Debatten über Gesetze zur Medienreform, die die Unabhängigkeit der Medien verbessern und den Staatsanteil verringern sollen. Seit 2004 hat die Mission für die Fortbildung von über 300 Journalisten aus dem ganzen Land gesorgt, die dabei lernten, wie man unter Zuhilfenahme der Gesetze über öffentliche Information investigativen Qualitätsjournalismus betreibt.

### **KEINE CHANCE FÜR HOOLIGANS**

Angesichts der immer zahlreicheren Fälle von Hooliganismus, die die Aufmerksamkeit der Fans vom Fußballfeld ablenken, veranstaltete die OSZE im November in Belgrad eine Konferenz über die Verbesserung der Sicherheit bei Sportveranstaltungen.

Polizeibeamte, Funktionäre des serbischen Fußballverbandes und Vertreter von Fußballklubs erörterten gemeinsam mit Experten aus Italien, Serbien, Schweden und dem Vereinigten Königreich eine Reihe von Fragen betreffend Hooliganismus, darunter die Rolle der Polizei, die Sammlung und Weitergabe von Informationen und die Gestaltung von Stadien. Anfang des Jahres gab die OSZE auf Serbisch einen Bericht über Jugend und Hooliganismus bei Sportveranstaltungen heraus, dem eine Umfrage unter 3 662 Sekundarschülern aus ganz Serbien zugrunde lag.



# Die Mission in Skopje

---

Leiter der Mission: **Botschafter Ralf Breth**

**Haushalt:** 6 427 700 EUR

**Personal:** international 47

lokal 107

[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)

---

2014 war die OSZE-Mission in Skopje mit zwei nationalen Wahlgängen befasst, sie setzte sich für Integration im Schulwesen ein und unterstützte die Reformagenda des Landes. Mithilfe der wertvollen landesweiten Feldpräsenz der OSZE konnte die Mission ihre Frühwarnfunktion wahrnehmen und in Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft des Landes weiter ihre zentralen Ziele verfolgen: Förderung von Stabilität und Sicherheit, Unterstützung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid und Festigung der interethnischen Beziehungen.



## **DAS ÜBEREINKOMMEN VON OHRID**

Eine der wichtigsten Aufgaben der Mission ist die Überwachung und Unterstützung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid, das den bewaffneten Konflikt des Jahres 2001 im Land beendete. Es soll die Teilnahme aller ethnischen Gemeinschaften am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben garantieren und setzt Schwerpunkte

in den Bereichen Dezentralisierung, Nichtdiskriminierung, Bildung, gleichberechtigte Vertretung aller Gemeinschaften und Gebrauch ihrer Sprachen.

Auch 2014 unterstützte die Mission den von der Regierung im Anschluss an den ersten Bericht aus dem Jahr 2012 eingeleiteten Prozess zur Überprüfung des Rahmenübereinkommens, der sich in vier Phasen gliedert. Die Mission trug dazu bei, dass die Überprüfung einen wichtigen Platz in der politischen Agenda der Regierung behielt, und bot der Regierung an, sie auch in Zukunft zu unterstützen, damit der Überprüfungsprozess vorankommt.



*Mitglieder des Gemeinderats bei einer Fortbildung in Ohrid zu Dezentralisierung, Finanzwesen und der Rolle gewählter Mandatäre auf Gemeindeebene.*

*Foto: Nevenka Longurova Girova*

## **RECHTE DER VOLKSGRUPPEN UND DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ**

Auch 2014 galt die Arbeit der Mission der Verstärkung der Kapazitäten der Kommission für Diskriminierungsschutz, der Justiz und der Zivilgesellschaft. Die Mission analysierte die

verschiedenen Formen von Diskriminierung im Bildungsbereich unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung des Gesetzes gegen Diskriminierung und der Anpassung damit zusammenhängender Gesetze. Für Juristen bot sie Fortbildungen für das Erkennen und Verfolgen von Hasskriminalität an. Auf dem Gebiet der Minderheitenrechte half die Mission bei der Evaluierung der Umsetzung des Volksgruppengesetzes, das die Rechte der Volksgruppen schützt, die weniger als 20 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen. Dieses Gesetz soll allen Volksgruppen die Teilnahme an der Entscheidungsfindung ermöglichen und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, damit alle Volksgruppen ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln.

### **UMSETZUNG DES NEUEN STRAFVERFAHRENSRECHTS**

Mit Ende 2014 ließ die Mission ihre Bemühungen um den Aufbau von Kapazitäten im Rechtsbereich auslaufen. Dazu zählten umfangreiche 11-tägige Fortbildungsprogramme zum neuen Strafverfahrensrecht, an denen allein im Jahr 2014 über 210 Vertreter der Rechtsberufe teilnahmen. Die Mission verlagerte ihren Schwerpunkt auf die Prozessbeobachtung, um die Umsetzung des neuen Gesetzes und die Einhaltung der Standards für ein faires Verfahren in der Praxis zu überwachen. Abgesehen von den 93 Gerichtsverhandlungen, die von Mitarbeitern der Mission beobachtet wurden, stellte die zivilgesellschaftliche Vereinigung *All for fair Trials* Experten für die Beobachtung von rund 75 Fällen zur Verfügung. Erstmals war auch die Öffentlichkeit in die Beobachtung von 102 Gerichtsverhandlungen eingebunden.

### **UNABHÄNGIGKEIT UND EFFIZIENZ DER JUSTIZ**

Einer der Schwerpunkte der Mission im Jahr 2014 war die Transparenz der Justiz. Die Mission unterstützte die Staatsanwaltschaft bei der Einrichtung eines eigenen Pressebüros im Juli, das in der Folge im Laufe des Jahres 87 Erklärungen und Pressemitteilungen herausgab.

### **UNTERSTÜTZUNG DER WAHLRECHTSREFORM**

2014 fanden Präsidentenwahlen und vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die Mission unterstützte die maßgeblichen Beteiligten bei der weiteren Verbesserung der Wahlordnung, bei der Berücksichtigung der Empfehlungen des ODIHR in der Wahlabwicklung, bei der Förderung des politischen Dialogs durch hochrangige Treffen mit allen politischen Parteien auf zentraler und lokaler Ebene und bei der Überwachung der Sicherheit vor und während der Abhaltung der Wahlen.

### **EINE BESONDERE AUFGABE: FRÜHWARNUNG UND SICHERHEIT**

Frühwarnung ist ein zentraler Teil des Missionsmandats. Dazu gehören neben der zentralen Koordinierungsfunktion des Missionsleiters auch konkrete Feldaktivitäten. Die Mission ist nach wie vor die einzige internationale Organisation im Gastland, die über die Kapazitäten und das Fachwissen verfügt, um landesweit die Entwicklungen vor Ort zu beobachten.



### **AUFBAU EINES INTEGRATIVEN SCHULSYSTEMS**

Eine der Zielsetzungen der Mission ist nach wie vor die Förderung einer Schulpolitik im Einklang mit der Regierungsstrategie für integrativen Unterricht. Die Mission setzte sich mit Erfolg für die offizielle Schaffung einer Arbeitsgruppe unter Führung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft ein, die den Stand der Integrationsprogramme im Land erheben soll. Abgesehen davon flossen außerbudgetäre Beiträge gezielt in die Mediation an Schulen, in die Förderung von Schulen, die sich durch multiethnische Aktivitäten hervortun, und in ein Lehrerausbildungssystem.



Ein Konzert für die Jugend von Skopje war eine der multiethnischen Aktivitäten im Rahmen des Projekts Building Bridges, das die Volksgruppen im ganzen Land einander näherbringen soll.  
Foto: Aleksandar Jovanovski



### **GEMEINSAMES VORGEHEN GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT**

Im Hinblick auf eine verstärkte und nachhaltige grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen dem Gastland und seinen Nachbarn unterstützte die Mission 2014 die Einrichtung eines Kontaktzentrums für Institutionen des Gastlandes und des Kosovo. Sie folgte dabei dem Beispiel der 2013 auf Initiative der OSZE-Präsenz in Albanien eröffneten Gemeinsamen Kontaktzentren für serbische und albanische Institutionen. Zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen erprobten Polizeidienststellen des Gastlandes und Serbiens im Rahmen einer von der Mission unterstützten regionalen Übung den Einsatz von Sonderermittlungsmaßnahmen im Kampf gegen den Drogenschmuggel.

Weitere Aktivitäten der Mission:

- Sie unterstützte die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und jungen Mitgliedern der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Einbindung von Jugendlichen in die öffentliche Ordnung.
- Sie erstellte vier Analysen/Gutachten über die Praxis der Strafbemessung, die Verhängung von Haftstrafen und die Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz.
- Sie förderte in Zusammenarbeit mit dem Helsinki-Komitee die Einrichtung einer eigenen Website, auf der Bürger Fälle von Hasskriminalität melden können.
- Sie trat für die Einhaltung von Good Governance bei der Umsetzung des Gemeinsamen Beurteilungsrahmens – eines Instruments zur Qualitätskontrolle in der öffentlichen Verwaltung – durch die staatlichen Behörden ein.
- Sie veröffentlichte fünf qualitative Analysen der Methodik, die dem Nationalen Integritätssystem zugrunde liegt, und drei Umfragen darüber, wie die Bürger die Korruption im Land wahrnehmen.
- Sie unterstützte gemeinsam mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit den Entwurf einer Zweijahresstrategie für den neuen Medien-Ethikrat.
- Sie unterstützte gemeinsam mit der *US Agency for International Development*

(USAID) den Bau des ersten Gerichtssaals in Štip und eines Gerichtssaals in Skopje, die beide über die volle technische Ausstattung für die Erstellung von Protokollen in Echtzeit verfügen.

- Sie führte eine Erhebung zur Partnerschaft zwischen Polizei und Öffentlichkeit durch.



„Hasskriminalität anzeigen“ ([zlostorstvaodomraza.com](http://zlostorstvaodomraza.com)) fordert die Bürger auf, mutmaßliche Zwischenfälle online zu melden.

Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Text, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

# Die Mission in Moldau

---

Leiter der Mission: **Botschafter Michael Scanlan**

**Haushalt:** 2 180 100 EUR

**Personal:** international 14

lokal 42

[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)

---

Der wichtigste Punkt im Mandat der OSZE-Mission in Moldau ist die Mithilfe bei der Herbeiführung einer dauerhaften und umfassenden politischen Beilegung des Transnistrien-Konflikts unter Achtung der territorialen Integrität von Moldau und Gewährung eines Sonderstatus für Transnistrien. Zu diesem Zweck hilft die Mission beiden Seiten des Dnister/Nistru bei der Anbahnung von Kontakten auf verschiedenen Ebenen. Die Zusammenarbeit reicht vom Kulturaustausch bis hin zu Arbeitsgruppen, die über wirtschaftliche, verkehrstechnische und andere branchenbezogene Fragen verhandeln, und zu Verhandlungen auf höherer politischer Ebene im 5+2-Format.



## **FORTSETZUNG DER GESPRÄCHE ZUR BEILEGUNG DES TRANSNISTRIEN-KONFLIKTS IM JAHR 2014**

Die Mission unterstützte 2014 die 5+2-Gespräche, deren Frequenz sich im Vergleich zu den Vorjahren von fünf auf zwei Runden verringerte. Bei der ersten Gesprächsrunde im Februar in Wien unterzeichneten die Parteien einen protokollarischen Beschluss, der Personen mit ständigem Wohnsitz in Transnistrien eine größere Bewegungsfreiheit einräumt.

Gegen Ende des Jahres gab es häufigere Treffen der Chefverhandler beider Parteien und der Arbeitsgruppen, was zu gewissen Fortschritten in technischen Bereichen führte, die sich auf das tägliche Leben der Menschen auf beiden Seiten des Flusses auswirken. Die Mission unterstützt beide Formate als tragende Säulen des Konfliktbeilegungsprozesses. Bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppen handelt es sich um Experten für verschiedene Bereiche, wie etwa Kommunikation, Verkehr und soziale Fragen. Die OSZE war in diesem Prozess nach wie vor sehr aktiv: Botschafter Radojko Bogojević, der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts, besuchte das Land sechs Mal und die Treffen der Chefverhandler und der Arbeitsgruppen wurden von der Mission unterstützt.



## **ZUSAMMENARBEIT MIT GAGAUSIEN**

Im Laufe des Jahres 2014 setzte die OSZE verschiedene Aktivitäten für die Zivilgesellschaft und die Jugend in Gagausien, eine autonome Verwaltungseinheit in Südmoldau. Es gab Meisterkurse, Praktika und Debatten, die zu einer aktiven Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben anregen sollten. Die gemeinsame Kommission des Parlaments und der Gagausischen Volksversammlung, die für die vollständige Umsetzung

des Gesetzes über die gagausische Autonomie aus dem Jahr 1994 verantwortlich ist, nutzte die OSZE als Auskunftsstelle für Best-Practice-Modelle.

## IM 5+2-PROZESS SIND FOLGENDE PARTEIEN VERTRETEN:

*Moldau und Transnistrien, die Mediatoren – OSZE, Russische Föderation und Ukraine – und die Beobachter – USA und EU*



Im August trat Botschafter Michael Scanlan als Nachfolger von Botschafterin Jennifer Brush sein Amt als Missionsleiter an. Er war davor 23 Jahre im Außenministerium der Vereinigten Staaten tätig, zuletzt als Direktor für osteuropäische Angelegenheiten und als Geschäftsträger der US-Botschaft in Minsk.

### DAS INTERESSE DER NÄCHSTEN GENERATION WECKEN

Die OSZE konzipierte und unterstützte Programme, die den Menschen auf beiden Seiten des Dnister/Nistru ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl geben sollen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Jugendarbeit.

An der von der OSZE unterstützten Sommerschule *Dnister 2014* in Molovata Nouă nahmen im Juli 70 Schüler von beiden Seiten des Flusses teil. In den Kursen ging es um Ökologie, Umweltschutz und die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig sollten sie den Jugendlichen Gelegenheit zu fröhlichen Begegnungen bieten.



*Auftritt von Schülern bei der Schlussveranstaltung der Sommerschule Dnister 2014 in Molovata Nouă am 20. Juli.*



### FORTSETZUNG DER ZUSAMMENARBEIT

An der Bildungsfrente erreichte die OSZE gemeinsam mit den Mediatoren des 5+2-Prozesses Fortschritte bei einem Abkommen, das in Transnistrien den Betrieb von Schulen unter moldauischer Verwaltung ermöglicht, die im Unterricht das lateinische Alphabet verwenden. Dank des 5+2-Prozesses konnte auch eine funktionslos gewordene Industrie-seilbahn über den Fluss, die für die Bevölkerung an beiden Ufern zu einer Gefahr geworden war, erfolgreich entfernt werden. Die Russische Föderation ermöglichte diese komplizierte technische Arbeit durch Bereitstellung eines Schwerlasthubschraubers. Durchgeführt wurde das Projekt von Spezialisten des russischen und des moldauischen Katastrophenschutzdienstes unter voller Kooperation vonseiten Transnistriens und mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union.

Im Juni veranstaltete die Mission in Freising (Deutschland) eine hochrangig besuchte zweitägige Konferenz, bei der Experten in Arbeitsgruppen erörterten, welche vertrauensbildenden Schritte in den Bereichen Wirtschaft, Handel und infrastrukturelle Entwicklung möglich wären, wie die Bewegungsfreiheit verbessert werden kann und wie ökologische und umweltbezogene Probleme bewältigt werden können. Die Konferenz wurde von Deutschland finanziert.

### **MODEL OSCE UND MUSIK**

34 Schüler aus Tiraspol, Comrat und Chişinău nahmen im Oktober in Vadul lui Vodă an der zweiten *Model-OSCE*-Konferenz teil. Bei der dreitägigen Konferenz lernten die Schüler Verhandlungstechniken und sie konnten ihr Wissen über den Aufbau der OSZE und deren Beschlussfassungsprozesse erweitern.

Im September erklang das 13. Ethno-Jazz-Festival, eine der größten Kulturveranstaltungen in Moldau. Mit Bühnen in Chişinău, Bălţi und Tiraspol soll das Projekt, das von der OSZE-Mission in Moldau und anderen lokalen und internationalen Partnern unterstützt wird, durch Musik kulturelle Brücken bauen.



### **SICHERE LAGERUNG ALS AUSBILDUNGSZIEL**

*44 moldauische Militärangehörige schlossen erfolgreich Schulungskurse der OSZE ab, bei denen Kenntnisse über den sicheren Umgang mit Kleinwaffen und leichten Waffen und deren sichere Lagerung vermittelt wurden.*



### **VERBESSERUNGEN IN MUNITIONSDEPOTS**

**PHASE 1:** Abschluss der Sanierung der Munitionsdepots der moldauischen Armee (begonnen 2011)

**PHASE 2:** Weitere Verbesserung der Sicherheitsbedingungen in den Depots (begonnen Ende 2014)

# Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine

---

Leitender Beobachter: **Botschafter Ertuğrul Apakan**

**Haushalt:** 57 181 100 EUR (21. März 2014 bis 20. März 2015)

**Personal:** international 403

lokal 141

[www.osce.org/smm](http://www.osce.org/smm)

---

Die Sonderbeobachtermission (SMM) in der Ukraine – jene OSZE-Mission, die 2014 am stärksten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand, – spielte bei der Sammlung von Fakten über die Krise in der und um die Ukraine und bei der Berichterstattung darüber eine entscheidende Rolle. Durch ihre Präsenz vor Ort fungierte die SMM als Auge und Ohr der internationalen Gemeinschaft und örtliche Dialogvermittlerin.

Nachdem der Ständige Rat am 21. März den Beschluss gefasst hatte, die Mission zu entsenden, wuchs sie rasch auf 358 zivile Beobachter aus 42 Teilnehmerstaaten an.

Als sich die Lage in der Ostukraine verschlechterte, bedeutete dies für die Beobachter, dass sie sich in einem zunehmend hochgefährlichen Einsatzgebiet bewegten.

## MOBILISIERUNG VON BEOBACHTERN

Die Entscheidung über die Einrichtung der Mission – der ersten derartigen OSZE-Mission seit über zehn Jahren – fiel an einem späten Freitagabend. Binnen 24 Stunden trafen die ersten OSZE-Beobachter im Land ein. Während sich die Zentrale der Mission in Kiew befand, wurden Beobachter auch nach Cherson, Odessa, Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Charkiw, Donezk, Dnipropetrowsk, Czernowitz und Luhansk entsandt.



*Beobachter im Gespräch mit einem örtlichen Polizeibeamten in Lemberg.*

## ZU LANDE UND IN DER LUFT

Der Leitende Beobachter, Botschafter Ertuğrul Apakan, begab sich persönlich nach Odessa, Charkiw, Donezk und Lemberg, wo er mit Vertretern der Behörden und der Zivilgesellschaft zusammentraf und sich aus erster Hand ein Bild von den Auswirkungen des Konflikts und der Menschenrechtslage in den einzelnen Regionen machen konnte. Im November berichtete der Leitende Beobachter Apakan in einer Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass die Bewegungsfreiheit der Beobachter nach wie vor eingeschränkt sei,



insbesondere in Horliwka, Kramatorsk, Slowjansk, südlich von Debalzewe und an Orten nahe der ukrainisch-russischen Grenze. Am deutlichsten wurde diese Behinderung durch bewaffnete Gruppen innerhalb der Ukraine, als zwei SMM-Beobacherteams festgehalten wurden.

Zwei aus je vier Personen bestehende Teams von SMM-Beobachtern wurden Ende Mai in der Region Donezk entführt. Es gab keinen Kontakt mit ihnen, bis sie nach mehr als einem Monat freigelassen wurden. Einen Monat zuvor war ein unter deutscher Leitung stehendes multinationales Team von 12 Militärbeobachtern, die in die Ukraine eingeladen worden waren, um eine militärische Verifikation nach Kapitel III des Wiener Dokuments durchzuführen, ebenfalls über eine Woche festgehalten worden.




Um ihre Beobachtungsfähigkeiten auszubauen, begab sich die Mission im Oktober im Rahmen eines erstmaligen Drohneneinsatzes der OSZE in die Luft. Die Drohnen lieferten Luftbilder und -videos, was nicht ganz problemlos vonstattenging. Manche wurden abgeschossen, andere wurden elektronisch gestört und waren zeitweise nicht einsatzfähig.

Im September wurde das Mandat der Mission um weitere sechs Monate verlängert.



*OSZE-Beobachter sichern den Zugang zur Absturzstelle von MH17 nahe Donezk.*

*Foto: Jewgeni Maloletka*

<b>DIE OSZE UND DIE ABSTURZSTELLE VON MH17</b>	
	<i>SMM-Beobachter binnen 24 Stunden vor Ort</i>
	<i>Sicherung des Zugangs für Experten aus Malaysia, den Niederlanden, Australien und der Ukraine</i>
	<i>160 Experten/Ermittler am Höhepunkt der Ermittlungen gleichzeitig vor Ort</i>

### **DIE MISSION UND DER ABSTURZ VON MH17**

Am 17. Juli kamen beim Abschuss des Fluges MH17 der Malaysia Airlines nahe Donezk alle 298 Personen an Bord ums Leben. Der Flug, der von den Niederlanden nach Kuala Lumpur führen sollte, richtete die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit erneut auf die Gewalt in der Ostukraine und stellte die Sonderbeobachtermission der OSZE vor neue Herausforderungen. Bei Krisengesprächen nach dem Absturz kamen die Ukraine, die Russische Föderation und die OSZE überein, dass die SMM die Führung bei der Sicherung des Zugangs zur Absturzstelle für andere internationale Experten übernehmen solle.

Trotz dieser Vereinbarung und der Tatsache, dass die OSZE-Beobachter binnen 24 Stunden an der Absturzstelle waren, bedurfte es fast dreitägiger Gespräche mit den Rebellen, bis das Gelände vollkommen zugänglich war und das Trümmerfeld entsprechend gesichert werden konnte. Am 21. Juli ermöglichte die OSZE niederländischen Gerichtsmedizinern und Bergungsteams, die die Ermittlungen und die Überführung der sterblichen Überreste überwachen sollten, den Zugang zum Unglücksort. Der Zugang zur Absturzstelle wird nach wie vor von der SMM gesichert.



*SMM-Beobachter diskutieren mit örtlichen Gruppen über das Gebiet rund um die Absturzstelle von MH17.  
Foto: Jewgeni Maloletka*

### **RASCHE UND REGELMÄSSIGE BERICHTERSTATTUNG**

Die Entwicklungen in der Ukraine lenkten das internationale Interesse auf die Sicherheitslage in der Region, doch waren es die täglichen Aussendungen der SMM, die die Reporter oft mit gesicherten Fakten versorgten und der internationalen Gemeinschaft halfen, sich ein Bild von der Lage zu verschaffen. Von den staatlichen bis hin zu den sozialen Medien war die SMM häufig die maßgebliche Quelle für Informationen über die Krise.

Wöchentliche Briefings für die Teilnehmerstaaten und zweiwöchentliche Briefings auf Botschafterebene stellten sicher, dass die Entscheidungsträger in der OSZE über die Fakten auf dem Laufenden waren, und themenbezogene Berichte über Binnenvertriebene erfüllten eine Frühwarnfunktion in Bezug auf mögliche weitere Sicherheitsprobleme in der Region. Mit Jahresende gab es in der Ukraine über 508 000 Binnenvertriebene und viele Dörfer waren von der Grundversorgung abgeschnitten – Probleme, auf die die SMM die Vereinten Nationen und NGOs, die humanitäre Hilfe leisten, immer wieder aufmerksam machte. Die SMM gab Informationen über Binnenvertriebene regelmäßig an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen weiter und arbeitete mit UNHCR und UNICEF an der Ausbildung der Beobachter.

## VOR DEN VEREINTEN NATIONEN

In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat im November würdigte der Leitende Beobachter Apakan die Parlamentswahl vom 26. Oktober, die ein neues Klima in der Ukraine geschaffen habe, er berichtete aber auch darüber, dass in der Ukraine laufend militärische Aktivitäten zu beobachten seien, darunter Konvois von nicht gekennzeichneten Lastwagen, schwere Waffen und Panzer in Gebieten, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Botschafter Apakan rief dazu auf, die SMM auf die in ihrem Mandat erlaubte größtmögliche Zahl von 500 Beobachtern zu verstärken.

***„Die Sonderbeobachtermmission ermöglicht zwar weiterhin Initiativen zum Abbau der Spannungen und zur Förderung des Friedens, eine nachhaltige Waffenruhe kann aber nur unter Mitwirkung aller Beteiligten zustande kommen.“***

**Ertuğrul Apakan,**

Leitender Beobachter der Sonderbeobachtermmission der OSZE in der Ukraine, vor dem UN-Sicherheitsrat am  
12. November

SMM-BERICHTERSTATTUNG IN ZAHLEN	
	224 TÄGLICHE BERICHTE
	37 WÖCHENTLICHE BERICHTE
	51 BERICHTE VOM ORT DES GESCHEHENS
	3 THEMENBEZOGENE BERICHTE
	3 REDEN VOR DEM UN-SICHERHEITSRAT
	TAUSENDE Medienclips
	9 675 Twitter-Follower @OSCE_SMM
	2 966 Likes auf Facebook



*Mitglieder der SMM der OSZE bei einem Briefing nahe der Absturzstelle von MH17.  
Foto: Jewgeni Maloletka*

# Der Projektkoordinator in der Ukraine

---

Projektkoordinator: **Botschafter Vaidotas Verba**

**Haushalt:** 2 873 000 EUR

**Personal:** international 3

lokal 41

[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)

---

In einem Jahr der Krise und des Konflikts war der Projektkoordinator in der Ukraine bestrebt, Institutionen und Praktiken zu stärken, die die Grundsätze der Organisation fördern und entscheidend für die Wiederherstellung und Erhaltung der Stabilität im Land sind.

Als am Höhepunkt der Spannungen eine Ausweitung des Konflikts drohte, erhielten die Plattformen für nationalen Dialog starke Unterstützung vonseiten der OSZE. Das in ständigem Wandel befindliche Sicherheitsumfeld konnte die OSZE nicht von ihrem Fortbildungsprogramm abhalten, mit dessen Hilfe Beamte, Juristen, Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden, Journalisten und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft den demokratischen Fortschritt in den einzelnen Regionen aufrechterhalten konnten.

Angesichts neuer Herausforderungen stärkte die OSZE die Fähigkeiten von Katastrophenhelfern, durch die Beseitigung von Blindgängern und Mörserpatronen für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Der Projektkoordinator setzte auch ein Projekt zur Betreuung von Vertriebenen in Gang, in dessen Rahmen mehr als 100 Sozialarbeiter eine Fortbildung erhalten, damit sie Menschen, die infolge des Konflikts ihre Heimat verlassen mussten, psychologische Hilfe leisten können. Der Projektkoordinator half auch Behörden und der Zivilgesellschaft dabei, die Gefahren abzuwenden, die besonders Frauen in dem Konflikt bedrohen, und bemühte sich, Menschenhandel und häusliche Gewalt unter der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung zu verhindern.

## **FÖRDERUNG DES NATIONALEN DIALOGS**



Im März ging der Projektkoordinator auf das Ersuchen der Regierung ein, ein Nationales Dialogprojekt in die Wege zu leiten, das bei der Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts im Land behilflich sein soll. In acht Regionen wurden Experten entsandt, die in zahlreichen Gesprächen mit Menschen aus staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft deren Meinungen und Anliegen erkunden und feststellen

sollten, auf welche Weise die OSZE Hilfe leisten kann.

Die ukrainische Regierung organisierte in Kiew, Charkiw und Mykolajiw mit Unterstützung des OSZE-Vorsitzes und des Projektkoordinators in der Ukraine drei Runde Tische zur nationalen Einheit. Die OSZE veranstaltete eine Konferenz zum Thema Mediation, bei der geprüft werden sollte, auf welche Weise lokale und internationale Dialoginitiativen unterstützt werden können, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Spannungen abzubauen und Reformen zu fördern, die sich die Erfahrungen aus anderen Konflikten in der OSZE-Region – unter anderem auf dem Westbalkan und in Nordirland – zunutze machen.

**„Ich bin davon überzeugt, dass die Ukraine nur dann zu mehr Stabilität, Fortschritt und Wohlstand finden kann, wenn die Menschen bereit sind, einander zuzuhören und miteinander zu sprechen.“**

**Botschafter Hido Bišćević,**

Teamleiter des Nationalen Dialogprojekts der OSZE in der Ukraine



### **EINE NEUE GEFAHR ALS HINTERLASSENSCHAFT DES KONFLIKTS**

Nachdem die militärischen Auseinandersetzungen im Donbass riesige mit Blindgängern und Mörserpatronen übersäte Flächen hinterlassen hatten, sorgte der Projektkoordinator dafür, dass der zivile Minenräumdienst der Ukraine besser in der Lage war, die betroffenen Gebiete zu säubern und die Bevölkerung vor Unfällen zu schützen. Die OSZE stellte dem staatlichen Katastrophenschutzdienst 50 Garnituren Schutzausrüstung zur Verfügung und die Bevölkerung wurde in einer Informationskampagne auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Schulen in der Region Luhansk erhielten 7000 Übungsbücher mit Sicherheitsanweisungen für Kinder, falls sie einen gefährlichen militärischen Gegenstand finden.



*Roman Abramow, Leiter eines Pyrotechnik-Teams der Regionalen Katastrophenschutzabteilung von Poltawa, erklärt Kindern die Gefahren durch Blindgänger im Zuge einer Informationskampagne, die mit OSZE-Unterstützung in einer Schule der zentralukrainischen Region Poltawa durchgeführt wurde.*

### **DER KONFLIKT UND DIE PRESSE**

Wegen des entscheidenden Beitrags, den Nachrichten und Medien zur Deeskalation eines Konflikts leisten können, waren dem Projektkoordinator die Sicherheit der Journalisten und die Medienethik ein besonderes Anliegen. Angesichts der bitteren Erfahrungen zu Beginn des Jahres 2014, als zahlreiche Berichterstatter verletzt wurden, brachte die OSZE Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden und Journalisten dazu, sich zusammenzusetzen und gemeinsam einen Ratgeber unter dem Titel *Interaction Between Journalists and Police Officers during Mass Events and Crisis Situations* auszuarbeiten. Die Publikation, die auf Sicherheits- und Rechtsfragen eingeht, enthält Empfehlungen für die Zusammenarbeit bei Massenveranstaltungen.



### **KRISENLEKTIONEN FÜR JURISTEN**

Neben der Unterweisung von 911 Richtern über Änderungen der Wahlordnung half die OSZE Juristen bei der Bewältigung anderer Herausforderungen, indem sie 750 Vertretern der Rechtsberufe eine krisenbezogene Schulung anbot, deren Themen vom rechtswidrigen Festhalten bis zu Problemen der Vertriebenen reichten.

## **WAHLUNTERSTÜTZUNG**

Angesichts zweier vorgezogener Wahlen (die Präsidentenwahl im Mai und die Parlamentswahl im Oktober) war es dem Projektkoordinator ein Anliegen, dass die Wahlgänge von gut ausgebildeten Mitgliedern der Wahlkommissionen abgewickelt werden. Für die Ausbildung wurde eine neue Internetplattform zur Verfügung gestellt und 500 000 Wahlhandbücher wurden in alle Regionen des Landes geliefert. Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlen als Mittel zur Einflussnahme auf die Regierungsgeschäfte wiederherzustellen, sorgte der Projektkoordinator auch für Informationskampagnen in Fernsehen, Radio und Internet, in denen die Wähler über ihre Rechte informiert und darauf aufmerksam gemacht wurden, dass sie in die Wählerverzeichnisse eingetragen sein müssen, um von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen zu können. Das war besonders für jene Wähler wichtig, die aus ihren Heimatorten vertrieben worden waren.



*Zur Verhinderung von Wahlbetrug bei der vorgezogenen Präsidentenwahl in der Ukraine am 25. Mai wurde jeder Stimmzettel einzeln nummeriert und von Hand gestempelt.*

# Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

---

Leitender Beobachter: **Paul Picard**

**Haushalt:** 592 100 EUR

**Personal:** 17 (Stand: 31. Dezember 2014)

[www.osce.org/om](http://www.osce.org/om)

---

Nachdem sich die Lage in der Ostukraine nicht beruhigt hatte, trafen sich die Außenminister von Frankreich, Deutschland, Russland und der Ukraine im Juli in Berlin, wo sie die OSZE ersuchten, Beobachter an die russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk zu entsenden. Die Minister riefen auch zu einem regelmäßigen und zügigen Austausch maßgeblicher Informationen zwischen Russland, der Ukraine und der OSZE auf.

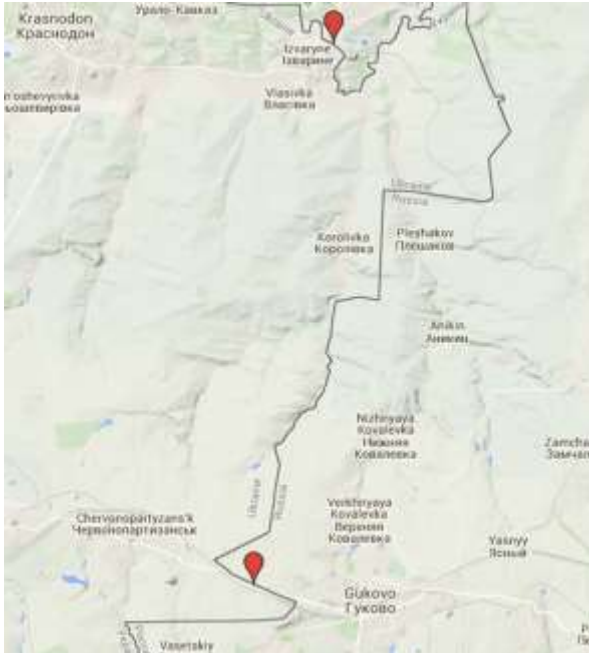
Am 24. Juli verabschiedete der Ständige Rat im Anschluss an eine Einladung aus der Russischen Föderation einen Beschluss über die Entsendung einer Beobachtermission an die beiden russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk. Die Beobachtermission war binnen weniger Tage einsatzfähig und wuchs auf 16 Beobachter an. Im Dezember verlängerte der Ständige Rat die Mission bis 23. März 2015 und genehmigte gleichzeitig eine Aufstockung von 16 auf 22 Beobachter.

Die Mission ist Teil der umfassenden Bemühungen der OSZE um objektive und präzise Informationen über die Sicherheitslage in der Ukraine, die Anbahnung von Kontakten zwischen den Konfliktparteien und die Aufrechterhaltung eines Dialogs, der niemanden ausschließt. Die Beobachter sind unbewaffnet und zu Unparteilichkeit und Transparenz verpflichtet; sie liefern den Teilnehmerstaaten und der Öffentlichkeit regelmäßig Berichte.

Die Beobachter haben nicht den Auftrag, Ausweise zu kontrollieren, Fracht zu inspizieren oder an den Kontrollposten in irgendeiner Weise einzuschreiten, sondern sie vermerken und melden Bewegungsmuster, darunter militärische Bewegungen, ukrainische Flüchtlinge, die fliehen und danach in die Ostukraine zurückkehren, sowie russische Konvois, die die Kontrollposten passieren. Die Berichte der Beobachtermission sind für den OSZE-Vorsitz und die Teilnehmerstaaten eine sehr wertvolle Quelle neutraler, unparteiischer und detaillierter Informationen, die ein Bild von der sich ändernden Dynamik an den beiden Kontrollposten vermitteln.






Nachdem am 5. September eine Waffenruhe erklärt worden war, konnten die Beobachter eine spürbare Verbesserung der Sicherheitslage und die Rückkehr zahlreicher Familien in die Ukraine feststellen. Bei allem Auf und Ab im Ausmaß der Aktivitäten und der Gewalt in der Region war die OSZE-Präsenz an der Grenze für die Bürger stets erkennbar.

Die Beobachtermission verhalf der OSZE auch in den russischen Medien zu größerer Aufmerksamkeit, da die wöchentlichen Pressekonferenzen der Mission gut besucht waren und in den Nachrichten großen Widerhall fanden.



Die Beobachtermission der OSZE ist an zwei russischen Kontrollposten präsent: Gukowo und Donezk.

## DIE GRENZBEOBACHTUNG IN ZAHLEN

	20 WÖCHENTLICHE BERICHTE
	13 BERICHTE VOM ORT DES GESCHEHENS
	14 500+ STUNDEN EINSATZ AN DER GRENZE
	1 130 000 PERSONEN BEIM PASSIEREN DER GRENZE BEOBACHTET
	100 000+ GEFAHRENE KILOMETER
<i>(Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum 29. Juli bis 31. Dezember.)</i>	

## CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE:

**2. Juli:** In der Berliner Erklärung wird die Entsendung von OSZE-Beobachtern an die russisch-ukrainische Grenze gefordert.

**14. Juli:** Der russische Außenminister Lawrow lädt OSZE-Beobachter an die Kontrollposten Gukowo und Donezk ein.



**24. Juli:** Mit Beschluss Nr. 1130 des Ständigen Rates wird die Beobachtermission eingerichtet.

**29. Juli:** Fünf Beobachter treffen ein und setzen die Mission in Gang.

**15. August:** Die Beobachtung der Kontrollposten rund um die Uhr beginnt.

**5. September:** Eine Waffenruhe wird erklärt.



*„Wir sahen eine Gegenbewegung, zurückkehrende Flüchtlinge. Das ständige Schießen hörte augenblicklich auf.“*

*Der Leitende Beobachter Paul Picard  
über die Entwicklungen kurz nach der Feuereinstellung*

**1. bis 4. August:** Die Beobachtermission interveniert, um 437 ukrainischen Grenzsoldaten, die von Bewaffneten eingeschlossen worden waren, eine sichere Rückkehr zu ermöglichen.



**DURCHSCHNITTLICH 100 MILITÄRISCH GEKLEIDETE MÄNNER  
UND FRAUEN PASSIEREN TÄGLICH DIE GRENZE.**

### **GESCHICHTEN VON DER GRENZE: SICHERE RÜCKKEHR ERMÖGLICHT**

Am 1. August ersuchten Angehörige ukrainischer Soldaten, die von bewaffneten Gruppen eingeschlossen und angegriffen worden waren, die Beobachtermission der OSZE, den über 400 ukrainischen Soldaten das Passieren des Grenzübergangs Gukowo und die sichere Rückkehr auf unter Regierungskontrolle stehendes ukrainisches Territorium zu ermöglichen. Sie waren von ihrer Logistikkette abgeschnitten und ohne Nachschub.

Am 4. August passierten 437 ukrainische Soldaten den Grenzübergang Gukowo und wurden danach von den russischen Behörden über Grenzübergänge, die unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung standen, zurück in die Ukraine eskortiert.

Die OSZE vermittelte zwischen Vertretern der russischen und der ukrainischen Verteidigungskräfte, um den ukrainischen Soldaten das Passieren der Grenze zu ermöglichen, das in Wellen am 2. August begann und bis in die frühen Morgenstunden des 4. August andauerte. In den folgenden Tagen wurden alle ukrainischen Soldaten über eine sichere Route in die Ukraine zurückgebracht.

Als die erste Welle von Ukrainern unversehrt nach Hause zurückgekehrt war, sandte die Mutter eines der Rückkehrer folgende SMS an Ion Savciuc, einen Ersthelfer bei der Beobachtermission, in der sie sich für die Hilfe der OSZE bedankte: „Ion, vielen Dank, dass Ihr unsere Kinder gerettet habt! Ich werde bis an mein Lebensende für Euch beten! Die Mutter von Alexander.“ Alexander war der Offizier, der am Samstag, dem 2. August, die ersten elf Ukrainer über den Grenzübergang Gukowo geführt hatte.

Der Leitende Beobachter Paul Picard schrieb in seinem Bericht über die Nachricht der Mutter und die Mitwirkung der OSZE am Rücktransport Hunderter anderer ukrainischer Soldaten in ihre Heimat an diesem Wochenende: „Wir haben heute den Eindruck, dass unsere Arbeit

Früchte getragen hat und dass die OSZE trotz des sehr begrenzten Mandats der Beobachtermission etwas Positives bewirken konnte und über das Wochenende sicherlich viele Menschenleben gerettet hat.“

# Der Projektkoordinator in Baku

---

Projektkoordinator: **Botschafter Alexis Chahtahtinsky**

**Haushalt:** 1 800 000 EUR

**Personal:** international 5

lokal 13

[www.osce.org/baku](http://www.osce.org/baku)

---

Im ersten Jahr ihrer neuen Funktion als Projektkoordinator in Baku unternahm die OSZE viel zur Förderung von Toleranz und Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften, schloss eine längerfristige Vereinbarung über weitere kooperative Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, leistete zur Förderung von Transparenz und Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen Hilfestellung für gute Regierungsführung und bildete örtliche Amtsträger für das Vorgehen gegen Gewalt in der Familie aus.

## UMBAU EINER MISSION

Der Neujahrstag des Jahres 2014 war für die OSZE in Aserbaidschan ein Neubeginn, wurde doch das OSZE-Büro in Baku mit diesem Tag offiziell zum OSZE-Projektkoordinator in Baku. Sein Mandat betraut den Projektkoordinator mit der Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung von Aserbaidschan und der OSZE, mit dem Ziel, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen umzusetzen, mit der Planung und Durchführung von Projekten zu allen drei Aspekten des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE und zu diesem Zweck mit der Pflege von Kontakten mit staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, örtlichen Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen und NGOs in Aserbaidschan.



## FÖRDERUNG VON TOLERANZ UND DIALOG ZWISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Im November 2014 veranstalteten die OSZE, die Regierung von Aserbaidschan, der *Caucasus Muslim Board* und die UNESCO eine internationale Konferenz zur Förderung religiöser Toleranz. Vertreter von staatlicher Seite, internationalen Organisationen und Religionsgemeinschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen kamen mit internationalen Experten aus elf Teilnehmerstaaten zusammen, um den Zusammenhang zwischen interkonfessionellem Dialog, Sicherheit und Demokratie zu erörtern. Die Teilnehmer an der Konferenz tauschten sich auch über Möglichkeiten zur Verhinderung von Radikalisierung und zur Förderung von Toleranz und Multikulturalismus als wichtige Faktoren für Frieden, Fortschritt und Entwicklung aus.

Der Projektkoordinator arbeitete auch mit dem Bildungsministerium zusammen, das den Holocaust-Unterricht im Rahmen der nationalen Lehrpläne überarbeitete und verbesserte.



Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Leiter des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz, **Didier Burkhalter** (links), begrüßt beim Zusammentreffen mit dem Präsidenten von Aserbaidschan, **Ilham Aliyev**, am 2. Juni 2014 die Einrichtung des Büros des OSZE-Projektkoordinators in Baku.



Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften auf der Konferenz zur Stärkung religiöser Toleranz am 17. und 18. November 2014 in Baku.



### **DEM MENSCHENHANDEL IN ASERBAIDSCHAN EIN ENDE MACHEN**

Die OSZE und USAID kamen überein, die Bemühungen der Regierung von Aserbaidschan um eine verstärkte Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsarbeit zu unterstützen und zu diesem Zweck Unterkünfte für Opfer des Menschenhandels bereitzustellen, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu heben und zur Stärkung der auf diesem Gebiet tätigen zivilgesellschaftlichen Organisation beizutragen. Die OSZE unterstützte dazu auch eine Studienreise von neun Experten aus Aserbaidschan nach Ungarn.

## HILFESTELLUNG FÜR GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Die OSZE setzte ihre Unterstützung der aserbaidischen Behörde für öffentliche Dienste und soziale Innovation in den Bereichen Good Governance, Transparenz und Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen fort, indem sie für 200 neu eingestellte Mitarbeiter von ASAN-Servicezentren – des neuen One-Stop-Shops für öffentliche Dienstleistungen – eine Managementausbildung durchführte. Die OSZE unterstützte die Zentren auch bei der Vorbereitung auf die Zertifizierung durch die Internationale Normungsorganisation und auf die Zulassung durch ein internationales System für Arbeitsschutzmanagement.



## VORGEHEN GEGEN GEWALT IN DER FAMILIE

Der Projektkoordinator veranstaltete für Angehörige der Justiz, Polizeibeamte, regionale Amtsträger und Sozialarbeiter Kurse für Ausbilder, in denen diese lernten, wie man die vorhandenen Rechtsvorschriften zum Zweck der Verhütung häuslicher Gewalt wirksam anwendet. Die OSZE unterstützte auch eine Studienreise nach Österreich für zwölf Vertreter staatlicher Behörden und der Zivilgesellschaft von Aserbaidschan, um diesen vorbildliche Methoden der Bereitstellung und Verwaltung von Unterkünften und Dienstleistungen für Opfer des Menschenhandels zu zeigen.



*Botschafter Alexis Chahtahtinsky (links), OSZE-Projektkoordinator in Baku, und Dereck Hogan, Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika in Baku, bei der Unterzeichnung der für drei Jahre geplanten Vereinbarung zur Unterstützung der Bemühungen Aserbaidschans um die Bekämpfung des Menschenhandels im November 2014.*

*ASAN-Zentren sind One-Stop-Shops für öffentliche Dienstleistungen*



# Das Büro in Eriwan

---

Büroleiter: **Botschafter Andrei Sorokin**

**Haushalt:** 2 862 000 EUR

**Personal:** international 7

lokal 40

[www.osce.org/yerevan](http://www.osce.org/yerevan)

---

Zusätzlich zu seinen bisherigen Aktivitäten in allen Sicherheitsdimensionen setzte das Büro in Eriwan 2014 im Einklang mit den Prioritäten des Schweizer Vorsitzes einen Schwerpunkt im Bereich Jugendarbeit. Das Büro förderte auch Reformen im Sicherheitsbereich, unterstützte NGOs auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge und förderte neue Bemühungen, die Demokratie auf kommunaler Ebene durch den Einsatz von Bürgerbefragungen auszubauen.

## **BREITE EINBINDUNG VON JUGENDLICHEN**

Das OSZE-Büro in Eriwan war das ganze Jahr hindurch bestrebt, mit seiner Arbeit die Jugendlichen Armeniens auf vielfältige Weise einzubinden, angefangen von journalistischen Praktiken über Modellprozesse bis hin zu OSZE-Veranstaltungen.

Eine vom Büro ausgerichtete *Model-OSCE*-Veranstaltung gab 60 jugendlichen Botschaftern die Möglichkeit, sich in internationalen Beziehungen und Verhandlungsführung zu üben. Mit Unterstützung der OSZE veranstaltete das Büro in Eriwan einen landesweiten Debattierwettbewerb für Studenten aus sechs Regionen Armeniens zum Thema „Gefährdung von Männern, Frauen und Kindern durch den Menschenhandel“. Gymnasiasten aus Idschewan wickelten im Wettstreit miteinander ein fiktives Gerichtsverfahren ab, wodurch ihr Interesse für Rechtsvorschriften und Gerichtsverfahren geweckt werden sollte. Bei einem viertägigen Workshop zur Korruptionsbekämpfung, den das Büro organisiert hatte, versuchten sich fünfundzwanzig junge Menschen im Zuge interaktiver Spiele und Debatten in investigativem Journalismus und Fotoreportage. Jugendliche aus nationalen Minderheiten Armeniens erhielten eine Einführung in die Menschenrechte und die Grundsätze von Freiwilligenarbeit und konnten bei einem einwöchigen Camp, das einer Initiative der OSZE zu verdanken war, ihre Erfahrungen austauschen. In mehreren Regionen wurden Workshops abgehalten, durch die die Koordination und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, die sich mit jugendlichen Straftätern und Kinderrechten befassen, verbessert wurde.

## **LICHTEN DES VORSCHRIFTENDSCHUNGELS**



2014 bildeten die Bereiche Steuern und Zölle, das Verkehrs- und Gesundheitswesen sowie auswärtige Angelegenheiten den Schwerpunkt der Überprüfung der Rechtsvorschriften. Ziel der Reform ist es, die Kosten für unternehmerische Tätigkeit in Armenien um mindestens 50 Prozent zu senken. Abgesehen von den Vorteilen für Wirtschaft und Investoren könnten die Reformen nach ihrer vollständigen Umsetzung

langfristig eine Steigerung des armenischen BIP um 0,6 Prozent bewirken. Das Nationale Zentrum für Rechtsvorschriften gab im September bekannt, dass durch die empfohlenen Reformen eine 50-prozentige Kostenersparnis erzielt werden kann.

## FÖRDERUNG DER DIREKTEN DEMOKRATIE AUF LOKALER EBENE

Nach Abstimmung mit den Ministerien für Justiz und für territoriale Verwaltung und der zentralen Wahlbehörde beauftragte das Büro zwei Experten damit, den Beamten bei der Novellierung der armenischen Rechtsvorschriften für Bürgerbefragungen auf lokaler Ebene behilflich zu sein. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe, Parlamentarier sowie ein Fachmann aus der Zivilgesellschaft reisten in die Schweiz und nach Deutschland, um dort bewährte Verfahren für Bürgerinitiativen und Volksbefragungen kennenzulernen.



Teilnehmer an einem von der OSZE unterstützten Antikorruptionkurs für armenische Jugendliche am 3. Dezember 2014 in Zschkadsor.



## UNIVERSAL RIGHTS AWARD

Im Juni ehrten die OSZE und ihre internationalen Partner Personen, die sich für die Förderung von Menschenrechten, guter Regierungsführung und Bürgerbewegungen in Armenien eingesetzt haben, und verliehen ihnen im Rahmen einer zum dritten Mal stattfindenden Feier in Eriwan den *Universal Rights Award*. Der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister Davit Tonoyan erhielt die Auszeichnung für seine Bemühungen um die Förderung der Menschenrechte in der Armee. Weitere Preisträger waren die Rechtsanwältin Artak Zeynalyan und Ara Ghazaryan (Verteidigung der Freiheitsrechte), die Initiative *We are not paying 150 Drams* (Bürgeraktivismus), Lara Aharonian vom Frauenressourcenzentrum (Mutige Frauen), Hetq.am (Medienexzellenz), Lusine Avetyan, Bürgermeisterin des Dorfes Karahundsch (Reform der Kommunalverwaltung), und Laura Movsisyan, Leiterin des Zentrums für pädiatrische Rehabilitation (Gemeinnützige Arbeit).



*William Hanlon*, Stellvertretender Leiter des OSZE-Büros in Eriwan (rechts) beglückwünscht *Davit Tonoyan*, Erster Stellvertretender Verteidigungsminister von Armenien, der im Zuge der feierlichen Verleihung der *Universal Rights Awards* am 19. Juni 2014 in der Botschaft des Vereinigten Königreichs in Eriwan für seine Reformtätigkeit auf Regierungsebene geehrt wurde.

## **REFORM DES SICHERHEITSSEKTORS**

2014 wurden mehrere internationale Seminare und Diskussionsrunden veranstaltet, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Zivilbevölkerung und Militär sowie zwischen Polizei und Öffentlichkeit, die Verwaltung des Wehrwesens und die finanzielle Kontrolle des Sicherheitssektors zu fördern. Das Büro war bei der Übersetzung von Schlüsseldokumenten des Sicherheitsbereichs ins Armenische behilflich.

Die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium galt erneut den Schwerpunkten Professionalisierung des Militärpersonals, Förderung der Menschenrechte in den Streitkräften und Senkung der Kriminalität. Gemeinsam mit der Regierung des Gastlandes veranstaltete das Büro einen internationalen Workshop zum OSZE-Verhaltenskodex, der dazu beitrug, Wissen, Erfahrung und nachahmenswerte Verfahren in Bezug auf Governance und Reform des Sicherheitssektors weiterzugeben.

## **NATIONALER MECHANISMUS ZUR VERHÜTUNG VON FOLTER**

Unterstützt durch das Büro konnten Mitglieder des Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Mitarbeiter der Menschenrechtsanwaltschaft vertreten sind, Gefängnisse im ganzen Land besichtigen. Das Ergebnis dieser Besichtigungen waren Empfehlungen an die zuständigen staatlichen Behörden in Bezug auf die Behandlung der Häftlinge, einschließlich der Gesundheitsbetreuung und der Haftbedingungen.



## **KATASTROPHENVORSORGE**

Im Zuge seiner Arbeit im Bereich Umweltsicherheit unterstützte das Büro zwei örtliche NGOs bei der Ausarbeitung einer nationalen Strategie für die Verhütung von Wald- und Buschbränden, schickte Katastrophenmanager für die Ausbildung in Waldbrandbekämpfung in die Türkei und sorgte dafür, dass Mitarbeiter von fünfzehn Aarhus-Zentren eine Fortbildung in den Bereichen Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel erhielten.



# Das Zentrum in Aschgabat

---

Leiter des Zentrums: **Botschafter Ivo Petrov**

**Haushalt:** 1 526 900 EUR

**Personal:** international 6

lokal 19

[www.osce.org/ashgabat](http://www.osce.org/ashgabat)

---

2014 beging das OSZE-Zentrum in Aschgabat (Turkmenistan) den 15. Jahrestag seines Bestehens mit einer Rekordzahl an Projekten. In diesem Jahr, in dem auch der Abzug der internationalen Truppen aus dem benachbarten Afghanistan begann, legte das Zentrum besonderen Nachdruck auf Ausbildung in der Grenzsicherung, Hilfestellung bei der Demokratisierung und Arbeit im Bereich Good Governance, womit es zu den Bemühungen des Gastlandes um Verbesserung des Grenzmanagements, Erweiterung seines Wirtschaftsportfolios und Umsetzung der Rechtsreformen beitrug.

## **SICHERUNG DER GRENZEN**

2014 startete das Zentrum ein Projekt zur Stärkung der Kapazitäten der turkmenischen Grenzwahe. In der ersten Phase, die am Grenzübergang Imamnazar an der turkmenisch-afghanischen Grenze stattfand, wurden 22 Grenzschrützer aus Turkmenistan in Techniken der Grenzsicherung und in medizinischer Hilfe unterwiesen.

200 Kadetten der Akademie für Grenzmanagement in Aschgabat und der Marineakademie in Turkmenbaschy erwarben in OSZE-Kursen technisches Fachwissen für die Grenzsicherung zu Lande und zur See und in Bezug auf Managementverfahren.

Das Zentrum befasste sich auch mit Containerverschiffung und Flugsicherheit. Zu diesen Themen veranstaltete es Schulungen und Studienbesuche in München und Montreal für Mitarbeiter der Luftfahrt- und der Strafverfolgungsbehörden.



## **RÜSTUNGSKONTROLLE UND VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN**

Das Zentrum arbeitete auch in diesem Jahr mit der Regierung des Gastlandes an Verbesserungen im Umgang mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und konventioneller Munition und veranstaltete zu diesem Zweck Schulungskurse und Studienbesuche, bei denen sich Militärangehörige und Strafverfolgungsbeamte mit international und national vorbildlichen Praktiken vertraut machen konnten.

Das Zentrum stärkte auch die Kompetenz von Angehörigen der Verteidigungs- und der Sicherheitskräfte in Bezug auf die Durchführung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und leistete bei zuständigen Beamten Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Bekämpfung des illegalen Handels mit chemischem, biologischem, radiologischem und nuklearem Material.

## **AUFBAU VON KAPAZITÄTEN IN STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDEN**

Das Zentrum unterwies 23 Strafverfolgungsbeamte in Methoden zur Unterbindung des grenzüberschreitenden Transports von Drogen und chemischen Vorläufersubstanzen und

ermöglichte den Austausch von Kenntnissen über Strafverfolgungspraktiken im Verkehrswesen durch einen Studienbesuch leitender turkmenischer Verkehrssicherheitsbeamter in der Türkei.



*Turkmenische Grenzsicherheitskräfte lernen die taktische Verwundetenversorgung bei einem Allgemeinen Patrouillen-Ausbildungskurs am turkmenisch-afghanischen Grenzübergang Imamnazar.*

### **GOOD GOVERNANCE ALS ZIELVORGABE**

Das OSZE-Zentrum in Aschgabat unterstützte die Schaffung des Ressourcenzentrums für Good Governance (GGRC) in den Räumlichkeiten des turkmenischen Finanzministeriums. Das GGRC unterstützt das Ministerium im Kampf gegen Korruption und Geldwäsche und dient als zentrale Anlaufstelle für Aufklärung über Good-Governance-Praktiken und für die Herstellung von Kontakten zu verschiedenen Akteuren. Bei einem Studienbesuch in Lettland konnten einschlägige Fachleute aus Turkmenistan lettische Good-Governance-Praktiken kennenlernen.



### **ARBEIT IN DEN BEREICHEN ENERGIE UND UMWELT**

In dem Bestreben, das an Öl- und Gasvorkommen reiche Turkmenistan bei der Diversifizierung und Stärkung seines Energieportfolios zu unterstützen, setzte das Zentrum die Serie von Workshops zum Thema Energiediplomatie fort, indem es unter einschlägigen Regierungsbeamten und Fachleuten eine Diskussion über Mechanismen der Gaspreisbildung ermöglichte. Das Zentrum veranstaltete auch ein Seminar, das der Herstellung von Kontakten unter Fachkollegen und der Information über vorbildliche Praktiken diente. Ziel war die Einrichtung eines nationalen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energie in den Räumlichkeiten der Staatlichen turkmenischen Hochschule für Energiewirtschaft in Mary.

Das OSZE-Zentrum erweiterte im Jahr 2014 auch das turkmenische Netzwerk im Rahmen der Aarhus-Konvention und eröffnete Öffentliche Umweltinformationszentren in Turkmenbaschy und Turkmenabat, um die Bürgerbeteiligung und den Wissenstransfer in Umweltfragen voranzutreiben. An den einschlägigen Ausbildungsprogrammen im ganzen Land nahmen über 180 Personen teil.



### **MEDIENENTWICKLUNG**





Das Zentrum stellte fachliche Beratung in Bezug auf die gesetzliche Regelung des Internets, von Online-Medien und des Rundfunks bereit. Es unterwies Journalisten im Umgang mit neuen Technologien, im Verfassen von Artikeln und Interviewtechniken und vermittelte Content-Managern staatlicher Stellen Kenntnisse im Hinblick auf die Inbetriebnahme und richtige Betreuung von Webseiten.



Ein Ausbilder mit Teilnehmern bei einem Schulungskurs über den Einsatz neuer Technologien im Journalismus.

## RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG IM BEREICH MENSCHENRECHTE

Die OSZE unterstützte Rechtsberatung für:

	<b>154</b>	EINZELPERSONEN
	<b>43</b>	BERUFUNGEN
<i>Ausbildung im Jahr 2014:</i>		
	<b>48</b>	AUSBILDUNGSVERANSTALTUNGEN
	<b>1 249</b>	TEILNEHMER

### IN EIGENEN WORTEN

#### START DES ERSTEN FRAUENHAUSES UND EINER FRAUEN-HOTLINE IN TURKMENISTAN



*„2014 setzte die öffentliche Organisation ‚Keik Okara‘ mit Unterstützung des OSZE-Zentrums in Aschgabat ihre Arbeit zur Verhütung von Gewalt in der Familie fort. Sie richtete eine Hotline für häusliche Gewalt und ein Unterstützungszentrum für Opfer ein. Es gab drei Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung in Genderfragen und in Bezug auf häusliche Gewalt. Unsere Organisation weiß die Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum sehr zu schätzen. Dadurch können wir Menschen, die mit einer*

*schwierigen Familiensituation konfrontiert sind, gezielt rechtlichen, psychologischen und sozialen Beistand leisten.“*

**Sabir Agabalajew**

Stellvertretender Vorsitzender der öffentlichen Organisation „Keik Okara“, die sich der Stärkung der Rolle der Familie in der Gesellschaft annimmt

#### FÖRDERUNG DER RELIGIONSFREIHEIT

Auf Initiative des OSZE-Zentrums versammelten sich 23 Parlamentarier, Regierungsvertreter und Strafverfolgungsbeamte zu einem Gespräch über Religions- und Glaubensfreiheit. Bei einem Studienbesuch in Belgien konnten vier Beamte aus Turkmenistan die dortigen

Gepflogenheiten in Bezug auf Religions- und Glaubensfreiheit kennenlernen.

#### **UNTERSTÜTZUNG DER PARLAMENTSARBEIT**

Nachdem 2014 ein neues Parlament zusammengetreten war, leistete die OSZE diesem Unterstützung, indem sie 25 Abgeordnete in der Formulierung von Gesetzestexten unterwies.

#### **BEWUSSTSEINSBILDUNG IN BEZUG AUF DIE RECHTE VON STRAF- GEFANGENEN**

Das Zentrum unterrichtete 25 Justizvollzugsbeamte über die Rechte von Strafgefangenen und unterstützte einen Studienbesuch zum Thema Gefängnisverwaltung im Vereinigten Königreich. Das Zentrum beriet Turkmenistan auch bei der Novellierung des Strafgesetzbuchs, das nun eine Entlassung auf Bewährung vorsieht, wenn der Häftling einer elektronischen Überwachung zustimmt.

# Das Zentrum in Astana

Leiterin des Zentrums: **Botschafterin Natalja Sarudna**

**Haushalt:** 2 237 000 EUR

**Personal:** international 4

lokal 22

[www.osce.org/astana](http://www.osce.org/astana)

Das OSZE-Zentrum in Astana stand im Jahr 2014 in engem Kontakt mit den Behörden des Gastlandes und der Zivilgesellschaft. Gegenstand der Zusammenarbeit waren grenzüberschreitende Bedrohungen, die Stärkung der regionalen Sicherheit, die Förderung von Good Governance und der Grundfreiheiten, der Kampf gegen Korruption und Geldwäsche, Beiträge zur Sicherheit der Energie- und Wasserversorgung, die Einleitung von Reformen in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug und die Förderung einer Mitsprachekultur unter Jugendlichen. Das Zentrum erweiterte seinen geografischen Tätigkeitsbereich um eine regionale Perspektive und fügte neue Themen zu seinem Projektportfolio hinzu, da dies aufgrund der Bedürfnisse des Gastlandes und sich abzeichnender Sicherheitsbedrohungen geboten erschien.



## STÄRKUNG DER REGIONALEN SICHERHEIT

In 19 Seminaren unter Beteiligung internationaler Experten setzte das Zentrum Qualifizierungsmaßnahmen für rund 940 Strafverfolgungsbeamte aus dem ganzen Land in Bezug auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des illegalen Handels mit Drogen und Waffen, des Menschenhandels und der Gewalt in der Familie. Es startete Projekte zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Sprengstoffen,

Drogen und gefälschten Produkten unter Einsatz von Hunden und neuester Technik. Es vermittelte Fachkenntnisse in Bezug auf Internetkriminalität, die Steuerung öffentlicher Versammlungen, Grenzsicherung und Dokumentensicherheit und intensivierte gemeinsam mit seinen Partnern die Bemühungen im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und Terrorismus, insbesondere im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die Jugend. Das Zentrum förderte auch weiterhin die Umsetzung von Dokumenten über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen auf regionaler Ebene.



*Während einer Praxisübung im Hundeabrichtezentrum des Zollkomitees: ein Hundeführer sucht mit einem Labrador nach versteckten Sprengstoffen in einem Kleinbus, Almaty, 31. Oktober 2014.*

*Studenten und Absolventen des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks der OSZE (CAYN), das 2014 seinen 10. Jahrestag beging, beim gemeinsamen Fototermin mit einigen Fachvortragenden und Vermittlern beim diesjährigen Seminar, Almaty, 26. August 2014 (OSZE).*



### **DAS INTERESSE DER JUGEND WECKEN**

Im Einklang mit dem vom Vorsitz gewählten Themenschwerpunkt Jugendarbeit konnte das Zentrum rund 720 Jugendliche für seine Veranstaltungen gewinnen. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks veranstaltete das Zentrum mit finanzieller Unterstützung der Vereinigten Staaten ein Seminar für Universitätsstudenten und Absolventen des Netzwerks aus allen zentralasiatischen Ländern, der Mongolei und Afghanistan. Das

Zentrum unterstützte auch das Zentralasiatische Leadership-Programm für junge Umweltschützer und setzte Menschenrechte und Grundfreiheiten an prominente Stelle der Tagesordnung der jährlichen ZhasCamp-Veranstaltung (Zhas bedeutet Jugend) und des Forums der Studenten der Rechtswissenschaften.



### **GOOD GOVERNANCE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

Im Rahmen seines Good-Governance-Portfolios leistete das Zentrum Kasachstan Hilfestellung bei der Förderung von Standards der örtlichen Selbstverwaltung und bewährten Praktiken. Dies geschah im Rahmen von neun Seminaren und Schulungsveranstaltungen, die landesweit für 785 Teilnehmer abgehalten wurden. Korruptionsbekämpfung und die Unterbindung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zählten nach

wie vor zu den Prioritäten des Zentrums. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Akteuren half es der Regierung, der Justiz, dem Bankensektor und der Zivilgesellschaft beim Erwerb von Wissen über fortschrittliche Techniken und Methoden zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Bei verschiedenen nationalen und internationalen Veranstaltungen, die der Energieeffizienz, der rationellen Nutzung natürlicher Ressourcen und der Förderung der Grundsätze des grünen Wachstums in der biologischen Landwirtschaft und im ökologischen Fischfang gewidmet waren, setzte sich das Zentrum mit Nachdruck für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft ein. Im Interesse einer verstärkten Mitsprache der Öffentlichkeit bei der Entscheidungsfindung ermutigte es zur Umsetzung der Aarhus-Konvention und unterstützte die Tätigkeit von sechzehn Aarhus-Zentren im ganzen Land. Es förderte einen ökosystembasierten Ansatz in der Wasserwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf den Einzugsgebieten des Aralsees und des Balchaschsees und betätigte sich im Bereich der Katastrophenvorsorge, indem es half, die Sicherheit von Wasserbauten zu erhöhen, und regionale Aktionspläne zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen ausarbeitete.



## **FÖRDERUNG DER GRUNDFREIHEITEN**

Im Hinblick auf die Förderung der Grundfreiheiten und Menschenrechte widmete sich das Zentrum den weitreichenden Reformen Kasachstans in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug. Rund 2400 Regierungsbeamte, Staatsanwälte, Strafverfolgungsbeamte, Medien- und Rechtsexperten nahmen an 15 Fortbildungsveranstaltungen teil, in deren Mittelpunkt der Übergang zu einem neuen Modell der Strafjustiz stand.

Das Zentrum unterstützte wie bisher die Bemühungen um eine Reform des Strafvollzugs und die Umsetzung des Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter und Misshandlung durch Schulungsveranstaltungen für Amtsträger und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft, die aus allen Teilen des Landes kamen.

Das Zentrum konnte 400 Medienvertreter, Parlamentarier, Regierungsbeamte und internationale Experten für einen Dialog über Fragen der freien Meinungsäußerung gewinnen. Mit seiner Unterstützung nahmen 100 Medienexperten, Amtsträger und Journalisten aus der gesamten Region am fünften jährlichen Zentralasiatischen Internet-Entwicklungsforum teil. Das Zentrum ermöglichte die Abhaltung einer Reihe von Schulungsseminaren, durch die die Gerichte in die Lage versetzt werden sollten, internationale Standards betreffend freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen konsequenter anzuwenden. Das Zentrum begab sich auch in die Regionen des Landes, wo es durch eine Reihe von Seminaren über Parlamentarismus, Parteienbildung, Öffentlichkeits- und Medienarbeit einen Beitrag zur Zivilgesellschaft und zur Entwicklung des Parlaments und der politischen Parteien leistete.

## SCHULUNGSMASSNAHMEN IN ASTANA 2014

AUSZUBILDENDE GESAMT **4 911**



### JUSTIZREFORM





# Das Zentrum in Bischkek

---

Leiter des Zentrums: **Botschafter Sergei Kapinos**

**Haushalt:** 6 909 600 EUR

**Personal:** international 34

lokal 122

[www.osce.org/bishkek](http://www.osce.org/bishkek)

---

Das Augenmerk des Zentrums in Bischkek gilt in erster Linie der Verbesserung der Sicherheit für alle Menschen in Kirgisistan, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, da das Land bestrebt ist, die Spannungen zu überwinden, die im Juni 2010 in einem Ausbruch von Gewalt ihren Höhepunkt fanden. Alle Unterstützungsbemühungen des Zentrums um eine verbesserte Ausbildung für Strafverfolgungsbeamte, Überwachung der Menschenrechte und Transparenz in den staatlichen Strukturen spielten eine wesentliche Rolle für die Stabilität des Landes im Jahr 2014; in enger Abstimmung mit dem Gastland unterstützte das OSZE-Zentrum die Wahlvorbereitungen für die Parlamentswahl im Jahr 2015.



## **AUFBAU VON MECHANISMEN, DIE FÜR VERTRAUEN SORGEN**

Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei zu stärken und für Transparenz und Offenheit zu sorgen, setzte die OSZE auf berufliche Aus- und Fortbildung und erleichterte den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Das Zentrum war bei der Veranstaltung von Diskussionen in allen Regionen

Kirgisistans behilflich, bei denen sich die Öffentlichkeit zu diesen Rechtsvorschriften äußern konnte, in denen jährliche Umfragen zur Erhebung der öffentlichen Meinung über die Polizei vorgesehen sind. Im Zentrum der Ausbildungsveranstaltungen standen unter anderem der Schutz der öffentlichen Ordnung und Spurensicherung.

Polizeibehörden sind am wirksamsten, wenn sie das Vertrauen der Menschen genießen, denen ihre Arbeit gilt – und so bemühte man sich 2014 ganz besonders um eine Verstärkung der bürgernahen Polizeiarbeit. Die Initiative für kommunale Sicherheit organisierte in fünfzehn Bezirken Veranstaltungen für einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Öffentlichkeit und Polizei, an denen 400 Beamte der örtlichen Polizei teilnahmen.

Die Strafverfolgungsbehörden müssen ihre Arbeit im Rahmen einer fairen und transparenten Rechtsordnung verrichten. Die OSZE war Kirgisistan bei der Begutachtung seines Strafgesetzbuchs sowie seiner Strafprozess- und Strafvollzugsordnung behilflich, die 2014 zur öffentlichen Diskussion gestellt wurden und derzeit zur Lesung im Parlament sind. Unter Betonung der Wichtigkeit der zivilen Kontrolle unterstützte die OSZE 2014 auf beispiellose Weise die nationalen Menschenrechtsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Gruppen, die gemeinsam ein Monitoring von Hafteinrichtungen durchführen. Neu eingestellte Mitarbeiter des Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter begannen damit, Polizei-kommissariaten in Bischkek unangekündigte (auch nächtliche) Besuche abzustatten. Als Teil ihrer Bemühungen zur Überwachung der Einhaltung nationaler und internationaler rechtsstaatlicher Normen setzte die OSZE die Beobachtung von Gerichtsverfahren und Verhandlungen im Zusammenhang mit einschränkenden Maßnahmen fort.



*Bei einem von der OSZE finanzierten Studienbesuch in der Mongolei vom 24. bis 27. Juni 2014 kommt es zu einem Informationsaustausch mit fünfzehn Vertretern der wichtigsten kirgisischen Behörden über Fragen, die für die aktuellen Reformen von Belang sind, die Kirgisistan im Hinblick auf die Parlaments- und Präsidentenwahlen in den Jahren 2015 und 2017 durchführt.*

## BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT



**27 925** INTERAKTIONEN ZWISCHEN POLIZEI UND ÖFFENTLICHKEIT



### FORTSCHRITTE IN GENDERFRAGEN

Das Netzwerk von Fraueninitiativen wurde von den Provinzen Osch und Dschalalabat auch auf Batken ausgedehnt, wo sich diese Frauengruppen auf Ebene der Gemeinschaften für die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einsetzen. Diese ist eine bahnbrechende völkerrechtliche Grundlage für die Auseinandersetzung mit den übermäßigen Auswirkungen des Krieges auf Frauen und mit ihrer Schlüsselrolle im Hinblick auf die Bewältigung und Beilegung von Konflikten und auf dauerhaften Frieden.

Das OSZE-Zentrum veranstaltete auch Runde Tische für führende Geistliche, bei denen geschlechtsspezifische Gewalt und die Auswirkungen geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf die Radikalisierung von Frauen erörtert wurden. Das Verteidigungsministerium ist bestrebt, unter Militärangehörigen das Verständnis für geschlechtsspezifische Aspekte der Sicherheit zu fördern.



### VERHÜTUNG DES MENSCHENHANDELS

Um die kirgisische Polizei bei der Verstärkung ihrer Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel zu unterstützen, bildete das Zentrum in Koordination mit dem Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels Polizeibeamte der Hauptermittlungsbehörde in proaktiven Ermittlungstechniken aus. Das Zentrum organisierte ferner einen Runden Tisch zu Routen und Mustern des Menschenhandels, an dem Konsulate teilnahmen, die größtenteils Länder vertreten, in denen kirgisische Arbeitsmigranten nach dem bei Menschenhandel üblichen Schema ausgebeutet werden. Die Aufklärung erfolgte auch über führende Geistliche, die entsprechend auf die örtliche Bevölkerung einwirken sollten. In den drei Regionen im Süden wurden an Schulen die Migrationsrisiken erläutert und den Kindern wurde erklärt, wie sie sich vor Ausbeutung schützen können.



*Eine Gruppe führender Geistlicher erörtert im Rahmen des Projekts „Verhütung von Menschenhandel durch verstärkte behördenübergreifende Zusammenarbeit in Kirgisistan“ die Faktoren, die Menschen anfällig für Ausbeutung und Menschenhandel machen.*

### **START DES ZEUGENSCHUTZPROGRAMMS**

Kirgisistan war das erste Land Zentralasiens, das mit Unterstützung der OSZE im Dezember ein Zeugenschutzprogramm einrichtete. Das Zentrum stellte Expertise und technische Ausrüstung zur Verfügung, damit die Dienststelle, die sich vorrangig mit Fällen von organisierter Kriminalität befassen soll, Informationssicherheit bei kriminalpolizeilichen Ermittlungen gewährleisten kann.



### **MENSCHEN, PROGRAMME, STOLZ**

Unterstützt durch die OSZE eröffnete Kirgisistan im Dezember in Bischkek das zweite Aarhus-Zentrum des Landes. Diese Zentren werden auf Grundlage des Übereinkommens der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten eingerichtet, das mit seiner Sicherung der Rechte von Bürgern in Umweltbelangen bahnbrechend ist. In Kirgisistan stärken die Aarhus-Zentren den Zugang zu Informationen und zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren in allen Umweltangelegenheiten, auch in Bezug auf den wirtschaftswichtigen Bergbausektor in den nördlichen Provinzen.

Die OSZE war am ersten großen Recycling-Programm in Kirgisistan mit zwölf weiterführenden Schulen beteiligt, die an einer Kampagne in Osch unter der Bezeichnung „Meine Stadt ist sauber“ teilnahmen, deren Ziel es war, Umweltbewusstsein zu fördern und Bürgerbewusstsein aufzubauen. Unterstützt durch den Bürgermeister und interessierte Vertreter aus der Welt der Wirtschaft sowie durch Pädagogen sammelten die Jugendlichen mehr als 1,5 Tonnen Plastikmaterial (21 000 Flaschen).

2014 startete die OSZE das Projekt zur Reform der Rechtsvorschriften, das auf zwei Jahre ausgelegt ist und deutlich mehr Transparenz und Einheitlichkeit in die Gesetze und Verordnungen in Kirgisistan bringen soll, damit die Bürger und Wirtschaftstreibenden das Rechtssystem des Landes besser verstehen und befolgen können.

### **LEBENSRETTENDE LEKTIONEN**

Das OSZE-Team in Batken in Nordostkirgisistan tat sich mit dem Ministerium für Verteidigung und den Inspektoren für Jugendkriminalität zusammen; gemeinsam sorgte man für einen Kurs zur Aufklärung von Schülern über die Gefahr von Minen und im Konkreten über in der Region vorhandene Blindgänger.

Mehr als 160 Schüler nahmen an dieser Ausbildung teil, die sich bereits im Zuge des ersten Kurses bezahlt machte, als sich ein Schüler nach der Durchnahme der verschiedenen in einer OSZE-Broschüre abgebildeten Sprengkörper erinnerte, auf dem Gelände eines örtlichen Viehzuchtbetriebs etwas Ähnliches gesehen zu haben.

Das Kind zeigte die Fundstelle einem Fachmann für Minenräumung und den Behörden, wodurch zwei nicht zur Wirkung gelangte Minen unweit des Dorfes, in dem der Junge lebte, entdeckt und sicher entschärft werden konnten.



*24. Oktober 2014, ein Angehöriger der kirgisischen Nationalgarde bei einer zweitägigen taktischen Simulationsübung auf dem Gelände des Wasserkraftwerks Utsch-Kurgan in der Provinz Dschalalabat (Kirgisistan), deren Ziel der Schutz kritischer Energie-Infrastruktur vor terroristischen Angriffen war.*

# Das Büro in Tadschikistan

---

Leiter des Büros: **Botschafter Markus Müller**

**Haushalt:** 7 218 200 EUR

**Personal:** international 32

lokal 185

[www.osce.org/dushanbe](http://www.osce.org/dushanbe)

---

2014 war ein Jahr großer Fortschritte für das Büro in Tadschikistan, das sich einigen der schwierigsten Fragen der Region im Zusammenhang mit Menschenrechten, Good Governance und terrorismusfördernder Radikalisierung widmete. Neuland betrat unterdessen die Stabsakademie für Grenzmanagement, die erstmals Fernkurse für leitende Führungskräfte und den ersten ausschließlich für leitende Grenzbeamtinnen konzipierten Kurs anbot.



## **RADIKALISIERUNG VERHINDERN**

In enger Zusammenarbeit mit der Regierung und örtlichen NGOs bemüht sich das Büro um die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT), bei gleichzeitiger Förderung des Rechtsstaats, Schutz der Menschenrechte und Entwicklung einer aktiven und demokratischen Partizipation der Bürger aller Schichten der Bevölkerung Tadschikistans.

Bei regionalen Ausbildungsveranstaltungen wurden Eltern das Wissen und die Fähigkeiten vermittelt, erste Anzeichen einer gewaltbereiten Radikalisierung zu erkennen. Rund 140 Personen nahmen daran teil und erhielten eine Einführung zu Extremismus und Radikalisierung, zu den Beweggründen dafür und zu möglichen Gegenmaßnahmen.

Das Büro führte auch Feldforschungen in den Regionen durch, um den tieferen Ursachen nachzugehen und erste Anzeichen von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, zu erkennen. Die Daten daraus werden zur Planung und Umsetzung wirksamer Politiken und Strategien zur Bekämpfung dieses Phänomens und zur Förderung von Frieden, Menschenrechten und Toleranz verwendet.



*Bürger, die an dem Kurs für Ausbilder „Eltern gegen Terrorismus“ in Kuljab (Tadschikistan) teilnehmen, der von der OSZE organisiert wurde.*



## GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Im März kamen erstmals Regierungsbeamte, nichtstaatliche Akteure und Vertreter internationaler Organisationen zu einem zweitägigen Workshop zusammen, um konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu erörtern.

Der Workshop, der von Experten des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der OSZE veranstaltet und geleitet wurde, präsentierte einige der nachahmenswerten Verfahren auf diesem Gebiet und regte die Teilnehmer zum Nachdenken darüber an, welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung spielen sollte. Bei diesem Treffen waren sechs Behörden, neunzehn zivilgesellschaftliche Organisationen und fünf internationale Organisationen vertreten.

Die Teilnehmer setzten sich mit Interessenkonflikten und der Offenlegung von Vermögenswerten, dem Zugang zu Informationen und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung auseinander. Am Ende des Workshops stellten die Teilnehmer fest, welche Maßnahmen staatliche Einrichtungen und die Zivilgesellschaft gemeinsam ergreifen können. Das Büro wird mithelfen, Initiativen zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln, die genau auf die Bedürfnisse der jeweiligen Akteure in Tadschikistan zugeschnitten sind.

*Beamte der Grenzschwach von Afghanistan und Tadschikistan bei einer Erste-Hilfe-Übung im Zuge eines Kurses für Grenzmanagement im April in Duschanbe.*

*Foto: Farhodschon Nabijullojew (OSCE BMSC)*



## AUSBILDUNG FÜR DIE AFGHANISCHE POLIZEI

Da Tadschikistan der OSZE-Teilnehmerstaat ist, der die längste gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat, war das OSZE-Büro in Duschanbe auch 2014 federführend als Organisator und Gastgeber von Veranstaltungen zur Erhöhung der Bereitschaft der afghanischen Polizei- und Grenzbeamten.

Im Mai schlossen zwanzig Beamte der afghanischen Grenzpolizei einen fünfwöchigen Ausbildungslehrgang für Patrouillentätigkeit und Führung ab, der zwölfte derartige Kurs, der vom Büro veranstaltet wurde. Die Teilnehmer lernten dabei die Planung und Durchführung von Beobachtungsmissionen zum Aufspüren und Verhindern illegaler grenzüberschreitender Bewegungen. Die Teilnehmer konnten auch ihre Alpinausbildung und Kenntnisse in Erster Hilfe auffrischen.

26 weitere Beamte befassten sich in einem einwöchigen Kurs, der von der OSZE und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen veranstaltet wurde, mit Asylverfahren, den Grundsätzen des völkerrechtlichen Schutzes, der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft und den Verfahrensnormen, der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und Grenzmanagement in Notfällen.



## UNTERSTÜTZUNG IM KAMPF GEGEN FOLTER

2014 unterstützte das OSZE-Büro in Tadschikistan die NGO Antifolter-Koalition, zu der sich dreizehn Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen haben, um Folter zu verhindern und bei konkreten Fällen von Folter und Misshandlungen in Gefängnissen, Untersuchungshaftanstalten und militärischen Einrichtungen aktiv zu werden.

Das Büro finanzierte die Arbeit der Koalition, die Folter dokumentiert, rechtliche Unterstützung für mutmaßliche Opfer und ihre Angehörigen koordiniert und die Öffentlichkeit, unter anderem über ihre Website [notorture.tj](http://notorture.tj), über Folter aufklärt.



Notorture.tj bezieht seine Informationen über Folttervorfälle aus tadschikischen, russischen und englischen Nachrichten, Reportagen, Dokumenten und Interviews und stellt sie Anwälten, Aktivisten, Journalisten, Behördenvertretern, Opfern sowie deren Angehörigen und der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Dokumentation hilft nicht nur Opfern und ihren Angehörigen, zu ihrem Recht zu kommen, sondern auch NGOs und die Behörden stützen sich darauf, um sich ein Bild vom aktuellen Zustand in den Gefängnissen zu machen und Verbesserungen vorzuschlagen.

## FOLTER IN TADSCHIKISTAN IM JAHR 2014

	<b>26</b>	DOKUMENTIERTE FÄLLE
	<b>2</b>	TOTE, VERMUTLICH OPFER MILITÄRISCHER SCHIKANEN

## DIE STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT – EINE PLATTFORM FÜR DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

[www.oscebmsc.org](http://www.oscebmsc.org)

2014 bot die Stabsakademie für Grenzmanagement 21 Ausbildungsveranstaltungen an, die von 464 Personen aus 25 Teilnehmerstaaten und sieben Kooperationspartnerstaaten besucht wurden. Mehr als 85 Frauen nahmen an den Kursen der Akademie teil und erhöhten damit den Frauenanteil an Ausbildungsaktivitäten für Grenzmanagement.

In diesem Jahr erweiterte die Akademie ihr Kursangebot durch einen einjährigen Fernlehrgang für leitende Führungskräfte, der erstmals angeboten wurde. Ebenfalls zum ersten Mal fand ein Stabslehrgang für Grenzmanagement für weibliche Führungskräfte statt.

Die Akademie verfolgte 2014 die Schwerpunkte Forschung und Analyse und veranstaltete die zweite jährliche grenzüberschreitende Forschungskonferenz zu Migration und Grenzsicherung.



*Virginia Moraru, selbst Absolventin der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement, leitet als Vertreterin der Korruptionsbekämpfungsbehörde von Moldau eine Ausbildungseinheit über Formen der Korruption. Duschanbe, 15. Juli 2014.  
Foto: Farhodschon Nabijullojew (OSCE BMSC).*

# Der Projektkoordinator in Usbekistan

---

Projektkoordinator: **Botschafter György Szabó**

**Haushalt:** 1 980 000 EUR

**Personal:** international 2

lokal 20

[www.osce.org/uzbekistan](http://www.osce.org/uzbekistan)

---

2014 war die OSZE-Mission in Usbekistan federführend in der Fortbildung von Rechtsanwälten, Vertretern von Medien und staatlichen Behörden, in der Bekämpfung des Menschenhandels sowie des illegalen Drogenhandels und in der Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung.



## FÖRDERUNG DER RECHTSTAATLICHKEIT

Das Hauptaugenmerk des Projektkoordinators galt der Verhütung von Folter; in diesem Zusammenhang leistete er Usbekistan Hilfestellung bei der vollständigen Umsetzung und Einhaltung seiner Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte. Im Juli nahmen 35 Angehörige verschiedener Behörden an einem dreitägigen Workshop in Taschkent teil, der in einem Entwurf für einen Nationalen Mechanismus zur

Verhütung von Folter, der den internationalen Menschenrechtsstandards entspricht, gipfelte. Über das Ausbildungszentrum des Justizministeriums für Anwälte bemühte sich der Projektkoordinator auch darum, Vertreter der Rechtsberufe in die Lage zu versetzen, die Rechtsstaatlichkeit im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards wirksam zu fördern.



*Ferusa Chaitmuratowa (links) von der Zentralen Volksanwaltschaft, Lola Saidmuchamedowa (Mitte), Mitglied der Expertengruppe des Vertreters der Volksanwaltschaft in Taschkent, und Sardor Muminow (rechts), Referent in der Abteilung Menschenrechtsschutz im Innenministerium, bei einem Lehrgang über die Verhütung von Folter am 24. Juli 2014 in Taschkent (Usbekistan).*

## BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Im Wissen, dass man gegen den Menschenhandel umfassend und dimensionenübergreifend vorgehen muss, ermittelte der Projektkoordinator jene Bereiche, in denen es weiterer gemeinsamer Bemühungen bedarf, damit das Gastland verstärkt gegen den Menschenhandel vorgehen kann.



Einer dieser Bereiche ist die Identifizierung der Opfer und das Eingehen auf ihre Bedürfnisse – Bereiche, in denen Verbesserungen notwendig sind, die über das Ausbildungsangebot für Polizeiermittler und für Sondereinheiten zur Bekämpfung von Menschenhandel erfolgen können. Im November wurde eine Reihe von Lehrgängen für die Ausbildung in Menschenhandelsbekämpfung für Ermittler und Einsatzbeamte in Usbekistan aufgenommen. Am ersten Lehrgang nahmen 35 Strafverfolgungsbeamte teil.

### **RÜSTUNGSKONTROLLE**

2014 war der Projektkoordinator der Regierung von Usbekistan bei der Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen behilflich, der einen umfassenden Ansatz zur Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Weitergabe an terroristische Organisationen enthält.



### **MASSEN MEDIEN**

Im Hinblick auf die entscheidende Rolle, die die Presse mit ihren Informationen für Wähler und ihre Wahlentscheidung spielt, sorgte der Projektkoordinator für fachliche Beratung betreffend die professionellen Standards für Medien und Presseagenturen in Usbekistan, insbesondere zur Berichterstattung in den Bereichen Innenpolitik, Wahlen und wirtschaftliche Abläufe.

### **MASSGESCHNEIDERTE PROGRAMME FÜR KLEINUNTERNEHMERINNEN**

Angesichts der wichtigen Rolle von Frauen für die wirtschaftliche Entwicklung, setzte der Projektkoordinator seine Unterstützung für Initiativen fort, die Hilfe für selbständig tätige Frauen bieten. Als Folgeveranstaltung zu den Workshops des Vorjahres unterstützte die OSZE dreitägige Fortbildungen für Absolventinnen höherer Schulen, die ihnen helfen sollen, ihr Potenzial im Hinblick auf wirtschaftliche Selbständigkeit auszubauen. 2014 kamen Teilnehmerinnen in verschiedenen Regionen mit Vertretern der zuständigen Behörden zusammen, um zu erfahren, welche Wege am besten zu unternehmerischer Selbständigkeit führen.



*Im Zuge der Förderung unternehmerischer Selbständigkeit von Frauen besuchen Absolventinnen höherer Schulen im Juli ein Zentrum in der Region Namangan, in dem Kleidung hergestellt und verkauft wird.*

### BEKÄMPFUNG DES ILLEGALEN DROGENHANDELS



Der Projektkoordinator unterstützte das Nationale Drogenbekämpfungszentrum durch Fortbildungsangebote für dessen Außendienstmitarbeiter und mittlere Beamte der Strafverfolgungsbehörden in wirksamen Techniken für die Verhinderung von Drogenhandel und den Umgang mit den damit verbundenen Gefahren.

### FÖDERUNG VON GOOD GOVERNANCE



Der Projektkoordinator setzte 2014 seine Bemühungen zur Stärkung von Good Governance und Demokratie in Usbekistan fort. Im September kamen 60 Führungskräfte aus fünfzehn verschiedenen Ministerien, Ausschüssen, Strafverfolgungs- und Finanzaufsichtsbehörden Usbekistans zusammen, um zu erörtern, wie die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“

umzusetzen seien, um das Risiko von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verringern. Die OSZE veranstaltete zusammen mit der Finanzpolizei Usbekistans und der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung ein zweitägiges Seminar.

Gemeinsam mit dem Büro des Generalstaatsanwalts der Republik Usbekistan veranstaltete der Projektkoordinator auch Seminare zur Unterstützung der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption in Usbekistan. Aus dieser Zusammenarbeit entstanden gemeinsame Fortbildungskurse in Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen, die genau auf die Erfordernisse des Gesundheits- und Bildungswesens zugeschnitten waren, die als die korruptionsgefährdetsten Sektoren Usbekistans gelten.

### FORTBILDUNG FÜR ALLE

	VERANSTALTUNGEN	TEILNEHMER
<i>Wirtschafts-/Umweltdimension</i>	19	1 400
<i>Menschliche Dimension</i>	19	778
<i>Politisch-militärische Dimension</i>	30	661



Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchstoffverkehr verbrennt die usbekische Polizei am 26. Juni 2014 in Taschkent 1 270 Kilogramm beschlagnahmter illegaler Drogen.

# Der Vertreter in der gemeinsamen Lettisch- Russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

---

Vertreter: **Helmut Napiontek**

**Haushalt:** 9 300 EUR

[www.osce.org/lrmpc](http://www.osce.org/lrmpc)

---

Der Vertreter in der gemeinsamen Lettisch-Russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige setzte 2014 seine Hilfestellung für die Umsetzung des 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militärangehörige der Russischen Föderation und deren Angehörige fort. 2014 war das sechste Jahr in Folge, in dem bei der Kommission kein einziger Antrag und keine einzige Beschwerde einging. Rund 10 000 Personen sind von diesem bilateralen Abkommen erfasst, das auf die Mitte der 1990er-Jahre zurückgeht, als russisches Militärpersonal aus Lettland abgezogen wurde.

## AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN



### FORTSCHRITTE BEZÜGLICH DER AUSLEGUNG DES ABKOMMENS

2014 näherten sich die Seiten im Zuge inoffizieller Treffen in ihrer unterschiedlichen Auslegung des Abkommens einander an. Die Auffassungsunterschiede bezüglich der Frage, für welche Personen das Abkommen gilt, beziehungsweise, nach welchen Kriterien ein pensionierter Militärangehöriger unter das Abkommen fällt, dürften

beigelegt sein.

Die Russische Föderation hat geklärt, für wie viele pensionierte Militärangehörige sie die Kosten übernimmt, und hat mit der Auszahlung der Kostenerstattung für 10 000 Pensionäre statt der bisher 12 000 begonnen. Im Ständigen Rat im November legte der Vertreter Helmut Napiontek der OSZE im Ständigen Rat nahe, ihre Rolle in der gemeinsamen Kommission zu überdenken und wies darauf hin, dass die meisten Herausforderungen bilateral zwischen Lettland und der Russischen Föderation gelöst werden könnten.

## **DISKUSSION ÜBER DIE RÜCKERSTATTUNG DER KOSTEN FÜR MEDIZINISCHE DIENSTLEISTUNGEN**

Laut dem Abkommen muss die Russische Föderation die Kosten für die medizinischen Aufwendungen für ihre pensionierten Militärangehörigen übernehmen. Die lettischen Behörden haben eine Anhebung der von Russland bezahlten Erstattungssätze gefordert, da die derzeitige Erstattung nicht mehr den tatsächlichen Kosten der medizinischen Betreuung der pensionierten Militärangehörigen und ihrer Angehörigen entspricht, die immer älter werden. Es wird weiterer Diskussionen bedürfen, um sich auf eine Erhöhung der von Russland zu leistenden Kostenerstattung zu einigen.





# FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN

Die Bemühungen der OSZE um einen möglichst breiten Dialog und regionale Zusammenarbeit enden nicht an den Grenzen ihrer 57 Teilnehmerstaaten: Sie beziehen elf Partnerstaaten im Mittelmeerraum und in Asien ebenso ein wie viele internationale, regionale und subregionale Institutionen.

[www.osce.org/networks](http://www.osce.org/networks)



# Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum

Die Partnerschaften in Asien und im Mittelmeerraum waren 2014 geprägt von einer verstärkten Eigeninitiative und aktiven Mitarbeit der Partner, was in vielen Fragen zu einer mehr praxis- und ergebnisorientierten Zusammenarbeit führte.

## BERICHT DES VORSITZES

Der Schweizer Vorsitz förderte ein größeres Engagement für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum, indem er sie verstärkt in OSZE-Aktivitäten einband, sie zum Dialog durch die Teilnahme an einschlägigen Sitzungen und Treffen ermutigte und Möglichkeiten für Beiträge der Partner zum Helsinki+40-Prozess sondierte.

Auf dem Ministerratstreffen 2014 in Basel plante der Schweizer Vorsitz am zweiten Tag ein eigenes Sonderplenarium für informelle Diskussionen mit den Kooperationspartnern zum Thema Terrorismusbekämpfung ein. Die Schweiz setzte sich auch erfolgreich für die Verabschiedung von zwei Erklärungen ein, in denen die Teilnehmerstaaten ihr Bekenntnis zur Partnerschaft mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum bekräftigten.

## BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS



Die Kooperationspartner trugen nicht nur aktiv zum Dialog in der OSZE bei, sondern stellten auch beträchtliche finanzielle und personelle Ressourcen für die Aktivitäten der Organisation zur Verfügung. Vor allem die Unterstützung durch Australien, Israel, Japan, Korea und Thailand für die Einrichtung der SMM war ein deutlicher Beweis ihrer Bereitschaft, der OSZE bei ihrer Reaktion auf die Krise in der und um die Ukraine zur Seite zu stehen.

Der Generalsekretär befasste sich wieder intensiv mit den Partnern im Mittelmeerraum. In ihren Diskussionen wurde ermittelt, welche Bereiche für ein Engagement der Partner von besonderem Interesse sind, und es wurden Projekte zur Bekämpfung des Terrorismus, von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld sowie Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Umwelt- und Sicherheitsfragen im südlichen Mittelmeerraum und die Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen weiter umgesetzt. Am 20. und 21. Oktober fand in Tunis ein nationaler Runder Tisch zu SALW statt, bei dem festgestellt wurde, welche Hilfestellung Tunesien in Bezug auf SALW und die Terrorismusbekämpfung benötigt. Nach dem Besuch des Generalsekretärs im Februar 2014 in Kairo stimmt sich die OSZE mit Ägypten zu Fragen der Terrorismusbekämpfung ab, und es wurde eine Experten-delegation aus Ägypten zur Teilnahme an einem Runden Tisch Anfang 2015 in Wien eingeladen.

Der gemeinsam mit der Liga der arabischen Staaten am 3. Februar in Kairo abgehaltene Workshop bot eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Verbreitung von OSZE-Expertise. Im

Dezember 2014 wurde anlässlich des 20. Jahrestags der Gründung der Kontaktgruppe für die Mittelmeerpartner eine Broschüre über die Partnerschaft zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum veröffentlicht. 2014 führten außerdem zwei Mittelmeerländer (Malta und Monaco) den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation, wodurch die Zusammenarbeit im Mittelmeer neuerlich unterstrichen wurde. Der Generalsekretär begrüßte außerdem den Beitrag Israels zur Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM).

Im September wurde in Rom das *New-Med Network* gegründet, ein Zusammenschluss von Denkwerkstätten und wissenschaftlichen Einrichtungen aus dem ganzen Mittelmeerraum, der die OSZE sichtbar machen und die Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum durch neue Ideen und Impulse bereichern soll.

Der politische Dialog zwischen dem Generalsekretär und den Partnern in Asien war geprägt von intensiven informellen Konsultationen und Treffen auf hoher Ebene, um Bereiche für eine eventuelle stärkere Zusammenarbeit zu ermitteln. Der Generalsekretär traf hohe Regierungsbeamte aus Afghanistan, Japan, der Republik Korea und Thailand. Er hielt auch ein Grundsatzreferat auf der OSZE/Asien-Konferenz 2014 in Tokio und erörterte die Rolle der OSZE als ständiges Dialogforum für sämtliche Akteure zur Krise in der und um die Ukraine. Der Generalsekretär traf bei der UN-Generalversammlung in New York mit dem Generalsekretär des ASEAN zusammen, bei dem beschlossen wurde, die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen weiter auszubauen.

Der Direktor des Büros des Generalsekretärs nahm am Ministertreffen des *Heart-of-Asia*-Prozesses in Peking teil, wo er die Teilnehmer über die Bereitschaft der OSZE informierte, ihre Rolle als Plattform für praktische, zukunftsorientierte regionale Zusammenarbeit und ebensolchen Dialog zwischen allen Akteuren zu verstärken. Beim Gipfeltreffen der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien 2014 in Shanghai berichtete er über die Erfahrungen der OSZE als Modell für regionale Sicherheitskooperation und beschrieb die gezielte Unterstützung der Organisation zur Förderung der regionalen Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung.

2014 nahmen vermehrt afghanische Staatsangehörige aktiv an OSZE-Veranstaltungen teil, darunter die OSZE-Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung im Juli in Wien, die OSZE-weite Anti-Terrorismus-Konferenz im April in Interlaken (Schweiz) und die Konferenz „Grenzsicherung – Globalisierung und die Herausforderungen der Migration“ im November in Duschanbe. Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE, die im Juni in Wien abgehalten wurde, widmete ihre vierte Arbeitssitzung der Hilfe für Afghanistan in dessen „Jahrzehnt des Übergangs“. Die OSZE setzte ihre Aus- und Fortbildungsaktivitäten für afghanische Experten in den Bereichen Grenzmanagement, Zollsicherheit und Terrorismusbekämpfung fort. Darüber hinaus wurden neue Projekte ins Leben gerufen, etwa zur Untersuchung der Auswirkungen des Abzugs der internationalen Kräfte aus Afghanistan auf die zentralasiatischen Länder und über die Rolle der Frauen im Aussöhnungsprozess in Afghanistan. Die OSZE setzte auch ihre Unterstützung für den *Heart-of-Asia*-Prozess fort, in dem die unmittelbaren und entfernteren Nachbarn Afghanistans gemeinsam mit regionalen Organisationen an einem friedlichen und stabilen Afghanistan arbeiten.





*„Es besteht nach wie vor Bedarf an Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft in Form von Beratung, Aus- und Fortbildung, Ausrüstung und Finanzhilfe in den kommenden Jahren.“*

**Mobarez Rashedi**

afghanischer Minister für Drogenbekämpfung, im Ständigen Rat der OSZE am 13. März 2014 in Wien über die Bedürfnisse seines Landes nach dem Abzug der internationalen Kräfte aus Afghanistan

#### **DER PARTNERSCHAFTSFONDS**

*Der Partnerschaftsfonds wurde zur Finanzierung gemeinsamer Aktivitäten und zur Übernahme der Kosten für die Teilnahme von Vertretern der Partnerstaaten an OSZE-Veranstaltungen eingerichtet.*

Zusagen seit seiner Einrichtung 2007:	1 789 799 EUR
Zusagen 2014:	114 113 EUR
Geförderte Teilnehmer an OSZE-Aktivitäten aus Partnerstaaten 2014:	26

**ENTWICKELTE PROJEKTE SEIT BEGINN: 35**

**30** Projekte abgeschlossen

**DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE 2014: 4**

**2** neue Projekte

**2** mehrjährige Projekte

#### **BERICHTE DER KONTAKTGRUPPEN**

##### **DIE ASIEN-KONTAKTGRUPPE**

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea, Thailand

Vorsitz: **Ukraine**

Die Ukraine unterstützte in ihrer Eigenschaft als Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe den Schweizer Vorsitz bei der Förderung eines offenen und interaktiven Dialogs mit den Kooperationspartnern in Asien ausgehend von ihren Prioritäten und Anliegen. Die Kontaktgruppe trat 2014 fünfmal zusammen und erörterte eine Reihe von Themen von beiderseitigem Interesse:

- die japanische Sicherheitspolitik
- der Helsinki+40-Prozess
- die Arbeit des FSK und des KVZ im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen
- die Präsidentschafts- und Provinzratswahlen in Afghanistan
- die illegale Drogenwirtschaft in Afghanistan
- das OSZE/ODIHR-Wahlunterstützungsteam für Afghanistan
- Schutz und Stärkung der Autonomie von Frauen

- ausländische terroristische Kämpfer
- Terrorismusbekämpfung
- Lehren aus den europäischen Erfahrungen als Gestaltungshilfe für die multilaterale Sicherheitskooperation in Asien

Die Vertreter der Partner in Asien unterrichteten die Teilnehmer bei diesen Treffen regelmäßig über sicherheitspolitische Aktivitäten in ihren Ländern und mögliche weitere Kooperationsbereiche.

Zusammen mit Serbien, das 2014 den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe führte, veranstaltete die Ukraine die gemeinsame jährliche Sitzung der beiden Kontaktgruppen, die die Rolle der Frauen beim Demokratiebau zum Thema hatte.

Das ODIHR schickte 2014 ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan und gab einen Bericht zur Präsidentschaftswahl und den Wahlen zu den Provinzräten vom 5. April heraus. Der Bericht enthält Empfehlungen für künftige Verbesserungen in den Wahlprozessen Afghanistans.

## **AUSTAUSCH VON ERFAHRUNGEN UND ERKENNTNISSEN ZWISCHEN DER OSZE UND DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN**

Die gemeinsame Konferenz 2014 der OSZE und ihrer Kooperationspartner in Asien am 16. und 17. Juni in Tokio (Japan) war dem Austausch von Erfahrungen und dabei gewonnenen Erkenntnissen im Streben nach einer sichereren, stärker vernetzten und gerechten Welt angesichts neuer Herausforderungen gewidmet.

Die Teilnehmer diskutierten die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Region Asien/Pazifik im Hinblick auf die globale Sicherheit und überlegten, wie die Frauen ermutigt werden können, eine größere Rolle bei der Schaffung einer gerechteren Welt zu übernehmen.



*„Das Sicherheitsumfeld in Asien und jenes in Europa sind kaum mehr voneinander zu trennen und sie werden zunehmend schwieriger. Jede Aktion zur einseitigen Änderung des Status quo durch Gewalt oder Zwang oder auch nur der Versuch, das zu tun, sind schwerwiegende gemeinsame Herausforderungen an die internationale Ordnung.“*

**Fumio Kishida**

Minister für auswärtige Angelegenheiten Japans

## **DIE MITTELMEER-KONTAKTGRUPPE**

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien

Vorsitz: **Serbien**

Serbien, das 2014 in der Mittelmeer-Kontaktgruppe den Vorsitz führte, setzte sich gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern für einen offenen und interaktiven Dialog in der Gruppe ein und verfolgte einen nachfrageorientierten Ansatz, indem es auf die Interessen und

Prioritäten der Mittelmeerpartner einging. Ägypten, Jordanien, Marokko, Israel und Tunesien hielten Vorträge. Behandelte Themen:

- Stärkung des Dialogs mit den Mittelmeerpartnern zur Förderung der Sicherheit in der Mittelmeerregion
- die Bedeutung der neuen demokratischen Verfassung Tunesiens und die Rolle des ODIHR in der Wahlbeobachtung
- der Helsinki+40-Prozess
- die Auswirkungen der syrischen Flüchtlinge auf Jordanien
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Entführungen zur Erpressung von Lösegeld
- die Ergebnisse des Seminars „Helsinki+40 – die OSZE, der globale Mittelmeerraum und die Zukunft der kooperativen Sicherheit“, bei dem auch das *Track II New-Med Network* eingeleitet wurde
- Migration
- Terrorismusbekämpfung

Anlässlich des 20. Jahrestags der Gründung der Kontaktgruppe gab das Sekretariat die Broschüre *The OSCE Mediterranean Partnership for Co-operation in 2014* heraus, die einen ausführlichen Überblick über die Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Partnern im Mittelmeerraum gibt.

Die Mittelmeerkonferenz am 27. und 28. Oktober in Neum (Bosnien und Herzegowina) war diesmal dem illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen und der Terrorismusbekämpfung in der Mittelmeerregion gewidmet, darunter auch der Frage ausländischer terroristischer Kämpfer. Ferner wurde die Diskussion zum Thema Stärkung der Rolle der Frauen im öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben fortgesetzt, das bereits auf der Mittelmeerkonferenz 2013 behandelt worden war. Das Büro des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen hielt eine Parallelveranstaltung über den Schutz auf See ab.

## ODIHR UND DIE PARTNER IM MITTELMEERRAUM



Zur Förderung der demokratischen Strukturen in den OSZE-Partnerländern im Mittelmeerraum leistete das ODIHR Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Gesetzen in den Bereichen Versammlungsfreiheit, nationale Menschenrechtsinstitutionen und Terrorismusbekämpfung und führte drei Überprüfungen von Rechtsvorschriften durch. Nachdem es seine Stellungnahmen abgegeben hatte, führte es Beratungsgespräche mit den zuständigen tunesischen Behörden.

Das ODIHR brachte sein Wissen auch in Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen, von Regierungen und der Zivilgesellschaft in Tunesien und anderen Partnerländern im Mittelmeerraum ein, etwa zu den Themen Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an der Politik, Qualifizierung weiblicher Kandidaten und von Führungspersönlichkeiten der Jugend und Vorschriften für politische Parteien. Teilnehmer aus Mittelmeer-Partnerländern nahmen an Schulungsaktivitäten des ODIHR teil, zum Beispiel an Kursen für Wahlbeobachter und an Experten-Workshops. Das ODIHR organisierte 2014 insgesamt 52 Veranstaltungen mit Mittelmeerpartnern unter Beteiligung von 806 Regierungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Bei einer Arbeitstagung in Tunesien unterwies das ODIHR mehr als 20 Gruppen von Beobachtern aus der Bevölkerung in Wahlbeobachtungsberichterstattung. Das Büro gab im Mai 2014 außerdem das Informationsblatt *ODIHR – Enhancing co-operation with the OSCE’s Mediterranean Partners in the Human Dimension* heraus.

In seinem Engagement mit den Mittelmeerpartnern arbeitete das ODIHR mit UN-Organisationen, der Union für den Mittelmeerraum, dem Nationalen demokratischen Institut, der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme, der Konstituierenden Nationalversammlung von Tunesien und der tunesischen Fakultät für Politikwissenschaften zusammen.

# Internationale und regionale Organisationen

## **DIE VEREINTEN NATIONEN**

Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich werden immer komplexer, sind immer enger miteinander verflochten und kaum mehr auf ein einzelnes Land begrenzt. Bedrohungen für die regionale Sicherheit haben oft auch Auswirkungen auf die globale Sicherheit. Deshalb bedarf es in Sicherheitsfragen der verstärkten Zusammenarbeit und Koordination zwischen regionalen Organisationen und den Vereinten Nationen sowie mit anderen regionalen Organisationen. Die OSZE ist die größte regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta und legt daher ganz besonderen Wert auf ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Es besteht ein reger Austausch zwischen den UN und der OSZE auf hochrangiger wie auch auf Arbeitsebene, unter anderem in Form gegenseitiger Informationsveranstaltungen, gemeinsamer Schulungen und durch den Austausch von Mitarbeitern zwischen den beiden Organisationen.

Der OSZE-Generalsekretär und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon trafen im Berichtsjahr zweimal zusammen, einmal am Rande der UN-Generalversammlung am 21. September sowie am 4. November anlässlich eines Besuchs des UN-Generalsekretärs in Wien, bei dem er auf einer Sondersitzung des Ständigen Rates eine Rede hielt. Bei beiden Begegnungen besprachen sie regionale Fragen, insbesondere die Krise in der und um die Ukraine, und erörterten den Stand der Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen in wichtigen aktuellen Fragen. Der Generalsekretär führte auch Gespräche mit mehreren hochrangigen Beamten der Vereinten Nationen zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit in vielen Bereichen, die für beide Organisationen von Interesse sind.

Ferner vereinbarten das OSZE-Sekretariat und das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) eine strategische Partnerschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus. Die OSZE setzt sich für die Durchführung der Antiterrorismus-Instrumente der Vereinten Nationen ein und arbeitet eng mit dem UNODC bei der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche zusammen. Zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Mediationsbereich erstellte die OSZE im Juni gemeinsam mit der Gruppe für Vermittlungsunterstützung der Vereinten Nationen einen Arbeitsplan. Schließlich besteht auch eine enge Kooperation zwischen der OSZE, der UN-Wirtschaftskommission für Europa und der Internationalen Strategie zur Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen in Fragen wie Wasserbewirtschaftung und Verringerung des Katastrophenrisikos.

## **SECURITY DAYS: DIE OSZE UND DIE UN**

Am 27. Mai war der Generalsekretär Gastgeber einer Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* der OSZE zum Thema „Die OSZE und Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen – der Umgang mit neuen Herausforderungen im Sicherheitsbereich im euro-atlantischen und eurasischen Raum“. Bei diesem Treffen sollten neue Wege zur Stärkung der

Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und mit anderen regionalen Organisationen vor allem in Fragen der Konfliktverhütung und Konfliktlösung erörtert werden. Über 300 Regierungsbeamte, hochrangige UN-Vertreter, Experten und Journalisten nahmen an den Diskussionen teil. Auch junge Führungskräfte der *Next Generation Euro-Atlantic Security Initiative* unter der Schirmherrschaft der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden beteiligten sich an der Debatte.



OSZE-Generalsekretär **Lamberto Zannier** mit UN-Generalsekretär **Ban Ki-moon** am 21. September 2014 in New York.



## WEITERE HOCHRANGIGE UN-GESPRÄCHSPARTNER DES GENERALSEKRETÄRS IM JAHR 2014

Stellvertretender UN-Generalsekretär

Hoher Beauftragter für die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC)

Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten

Hoher Beauftragter der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen

Untergeneralsekretär und Beigeordneter Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze

Untergeneralsekretärin und Exekutivdirektorin von UN-Frauen

Exekutivdirektor des Exekutivdirektoriums des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (CTED)

Beigeordneter Generalsekretär für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen

Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien

Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und Direktor des UNHCR-Büros für Europa

Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan

Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und Direktor des Büros für Europa

Sonderbeauftragter des Generalsekretärs und Leiter des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien

Beigeordneter Generalsekretär für die Verringerung des Katastrophenrisikos

## **DIE EUROPÄISCHE UNION**

Die Europäische Union und die OSZE unterhalten enge institutionelle Beziehungen in den verschiedensten Bereichen – vom politischen Dialog bis zu Gesprächen auf Mitarbeiterebene und praktischer Zusammenarbeit vor Ort. 2014 führte Generalsekretär Zannier immer wieder Gespräche auf hoher Ebene mit EU-Beamten zur Krise in der und um die Ukraine und zu allgemeinen Sicherheitsfragen. Er traf die neue Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, sowie den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Er sprach im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und im Ausschuss des Europäischen Parlaments für auswärtige Angelegenheiten. Mitarbeiter der OSZE und der EU hatten bei zwei Treffen Gelegenheit zum Austausch von Informationen, Erfahrungen und nachahmenswerten Praktiken.



*OSZE-Generalsekretär **Lamberto Zannier** und der Präsident des Europäischen Parlaments, **Martin Schulz**, am 12. November 2014 in Brüssel.*

## **DIE NATO**

Der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär der OSZE nahmen gemeinsam mit den Leitern internationaler euro-atlantischer Organisationen am Außenministertreffen teil, das im September am Rande des NATO-Gipfels in Wales abgehalten wurde. Am 12. November traf

Generalsekretär Zannier mit dem neuen Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, zusammen und hielt eine Rede auf einer Sitzung des Nordatlantikrates.

Mitarbeiter des Sekretariats nahmen während des Jahres an Veranstaltungen der beiden Organisationen teil, die ihnen Gelegenheit zum regelmäßigen Informations- und Gedankenaustausch boten. Davon abgesehen veranstalteten beide Organisationen 2014 zwei Treffen auf Mitarbeiterebene.



*OSZE-Generalsekretär **Lamberto Zannier** mit NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** am 12. November 2014 in Brüssel.*

## **ANDERE ORGANISATIONEN**

Der Generalsekretär kam im Verlauf des Jahres mit den Leitern und hochrangigen Vertretern mehrerer internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen zu bilateralen Treffen zusammen und nahm an einigen ihrer Veranstaltungen auf hoher Ebene teil. Zu diesen Organisationen zählten:

- der Europarat
- der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)
- die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)
- die Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien
- der Kooperationsrat turksprachiger Staaten
- die Liga der arabischen Staaten
- die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit
- die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE)
- die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI)
- die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen
- die Zentraleuropäische Initiative
- INTERPOL

## **SEKRETARIAT**

### **DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM**

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) spielte 2014 eine Schlüsselrolle bei der Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den in der Ukraine engagierten internationalen Organisationen.

Im Februar legten das KVZ und UNHCR eine Checkliste für den Schutz und die Bedürfnisse von Personen vor, die in allen Phasen der Konfliktzyklen von Vertreibung bedroht oder betroffen sind. Sie umfasst Maßnahmen, die OSZE-Feldoperationen in Fällen der



Vertreibung jeweils im Rahmen ihrer Mandate ergreifen können oder sollen. Im Anschluss daran koordinierte das KVZ eine Reihe gemeinsamer UNHCR/OSZE-Fortbildungsveranstaltungen für Beobachter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu Fragen der Vertreibung.

Das KVZ war Teilnehmer an einem Informationsaustausch mit der EU in Brüssel über die Arbeit der beiden Organisationen im Bereich der Reform des Sicherheitssektors in der Ukraine, durch den sichergestellt werden sollte, dass die Aktivitäten einander verstärken.

Die OSZE führte 2014 gemeinsam mit den UN und der EU den Vorsitz in vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche, die sich mit den Folgen des Konflikts von 2008 in Georgien befassen. Gemeinsam mit der EU-Beobachtermission in Georgien organisierte sie 2014 wieder zehn Treffen des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen.

In Südosteuropa setzte sich das KVZ wieder gemeinsam mit UNHCR, der Entwicklungsbank des Europarats, der Europäischen Kommission und dem US-Außenministerium für die Umsetzung des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms ein, das dauerhafte Lösungen für rund 74 000 der schutzbedürftigsten Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Konflikt der Jahre 1991 – 1995 schaffen soll.

Wie auf der Auftaktkonferenz 2013 über die Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen angeregt, organisierten das KVZ und die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen in Zusammenarbeit mit dem UN-Büro für Abrüstungsfragen, dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und INTERPOL am 12. und 13. Mai in Istanbul einen OSZE/UN/INTERPOL-Workshop über die Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen.

Das KVZ und die Gruppe Sicherheitssektorreform der UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze organisierten am 7. Juli in Wien eine gemeinsame OSZE/UN-Konferenz zum Thema Governance und Reform des Sicherheitssektors, bei der beide Organisationen über ihre Erfahrungen mit der Reform berichteten und mögliche Maßnahmen zur Ausweitung ihrer Zusammenarbeit in diesem Bereich besprachen.

Die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Leiterin der UN-Friedenstruppe in Zypern, Botschafterin Lisa Buitenhuis, nahm an der vom KVZ und der OSZE-Abteilung Genderfragen organisierten Klausur auf hoher Ebene zum Thema „Mediation – Gender und Inklusion“ teil.

## **ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN**

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen organisierte gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration und dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) einen regionalen Workshop über die Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und grenzüberschreitenden Straftaten, die Auswirkungen auf illegale Migranten haben.

Im Juni versammelten sich bei einem von der Abteilung organisierten Treffen der nationalen Kontaktstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement Experten aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), des Rates der Grenzschutz-Kommandeure, des Genfer Zentrums für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), der INTERPOL, der

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen, des UNODC und der Weltzollorganisation (WZO).

In Bischkek (Kirgisistan) wurde eine einwöchige regionale Konferenz zur Schulung in der Bekämpfung von Internetkriminalität abgehalten. Die Vortragenden waren von der *European Cybercrime Training Education Group* ausgebildete Experten. Auch das Lehr- und Lernmaterial wurde von dieser Organisation gestellt. Das Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und UNODC hatten maßgeblichen Anteil an der Organisation einer regionalen Konferenz über internationale justizielle Zusammenarbeit in Terrorismusfällen in Wilna (Litauen).

Im April unterstützten die Gruppe Terrorismusbekämpfung und der OSZE-Projekt-koordinator in Usbekistan die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bei der Abhaltung eines regionalen Seminars in Taschkent (Usbekistan) über Verfahren zur Identifizierung von Reisenden.

### **DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELT-AKTIVITÄTEN DER OSZE (OCEEA)**

Im Wirtschaftsbereich ging das OCEEA unter anderem mit

- UNODC,
- dem OECD-Netz zur Korruptionsbekämpfung,
- dem Europarat,
- der Weltbank,
- der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (*Financial Action Task Force*) und
- der EAG (Eurasische Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung)

Partnerschaften in den Bereichen Förderung von Good Governance und Korruptionsbekämpfung, Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ein.

Das OCEEA kooperierte außerdem mit der UN-Wirtschaftskommission für Europa in Verkehrsfragen, der Weltzollorganisation (WZO) in Zollangelegenheiten und der Internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation in Fragen der Migrationssteuerung.



Im Umweltbereich unterstützte das Büro die Umwelt- und Sicherheitsinitiative der OSZE, eine Partnerschaft mit dem UN-Entwicklungsprogramm, dem UN-Umweltprogramm und anderen Stellen, die in den Bereichen Wasser, Abfall, Katastrophenvorsorge und Klimawandel tätig sind.

Das OCEEA förderte darüber hinaus folgende Aktivitäten: mit der UNECE die Umsetzung von Umweltübereinkommen, mit dem *Global Fire Monitoring Center* (GFMC) Brandbekämpfungskapazitäten, mit INTERPOL, WZO und der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation die Aufdeckung und Verhütung von Umweltverbrechen und

schließlich mit der Europäischen Kommission die Befassung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit.

### **DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS**

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels stärkte die Allianz gegen den Menschenhandel durch die Einberufung einer Gruppe bestehend aus hohen Regierungsbeamten, nationalen Koordinatoren für die Bekämpfung des Menschenhandels, Vertretern von internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften sowie von Arbeitgeberverbänden und Menschenrechtsgruppen. Unter den Vortragenden waren in diesem Jahr der Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE, Botschafter Thomas Greminger, Staatssekretär Aleksandar Nikolić aus dem serbischen Innenministerium, der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, Prinz Zeid Ben Ra'ad Al Hussein, der Stellvertretende Vorsitzende des GUS-Exekutivkomitees, Wladimir Garkun, und der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration, William Lacy Swing.



### **DIE ABTEILUNG GENDERFRAGEN**

Die Leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen, Botschafterin Miroslava Beham, nahm am 28. Oktober im UN-Sicherheitsrat an der Debatte über Frauen, Frieden und Sicherheit teil, bei der sie in einem Referat die Aktivitäten der OSZE zur Umsetzung der UNSCR 1325 – von der Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer nationalen Aktionspläne bis zu genderbewusster Mediationsunterstützung – vorstellte.

### **DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG**

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE setzte ihren aktiven Dialog mit anderen internationalen Organisationen 2014 fort, insbesondere über den Ausbau der Zusammenarbeit bei der Wahlbeobachtung, über die Krise in der und um die Ukraine und über die Bedeutung der parlamentarischen Kontrolle. Im März sprach der Präsident der OSZE/PV Ranko Krivokapić vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) in Paris und traf mit dem Präsidenten der PACE und dem Generalsekretär des Europarats zusammen. Sein Nachfolger, Präsident Ilkka Kanerva, traf den PACE-Präsidenten im September in Oslo nach seiner Rede auf der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten. Im November sprach Kanerva auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Den Haag. Generalsekretär Spencer Oliver traf 2014 zweimal mit seinen Amtskollegen von der PACE, der NATO/PV und des Europäischen Parlaments zusammen und setzte damit die von ihm 2013 eingeführten Konsultationen fort.

### **DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE**

Das ODIHR arbeitet bei der Wahlbeobachtung im Rahmen der Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung mit internationalen Partnern zusammen, sowie mit dem Globalen Netz inländischer Wahlbeobachter, der Vereinigung europäischer Wahlhelfer und der *Association of World Electoral Bodies*.

## TEILNEHMER AM IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION

### 4 Partner:

- Ägypten (1)
- Israel (1)
- Thailand (2)
- Tunesien (1)



### 26 Vertreter:

- Gemeinschaft der Demokratien (4)
- Europarat (12)
- Internationale Organisation für Migration (1)
- Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (5)
- Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (2)
- Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (1)
- Regionaler Kooperationsrat (1)



## DIE HOHE KOMMISSARIN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten arbeitet – unter Einhaltung der gebotenen Vertraulichkeit – eng mit einschlägigen Organen und Experten der Vereinten Nationen, des Europarats und der EU zusammen. In diesem Jahr wurden die wechselseitige Teilnahme von Mitarbeitern an wichtigen Veranstaltungen der anderen drei Institutionen sowie der Dialog auf Expertenebene fortgesetzt. Zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere von Minderheitengemeinschaften, waren wichtige Gesprächspartner der Hohen Kommissarin bei ihren Länderbesuchen. In mehreren Ländern arbeitete die Hohe Kommissarin auch mit NGOs als Implementierungspartner zusammen.

## DIE BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die Beauftragte für Medienfreiheit nahm im Mai an Veranstaltungen der UNESCO zum Internationalen Tag der Pressefreiheit in Paris teil, die der Bedeutung der Medien für die Entwicklung, die Rechtsstaatlichkeit und die Nachhaltigkeit und Integrität des Journalismus Nachdruck verleihen sollten. Sie arbeitete auch gemeinsam mit den Sonderberichterstattern über freie Meinungsäußerung der Vereinten Nationen, der Organisation der amerikanischen Staaten und der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker an einer gemeinsamen Erklärung über die Universalität des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Im September kooperierte sie erneut mit den Sonderberichterstattern bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Erklärung über die notwendige Verbesserung des Schutzes für Journalisten, die über Konflikte berichten, vor allem über die Notwendigkeit angemessener Sicherheitsgarantien vor Ort.

Das Büro der Beauftragten nahm an mehreren Veranstaltungen mit den Vereinten Nationen und dem Europarat zu verschiedensten Themen teil, darunter vier Tagungen zur Sicherheit von Journalisten und anderen zu Themen wie dem verstärkten Schutz für freie Meinungsäußerung und die Menschenrechte von Internetnutzern und einen verbesserten Zugang zu

Informationen im Interesse der Korruptionsbekämpfung.

Die Beauftragte sprach auf der 26. Tagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im Juni in einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion zur Sicherheit von Journalisten; im September nahm der Rat eine von Österreich eingebrachte Entschließung an, in der die Staaten dazu aufgerufen wurden, eine sichere Arbeitsumgebung für Journalisten zu fördern, in der sie unabhängig ihrer Arbeiten nachgehen können, und gegen die Straflosigkeit in Fällen von Gewalt gegen Medien durch unparteiische, unverzügliche und wirksame Untersuchungen vorzugehen.

## HÖHEPUNKTE DER ZUSAMMENARBEIT VOR ORT

### SÜDOSTEUROPA

Die **Präsenz in Albanien** kooperierte mit zahlreichen internationalen Partnern, darunter mehrere UN-Sonderorganisationen, die Europäische Mission zur Unterstützung der Justiz in Albanien (EURALIUS) und der Europarat. Gemeinsam mit der Union der Europäischen Rundfunkorganisationen und der albanischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt setzte sich die Präsenz für die Einrichtung einer unabhängigen öffentlichen Fernsehanstalt ein.

Die **Mission in Bosnien und Herzegowina** war Partner des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bei der sicherheitstechnischen Nachrüstung von Waffen- und Munitionslagern (mit SEESAC), der Organisation einer Regionalkonferenz über die Erfahrungen im Zuge der Hochwasserkatastrophen von 2014 (mit dem Zentrum für Sicherheitskooperation in Südosteuropa RACVIAC) und der Veranstaltung einer Konferenz zur Überprüfung der Einhaltung von UN- und OSZE-Verpflichtungen im Sicherheitsbereich zur Feststellung der Fortschritte, die BiH im Hinblick auf die Erfüllung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen gemacht hat.

Die **Mission im Kosovo** führte in Partnerschaft mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte ein zweijähriges Projekt zur Verbesserung operativer kriminalpolizeilicher Verfahren im Hinblick auf eine Kapazitätssteigerung der Polizei im Kosovo und in Albanien für die Bekämpfung schwerer organisierter Kriminalität durch.

Die **Mission in Montenegro** befasste sich in Partnerschaft mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte mit Sicherheitsfragen und mit den NGOs *Institut Alternativa* und *SOS Nikšić* mit der Einrichtung einer Telefonberatungsstelle für Opfer von häuslicher Gewalt.

Die **Mission in Serbien** arbeitete eng mit der EU-Strafverfolgungsbehörde (EUROPOL) zusammen, um serbische, montenegrinische und mazedonische Polizeieinheiten in die EUROPOL-Standards für die Analyse von Bedrohungen durch organisierte Kriminalität einzuführen. Im Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramm waren die wichtigsten Partner der Mission neben anderen der UN-Flüchtlingshochkommissar (UNHCR), das serbische Flüchtlingskommissariat, die Europäische Kommission und die US-Botschaft.

Die **Mission in Skopje** veranstaltete mit UNODC und dem UN-Entwicklungsprogramm als Partnern eine internationale Antikorruptions-Konferenz über die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption, an der über 50 Vertreter staatlicher Institutionen, der Zivilgesellschaft, der Medien und internationaler

Korruptionsbekämpfungsstellen teilnehmen.

## **OSTEUROPA**

Die **Mission in Moldau** sorgte im Bereich Menschenhandel gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration für die praktische Fortbildung von rund 170 moldauischen Juristen und Psychologen in Techniken zur Befragung von Kindern, die in Ermittlungen wegen sexuellem Missbrauch von Kindern, Kinderhandel und Kinderpornografie angewendet werden sollen.

**Der Projektkoordinator in der Ukraine** widmete sich gemeinsam mit dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung, dem Europarat, der Internationalen Organisation für Migration, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, UN-Frauen und *La Strada International* Fragen des Menschenhandels, der Internetkriminalität und Genderfragen. Außerdem kooperierte er mit verschiedenen UN- und EU-Stellen in Fragen der Umwelt, der Grenzsicherung und der Polizeireform.

Die **Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk** kooperierte mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und UNHCR und tauschte mit ihnen Informationen über Flüchtlinge aus, die an den Grenzübergängen die Grenze passierten.

Die **Sonderbeobachtermission in der Ukraine** gab regelmäßig Informationen über die Lage der Binnenvertriebenen an UNHCR weiter. UNHCR- und UNICEF-Mitarbeiter bildeten OSZE-Beobachter aus, und die Mission beobachtete die Waffenruhe in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum, in dem auch Vertreter des russischen und des ukrainischen Militärs sind, die die Einhaltung des Minsker Protokolls vom 5. September beobachten.



## **SÜDKAUKASUS**

Der **Projektkoordinator in Baku** führte gemeinsam mit der Nationalen UNESCO-Kommission Aserbaidschans ein Projekt zu Toleranz und Nichtdiskriminierung durch. Ferner führte er den Vorsitz in den Geberkoordinierungssitzungen für die Bereiche Umwelt und Energie in Aserbaidschan, an denen internationale Organisationen wie zum Beispiel die Asiatische Entwicklungsbank, die EU-Delegation in Aserbaidschan, die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und das UNDP teilnehmen.

Das **Büro in Eriwan** ehrte gemeinsam mit der UN, *Counterpart International*, dem Europarat, der Europäischen Union und anderen bilateralen Partnern armenische Menschenrechtsaktivisten in Eriwan durch die Verleihung des *Universal Rights Award* am 19. Juni.



## **ZENTRALASIEN**

Das **Zentrum in Aschgabat** bereitete gemeinsam mit dem UNODC und der EU eine Veranstaltung im April vor, die sich mit Grenzmanagementfragen im Zusammenhang mit Umladungen, Dual-Use-Technologie, Ausfuhrkontrolle sowie radiologischen, chemischen und biologischen Waffen befasste. Es veranstaltete außerdem ein zweitägiges Seminar mit Experten der Zivilflughafen-Organisation über die Sicherheit im Luftverkehr.

Das **Zentrum in Astana** kooperierte mit dem EU/UNDP-Grenzmanagementprogramm für Zentralasien und dem UNDP bei der Organisation und Förderung von Fortbildungen und regionalen Workshops über die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, unter anderem zur Qualifizierung von Zollbeamten und zur Verbesserung ihrer Zusammenarbeit mit Finanzkontrollorganen. Ferner befasste sich das Zentrum gemeinsam mit dem Regionalen zentralasiatischen Informations- und Koordinationszentrum für die Bekämpfung des illegalen Suchstoffhandels mit Fragen der Kontrolle psychotroper Substanzen und ihrer Ausgangsstoffe.

Das **Zentrum in Bischkek** arbeitete gemeinsam mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte an Themen wie Rechtsreformen, der Unterstützung des nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter und der Förderung der Grundfreiheiten. Weitere Partner des Zentrums in dessen Bemühungen um Förderung von Rechtsreformen waren das UNODC, das UNDP und die *Soros Foundation*. Zur Frage der Katastrophenvorsorge, einschließlich der Errichtung einer Trinkwasserleitung, kooperierte das Zentrum mit der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Das **Büro in Tadschikistan** veranstaltete gemeinsam mit dem Europarat die Konferenz „Nicht zu verkaufen – mit vereinten Kräften gegen den Menschenhandel“ und hielt in Partnerschaft mit dem UNODC das zentralasiatische Forum für Strafrechtspflege ab, das sich mit Entwicklungen der Justiz in der Region befasste. Das Büro organisierte außerdem in Partnerschaft mit der Weltzollorganisation Workshops für Zollbeamte zu Wirtschaftsfragen und zu Risikomanagement.

Der **Projektkoordinator in Usbekistan** organisierte gemeinsam mit der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung mehrere Aktivitäten zur Qualifizierung öffentlicher Bediensteter für die Einschätzung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in ihren Institutionen. In Partnerschaft mit UNICEF und USAID sorgte er für Fachkurse zur Bekämpfung des Menschenhandels, und gemeinsam mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation betreute er eine Veranstaltung, die mithelfen sollte, die unrechtmäßige Verwendung falscher Reisedokumente zu verhindern.

# ANHÄNGE

## Gesamthaushalt

TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN	GESAMTHAUSHAL (€)	% VOM GESAMTBETRAG
Sekretariat	39 257 400	28%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	16 039 300	11%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten i	3 407 600	2%
Beauftragter für Medienfreiheit	1 481 600	1%
<b>TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN GESAMT</b>	<b>60 185 900</b>	<b>42%</b>
<b>TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN</b>		
<b>Südosteuropa</b>		
Mission im Kosovo	19 679 900	14%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	12 387 300	9%
Mission in Serbien	6 578 500	5%
Präsenz in Albanien	2 982 400	2%
Mission in Skopje	6 427 700	5%
Mission in Montenegro	2 183 900	2%
<b>Südosteuropa gesamt</b>	<b>50 239 700</b>	<b>35%</b>
<b>Osteuropa</b>		
Mission in Moldau	2 180 000	2%
Projektkoordinator in der Ukraine	2 873 000	2%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	9 300	0%
<b>Osteuropa gesamt</b>	<b>5 062 300</b>	<b>4%</b>
<b>Südkaucasus</b>		
Büro in Eriwan	2 862 000	2%
Projektkoordinator in Baku	1 800 000	1%
Hochrangige Planungsgruppe	250 600	0%
Minsk-Prozess	927 500	1%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1 193 000	1%
<b>Südkaucasus gesamt</b>	<b>7 033 100</b>	<b>5%</b>
<b>Zentralasien</b>		
Zentrum in Astana	2 148 400	2%
Zentrum in Aschgabat	1 526 900	1%
Zentrum in Bischkek	6 909 600	5%
Projektkoordinator in Usbekistan	1 980 000	1%
Büro in Tadschikistan	7 218 200	5%
<b>Zentralasien gesamt</b>	<b>19 783 100</b>	<b>14%</b>
<b>OSZE-FELDOPERATIONEN GESAMT</b>	<b>82 118 200</b>	<b>58%</b>
<b>GESAMTBETRAG</b>	<b>€142 304 100</b>	<b>100%</b>



# Beiträge der Teilnehmerstaaten

TEILNEHMERSTAAT	GESAMTBEITRÄGE ZUM GESAMTHAUSHALT 2014 (€)	% DES GESAMTBETRAGS
Albanien	85 965	0,1%
Andorra	85 965	0,1%
Armenien	44 891	0,0%
Aserbaidtschan	44 891	0,0%
Belarus	188 359	0,1%
Belgien	4 768 222	3,4%
Bosnien und Herzegowina	85 965	0,1%
Bulgarien	344 980	0,2%
Dänemark	2 944 617	2,1%
Deutschland	15 677 727	11,0%
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	85 965	0,1%
Estland	121 562	0,1%
Finnland	2 746 426	1,9%
Frankreich	14 828 603	10,4%
Georgien	44 891	0,0%
Griechenland	1 175 734	0,8%
Heiliger Stuhl	85 965	0,1%
Irland	1 102 296	0,8%
Island	182 839	0,1%
Italien	14 828 603	10,4%
Kanada	7 703 094	5,4%
Kasachstan	249 679	0,2%
Kirgisistan	44 891	0,0%
Kroatien	200 347	0,1%
Lettland	125 939	0,1%
Liechtenstein	85 965	0,1%
Litauen	125 939	0,1%
Luxemburg	476 245	0,3%
Malta	90 342	0,1%
Moldau	44 891	0,0%
Monaco	85 965	0,1%
Mongolei	44 891	0,0%
Montenegro	44 891	0,0%
Niederlande	5 512 905	3,9%
Norwegen	2 934 742	2,1%
Österreich	3 265 448	2,3%
Polen	1 658 490	1,2%
Portugal	1 026 918	0,7%
Slowakische Republik	284 651	0,2%
Rumänien	433 640	0,3%
Russische Föderation	5 474 399	3,8%
San Marino	85 965	0,1%
Schweden	4 759 468	3,3%
Schweiz	3 919 961	2,8%
Serbien	94 180	0,1%
Slowenien	273 677	0,2%
Spanien	6 885 190	4,8%
Tadschikistan	44 891	0,0%
Tschechische Republik	679 826	0,5%
Türkei	1 209 671	0,9%
Turkmenistan	44 891	0,0%
Ukraine	494 960	0,3%
Ungarn	661 240	0,5%
Usbekistan	235 449	0,2%
Vereinigtes Königreich	14 828 603	10,4%
Vereinigte Staaten von Amerika	18 553 434	13,0%
Zypern	200 347	0,1%
<b>Differenz zum Verteilerschlüssel</b>	<b>-56 383</b>	<b>-0,0%</b>
<b>GESAMT</b>	<b>€ 142 304 100</b>	<b>100%</b>

# Zugesagte Mittel und Ausgaben

GEBER	GENEHMIGTE ZUSAGE (€)	%
Albanien	12 000	0,02%
Andorra	20 000	0,03%
Australien	201 206	0,33%
Austrian Development Agency	50 042	0,08%
Bulgarien	50 000	0,08%
Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen	47 817	0,08%
Center for Energy Systems (Slowakei)	2 000	0,00%
Dänemark	2 161 819	3,56%
Deutschland	8 950 693	14,75%
ENVSEC-Treuhandfonds	485 895	0,80%
Estland	110 000	0,18%
Europäische Kommission	6 500 000	10,71%
Europäische Union	2 200 000	3,62%
Finnland	2 249 956	3,71%
Folke Bernadotte Academy (Schweden)	30 000	0,05%
Frankreich	883 000	1,45%
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	564 719	0,93%
Georgien	39 950	0,07%
Internationale Organisation für Migration	2 031 294	3,35%
Irland	355 000	0,58%
Island	85 000	0,14%
Israel	20 000	0,03%
Italien	300 690	0,50%
Japan	1 371 535	2,26%
Kanada	4 101 781	6,76%
Kasachstan	31 278	0,05%
Kroatien	10 000	0,02%
Lettland	45 000	0,07%
Liechtenstein	153 046	0,25%
Litauen	90 000	0,15%
Luxemburg	230 000	0,38%
Monaco	10 000	0,02%
Norwegen	1 409 764	2,32%
Niederlande	3 708 491	6,11%
Österreich	439 500	0,72%
Polen	205 633	0,34%
Russische Föderation	630 000	1,04%
San Marino	5 000	0,01%
Schweden	4 410 529	7,27%
Schweiz	4 368 236	7,20%
Serbien	44 000	0,07%
Slowakei	70 000	0,12%
Stiftung EVZ	24 462	0,04%
Südkorea	115 263	0,19%
Thailand	50 000	0,08%
Tschechische Republik	149 881	0,25%
Türkei	498 450	0,82%
Ungarn	120 000	0,20%
United States Agency for International Development	1 113 020	1,83%
Vereinigtes Königreich	2 060 395	3,39%
Vereinigte Staaten von Amerika	7 812 135	12,87%
Weltzollorganisation	70 000	0,12%
<b>GESAMT</b>	<b>€60 698 479</b>	<b>100%</b>

**GENEHMIGTE ZUSAGEN**

Genehmigte Zusagen 2014 gesamt:  
**€ 60 698 479**

Gesamtzahl der  
 Zusagen:  
**302**

Ausgaben gesamt:  
**€ 42 090 207**

<b>GEBER</b>	<b>AUSGABEN (€)</b>	<b>%</b>
Albanien	17 104	0,04%
Andorra	19 880	0,05%
Aserbajdschan	577	0,00%
Australian Agency for International Development	137 876	0,33%
Australien	110 402	0,26%
Austrian Development Agency	29 264	0,07%
Belgien	9 927	0,02%
Bulgarien	45 431	0,11%
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste	178 966	0,43%
Charity Commission for England and Wales	2 095	0,00%
Dänemark	1 112 667	2,64%
Deutschland	4 351 779	10,34%
ENVSEC-Treuhandfonds	307 168	0,73%
Estland	70 777	0,17%
Europäische Agentur für Wiederaufbau	4 422	0,01%
Europäische Kommission	4 915 457	11,68%
Europäische Union	2 436 246	5,79%
Finnland	1 346 730	3,20%
Frankreich	390 542	0,93%
Folke Bernadotte Academy (Schweden)	28 245	0,07%
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	180 879	0,43%
Internationale Organisation für Migration	70 401	0,17%
Irland	224 687	0,53%
Island	24 945	0,06%
Israel	173	0,00%
Italien	481 648	1,14%
Japan	1 485 699	3,53%
Kanada	1 478 034	3,51%
Kasachstan	26 623	0,06%
Kosovo, konsolidierter Haushalt	9 054	0,02%
Lettland	18 509	0,04%
Liechtenstein	205 889	0,49%
Litauen	49 193	0,12%
Luxemburg	165 171	0,39%
Monaco	108 466	0,26%
Niederlande	2 644 254	6,28%
Norwegen	2 553 568	6,07%
Norwegian Institute of International Affairs	35 461	0,08%
Open Society Fund - Bosnien und Herzegowina	155	0,00%
Österreich	148 541	0,35%
Polen	89 546	0,21%
Russische Föderation	153 154	0,36%
Schweden	2 715 194	6,45%
Schweiz	1 862 057	4,42%
Serbien	10 953	0,03%
Slowakei	35 262	0,08%
Spanien	150 117	0,36%
Stiftung EVZ	22 561	0,05%
Südkorea	97 562	0,23%
Tschechische Republik	93 505	0,22%
Türkei	239 256	0,57%
Ungarn	113 494	0,27%
United States Agency for International Development	1 092 824	2,60%
Vereinigtes Königreich	2 352 200	5,59%
Vereinigte Staaten von Amerika	7 571 011	17,99%
Wohltätigkeitsball	64 607	0,15%
<b>GESAMT</b>	<b>€42 090 207</b>	<b>100%</b>

# PERSONAL\*

NATIONALITÄT	Kosovo	Bosnien und Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Albanien	Baku	Eriwan	Pers. Beaufr. d. AV f. d. Minsk-Konferenz	Moldau	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte Medienfreiheit	HKNM	ODIHR	Sekretariat und Institutionen gesamt	SUMME
Armenien														1			1	1			2	3	4
Aserbaidschan																1	1	1				1	2
Belarus													1				1	1			3	4	5
Belgien																		2			1	3	3
Bosnien und Herzegowina	13			2											1		16	4	1		4	9	25
Bulgarien	2							1				1	1	2	1		8	2			1	3	11
Dänemark	1														2		3			1		1	4
Deutschland	5	3	1	2		1				1			1	3	2		19	21	2	2	9	34	53
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	20					1	1								2		24				1	1	25
Estland										1							1			1		1	2
Finnland	2	1													1		4	4		2		6	10
Frankreich	5		2	1			2			1			1		2		14	13	1	2	4	20	34
Georgien	3														2		5	3			3	6	11
Griechenland	4		1														5	2				2	7
Irland	6	5	3	1											2		17	2				2	19
Island	1																1	1				1	2
Italien	11	8	3	6	1	3								2	1		35	11		1	4	16	51
Kanada	6					2								2			10	10			3	13	23
Kasachstan														1			1	5	1		2	8	9
Kirgisistan	1						1		1								3				1	1	4
Kroatien	5																5	1	1			2	7
Lettland	1																1				1	1	2
Litauen											1				1		2	1				1	3
Luxemburg																		1				1	1
Moldau			1					1						3	1		6	1		1		2	8
Montenegro	1					2											3						3
Niederlande			1														1	2		2	1	5	6
Norwegen				1											1		2	3	1		3	7	9
Österreich	5		3	4		3									1		16	11	1		3	15	31
Polen	3	1	3		1			1	1	1				2	2		15	2			6	8	23
Portugal	2																2	3				3	5
Rumänien	1		1														2				1	1	3
Russische Föderation	1	2	1	1	1			1						8	2		17	9	1	1	3	14	31
San Marino																		1				1	1
Schweden	2			2	1				1	2							8	2	1		1	4	12
Schweiz	1		1	2		1				1					1		7	6				6	13
Serbien					1							1		2			4	4			2	6	10
Slowakei	2	1	1												1		5	2				2	7
Slowenien						1									1		2	1			1	2	4
Spanien	1	1				2				1							5	4	1		1	6	11
Tadschikistan			1														1	1				1	2
Tschechische Republik	1	1			1			1	1	1							6			1	1	2	8
Türkei	4		1										1				6	5			1	6	12
Turkmenistan															1		1	1				1	2
Ukraine			1		1				1			1		1			5	4			2	6	11
Ungarn	4		6		1		1									1	13	3	1		2	6	19
Usbekistan								1			1						2	2				2	4
Vereinigte Staaten von Amerika	5	6	3	4	1	1		2		3	1	1	1	6	3		37	11	1	3	5	20	57
Vereinigtes Königreich	14	3	5	3	1	3			1	1				1	1		33	13		1	6	20	53
Zypern																		1				1	1
<b>Internationales Personal</b>	<b>133</b>	<b>32</b>	<b>39</b>	<b>29</b>	<b>10</b>	<b>20</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>6</b>	<b>14</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>34</b>	<b>32</b>	<b>2</b>	<b>376</b>	<b>178</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>78</b>	<b>287</b>	<b>663</b>
<b>Ortspersonal</b>	<b>419</b>	<b>309</b>	<b>105</b>	<b>135</b>	<b>31</b>	<b>59</b>	<b>13</b>	<b>42</b>	<b>11</b>	<b>42</b>	<b>58</b>	<b>22</b>	<b>20</b>	<b>122</b>	<b>185</b>	<b>20</b>	<b>1.593</b>	<b>200</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>66</b>	<b>281</b>	<b>1.874</b>
<b>Personal gesamt</b>	<b>552</b>	<b>341</b>	<b>144</b>	<b>164</b>	<b>41</b>	<b>79</b>	<b>18</b>	<b>49</b>	<b>17</b>	<b>56</b>	<b>61</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>156</b>	<b>217</b>	<b>22</b>	<b>1.969</b>	<b>378</b>	<b>16</b>	<b>30</b>	<b>144</b>	<b>568</b>	<b>2.537</b>



# Kontakt

## Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen

OSZE-Sekretariat  
Wallnerstrasse 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 60 00  
Fax: +43 1 514 36 69 96  
info@osce.org  
[www.osce.org](http://www.osce.org)

## INSTITUTIONEN

### OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Ulica Miodowa 10  
00-251 Warschau, Polen  
Tel.: +48 22 520 06 00  
Fax: +48 22 520 06 05  
office@odihp.pl  
[www.osce.org/odihp](http://www.osce.org/odihp)

### Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22  
2514 AP Den Haag, Niederlande  
Tel.: +31 70 312 55 00  
Fax: +31 70 363 59 10  
hcnm@hcnm.org  
[www.osce.org/hcnm](http://www.osce.org/hcnm)

### OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit

Wallnerstrasse 6  
1010 Vienna, Austria  
Tel.: +43 1 514 36 68 00  
Fax: +43 1 514 36 68 02  
pm-fom@osce.org  
[www.osce.org/fom](http://www.osce.org/fom)

## FELDOPERATIONEN SÜDOSTEUROPA

### OSZE-Präsenz in Albanien

Sheshi „Italia“, Tirana, Albanien  
Tel.: +355 4 223 59 93  
Fax: +355 4 223 59 94  
pm-al@osce.org  
[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)

### OSZE-Mission im Kosovo

Prishtina/Priština  
Tel.: +381 38 24 01 00  
Fax: +381 38 24 07 11  
fo.omik@osce.org  
[www.osce.org/kosovo](http://www.osce.org/kosovo)

### OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Fra Andjela Zvizdovića 1  
71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina  
Tel.: +387 33 75 21 00  
Fax: +387 33 44 24 79  
info.ba@osce.org  
[www.osce.org/bih](http://www.osce.org/bih)

### OSZE-Mission in Montenegro

Ulica Svetlane Kane Radević 3  
81000 Podgorica, Montenegro  
Tel.: +382 20 40 64 01  
Fax: +382 20 40 64 31  
omim@osce.org  
[www.osce.org/montenegro](http://www.osce.org/montenegro)

### OSZE-Mission in Serbien

Spanskih boraca 1  
11070 Belgrado, Serbia  
Tel.: +381 11 3606 100  
Fax: +381 11 3606 119  
ppiu-serbia@osce.org  
[www.osce.org/serbia](http://www.osce.org/serbia)

### OSZE-Mission in Skopje

Bulevar 8-mi Septemvri No. 16  
MK-1000 Skopje, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien  
Tel.: +389 2 323 40 00  
Fax: +389 2 323 42 34  
info-MK@osce.org  
[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)

## OSTEUROPA

### OSZE-Mission in Moldau

75 Alexei Mateevici Street  
2009 Chişinău, Moldau  
Tel.: +373 22 223 495, 887 887  
Fax: +373 22 22 34 96  
moldova@osce.org  
[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)

### Beobachtermission an den russischen Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk

Tel./Fax: +7 863 657 80 87  
om@osce.org  
[www.osce.org/om](http://www.osce.org/om)

### OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine

26 Turgenevska Street  
01054 Kiev Ucraina  
Tel.: +38 (044) 390 00 75  
smmua@osce.org  
[osce.org/smm](http://osce.org/smm)

### OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

16 Striletska St.  
01034 Kiew, Ukraine  
Tel.: +380 444 92 03 82  
Fax: +380 444 92 03 83  
osce-ukraine@osce.org  
[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)

### OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militär-angehörige

Wieleweg 7  
22417 Hamburg, Deutschland  
Tel.: +43 664 464 15 62  
helmut.napiontek@osce.org  
[www.osce.org/lrmpe](http://www.osce.org/lrmpe)

## SÜDKAUKASUS

### OSZE-Projekt Koordinator in Baku

The Landmark III,  
96 Nizami St.  
Baku, Aserbajdschan  
Tel.: +994 124 97 23 73  
Fax: +994 124 97 23 7  
office-az@osce.org  
[www.osce.org/baku](http://www.osce.org/baku)

### OSZE-Büro in Eriwan

64/1 Sundukyan Str. Eriwan  
0012, Armenien  
Tel.: +374 10 22 96 10  
Fax: +374 10 22 96 15  
yerevan-am@osce.org  
[www.osce.org/yerevan](http://www.osce.org/yerevan)

## ZENTRALASIEN

### OSZE-Zentrum in Aschgabat

Turkmenbashi Shayoly 15  
744005 Aschgabat,  
Turkmenistan  
Tel.: +993 12 94 60 92  
Fax: +993 12 94 60 41  
info\_tm@osce.org  
[www.osce.org/ashgabat](http://www.osce.org/ashgabat)

### OSZE-Programmbüro in Astana

10 Beibitshilik Street  
Astana 010000, Kasachstan  
Tel.: +771 72 580 070  
Fax: +771 72 328 304  
astana-kz@osce.org  
[www.osce.org/astana](http://www.osce.org/astana)

### OSZE-Zentrum in Bischkek

6 Ryskulov Street  
720001 Bischkek, Kirgisistan  
Tel.: +996 312 61 24 41  
Fax: +996 312 61 24 40  
pm-kg@osce.org  
[www.osce.org/bishkek](http://www.osce.org/bishkek)

### OSZE-Büro in Tadschikistan

18a Ahmadi Donish Avenue  
734012 Duschanbe, Tadschikistan  
Tel.: +992 372 26 50 14  
Fax: +992 372 26 50 19  
oit@osce.org  
[www.osce.org/tajikistan](http://www.osce.org/tajikistan)

### OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Afrosiyob Street 12b, 4. Stock  
100015 Taschkent, Usbekistan  
Tel.: +998 711 40 04 69/70/71/72  
Fax: +998 711 40 04 68  
OSCE-PCUz@osce.org  
[www.osce.org/uzbekistan](http://www.osce.org/uzbekistan)

### Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Besiki Business Centre  
Zimmer 208, 2. Stock  
4 Besiki Street  
0108 Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 298 8566  
Fax: +995 32 298 8700  
prcio@osce.org  
[www.osce.org/prcio](http://www.osce.org/prcio)


### Parlamentarische Versammlung der OSZE

Internationales Sekretariat  
Tordenskjoldsgade 1  
1055 Kopenhagen K, Dänemark  
Tel.: +45 33 37 80 40  
Fax: +45 33 37 80 30  
osce@oscepa.dk  
[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)

Folgen Sie den verschiedenen Feldmissionen auf Facebook, Twitter und YouTube.



#### FOLGEN SIE UNS AUF


 [facebook.com/osce.org](https://facebook.com/osce.org)

 [twitter.com/OSCE](https://twitter.com/OSCE)

 [youtube.com/user/osce](https://youtube.com/user/osce)

 [storify.com/OSCE](https://storify.com/OSCE)

 [linkedin.com/company/osce](https://linkedin.com/company/osce)

 [instagram.com/osceorg](https://instagram.com/osceorg)

 [soundcloud.com/osce](https://soundcloud.com/osce)

#### Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Abteilung Kommunikation und  
Medienbeziehungen

Büro des Generalsekretärs

OSZE-Sekretariat

Wallnerstrasse 6

1010 Wien

Österreich

[www.osce.org](http://www.osce.org)

© OSCE 2015

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-92-9235-024-6

Redaktion:: **Neil H. Simon**

Graphische Gestaltung: **Viktoriia Wanker**

Titelbild: **OSCE/ Mawjuda Garrufowa**

Druck: **Imprimerie Centrale** (Luxemburg), gedruckt auf Recyclingpapier





**2 537** Mitarbeiter

**57** Teilnehmerstaaten

**1 Ziel:** Sicherheit und Zusammenarbeit